UZ unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung
Zeitung der DKP

www.unsere-zeit.de

Revolution verteidigen
USA wittern Chance zum Regime Change in Havanna. Kubaner wehren sich gegen konterrevolutionäre Bestrebungen.

Seite 8

Rentenkrieg
In der Vergangenheit sahen sich die Herrschenden zu Zugeständnissen in der Rentenpolitik gezwungen. Diese Zeiten scheinen vorbei.

Seite 10

Was tun?

★ Gebt der Solidarität mit der DKP ein Gesicht! Macht Fotos von euch mit dem Hashtags #SolidaritätMitDerDKP und schickt sie an uns an *solidaritaet@dkp.de* und postet sie in den sozialen Medien.

★ Schreibt mit Kopie an uns an das Verfassungsgericht in Karlsruhe, fordert es auf, die DKP zur Wahl zuzulassen: *bverfg@bundesverfassungsgericht.de*

★ Ein Soli-Info der DKP steht unter *dkp.de* zum Download zur Verfügung

★ Spendet für die DKP

16. Juli 2021 · Nr. 28 · 53. Jahrgang PVSt K 4956 D · Entgelt bezahlt · **2,80 €**

KOMMUNISMUS LASST SICH NICHT VERBIETEN

DKP geht in die Offensive, legt Beschwerde vor Bundesverfassungsgericht ein und bereitet Wahlkampf vor – jetzt erst recht!

Ein „kaltes Parteiverbot“ nennt Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP, das, was der Bundeswahlausschuss am Donnerstag vergangener Woche getan hat. Der Ausschuss war dem Vorschlag des Bundeswahlleiters Georg Thiel gefolgt, die Deutsche Kommunistische Partei nicht zu den Bundestagswahlen zuzulassen und ihr den Parteistatus zu entziehen. Der vorgeschobene Grund: Verspätet abgegebene Rechenschaftsberichte. Das entsprechende Gesetz formuliert allerdings, dass die Nichtabgabe der Berichte über sechs Jahre ein Grund zum Entzug des Parteienstatus sei. Eine verspätete Abgabe ist es nicht.

Die DKP hält ihren Ausschluss von der Wahl sowie den Entzug des Parteistatus für nicht haltbar und hat am Montag Einspruch vor dem Bundesverfassungsgericht eingereicht – fristgerecht. Nach der Verkündung der Entscheidung des Bundeswahlausschusses blieben der DKP dafür nur vier Kalendertage – die Niederschrift der Entscheidung ging am Freitagnachmittag per E-Mail bei der Partei ein.

Besonders bitter: der Bundeswahlausschuss entschied mit nur einer Gegenstimme. Die kam von Hartmut Geil (Bündnis 90/Die Grünen). Die Vertreterin der Linkspartei, Constanze Portner, stimmte für die Aberkennung des Parteistatus der DKP. Pressesprecher Matthias Hinz begründete dies gegenüber UZ damit, dass „die erforderlichen Rechenschaftsberichte von der DKP nicht beziehungsweise nicht fristgerecht eingereicht wurden und daher laut Parteiengesetz die formal für die Zulassung erforderliche Rechtsstellung als Partei nicht mehr gegeben ist“. Eine Nachfrage zur Rechtslage hatte Portner im Ausschuss, anders als Geil, nicht nötig.

Besonders ermutigend: Seit Bekanntwerden des Angriffs auf die Existenz der DKP erreicht die Partei eine Welle der Solidarität aus dem In- und Ausland. Auch Zusammenschlüsse der Partei „Die Linke“ wie die Kommunistische Plattform und die Antikapitalistische Linke und Bundestagsabgeordnete solidarisierten sich.

Und was macht die DKP? Sie sagt „Jetzt erst recht!“. „Wir werden in diesen Bundestagswahlkampf eingreifen, wir werden weiter unsere Losungen auf die Straße tragen, werden weiter kämpfen gegen das Abwälzen der Krisenlasten auf die Bevölkerung, gegen die Kriegstreiberei von NATO und Bundesregierung, für Frieden mit Russland und China“, so Köbele auf der Außerordentlichen Tagung des Parteivorstandes am Sonntag. Das sah der Parteivorstand genauso.

„Wir kämpfen um unsere Kandidatur und werden dafür Solidarität brauchen und organisieren“, so Köbele. Denn es geht nicht allein gegen die DKP. Der Versuch, sie zu verbieten, reiht sich ein in die Angriffe der Herrschenden gegen antifaschistische Organisationen wie die VVN-BdA und sozialistische Medien wie die Tageszeitung „junge Welt“. Er ist Bestandteil des reaktionären Staatsumbaus, der mit Versammlungs- und Demonstrationsverboten und der Einschränkung der Meinungsfreiheit in der Pandemie forciert wurde.

Die Regierenden sind sich ihrer Sache nicht mehr sicher. Sie wissen, dass die NATO-Kriegspolitik zur Sicherung der westlichen Vorherrschaft den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung entgegensteht. Sie wissen, dass das Abwälzen der Krisenlasten auf die Bevölkerung, Sozialabbau und Privatisierung zur Sicherung der Profite von Wenigen den Interessen der Mehrheit der Menschen in diesem Land entgegensteht. Mit dem Abbau demokratischer Rechte und der Zerschlagung demokratischer Organisationen wollen sie den Widerstand gegen diese Politik verhindern.

Das darf nicht passieren. Statt weniger braucht dieses Land mehr Widerstand. Dem Angriff der Reaktion auf die DKP entgegenzutreten heißt, den Widerstand gegen die Politik der Herrschenden zu intensivieren, Solidarität zu üben und vor allem: Die DKP zu stärken. **Melina Deymann**

Siehe Seiten 2, 3, 4, 5, 7 und 15

„Esther ist nicht zu ersetzen“

Reaktionen auf den Tod der engagierten Antifaschistin Esther Bejarano

Oliver Wolters / Wikimedia / CC BY-SA 3.0 DE

Esther Bejarano, Überlebende des KZ Auschwitz-Birkenau, Ehrenvorsitzende der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“ (VVN-BdA) und Vorsitzende des „Auschwitz-Komitees in der Bundesrepublik Deutschland e.V.“, starb in der Nacht zum 10. Juli in einem Hamburger Krankenhaus. Sie wurde 96 Jahre alt.

„Wir trauern gemeinsam mit ihrer Familie um diese großartige, mutige und unerschütterliche Frau“, erklärten Bejaranos Angehörige und das „Auschwitz-Komitee“ in einer ersten Erklärung anlässlich des Todes der Antifaschistin.

Der DKP-Vorsitzende Patrik Köbele beschreibt seine Begegnung mit Bejarano auf dem UZ-Pressefest 2016 als große Ehre, an die er sich sein Leben lang erinnern werde. „Esther wird für uns immer ein Vorbild sein als Kämpferin gegen das Vergessen des Faschismus und der Shoa, ein Vorbild in der Hinwendung zur Jugend, ein Vorbild des lebenslangen Kampfes. Esther ist nicht zu ersetzen, und trotzdem ist es unser Auftrag, zu versuchen, die riesige Lücke zu füllen, die sie hinterlässt. Wir verneigen uns vor ihrem Leben, ihrer Leistung, ihrer Persönlichkeit“, würdigt Köbele die Auschwitz-Überlebende und Kommunistin.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hebt Bejaranos mutige Persönlichkeit und unermüdliches Engagement für die Verfolgten des Naziregimes hervor, zollt ihr aber auch als Sängerin Respekt. „Wer sie je in ihrem musikalischen Element erlebt hat, wird sich immer daran erinnern: So mitreißend war sie! In großer Dankbarkeit und Hochachtung denke ich in diesen Stunden an Esther Bejarano. Sie wird immer einen Platz in unseren Herzen haben“, so Steinmeier in seinem Kondolenzschreiben.

Felix Oekentorp, Landessprecher der „Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegnerinnen und Kriegsgegner“ (DFG-VK) in Nordrhein-Westfalen, bedauert, eine wichtige Mitstreiterin im Kampf gegen Militarismus verloren zu haben. Er schreibt: „Esther Bejarano, die am eigenen Leib erleben musste, was Faschismus bedeutet, war jahrzehntelang ein Symbol für unermüdlichen antifaschistischen Widerstand, ein Vorbild, das uns nun fehlen wird. Esther, unser Kampf muss weitergehen und er geht weiter.“

Tief bestürzt zeigt sich der Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Dessen Vorsitzender Reiner Hoffmann, seine Stellvertreterin Elke Hannack und die Vorstandsmitglieder Stefan Körzell und Anja Piel charakterisieren Bejarano als „eindrucksvolle politische und engagierte Mitstreiterin für Verständigung, die Erinnerung an den Holocaust, für Antifaschismus und gegen Antisemitismus, Rassismus, Hass und Intoleranz. Sie war für die deutsche Gewerkschaftsbewegung eine ganz besondere Mitstreiterin gegen Faschismus und für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ihre Stimme wird uns fehlen. Ihr Handeln ist unser Auftrag für die Zukunft.“

Der Liedermacher Konstantin Wecker, mit dem Bejarano befreundet war und mehrfach gemeinsam auf der Bühne gestanden hatte, beschreibt die Musikerin als „großartigen Menschen“ und „begnadete Musikerin“. Jede Begegnung mit der außergewöhnlichen Frau sei eine menschliche, musikalische und politische Bereicherung gewesen, die ihn geprägt habe. „Beeindruckend waren ihre Vitalität und Energie, ihre Offenheit und Kontinuität, ihre Lebensbejahung und ihre Lust, sich immer wieder auf Neues einzulassen.“ Weckers Resümee: „Esther Bejarano war und ist ein ganz großes Glück für alle, die auf der Suche nach einer gerechteren Welt sind.“

Markus Bernhardt

Siehe Seiten 12 und 13.

„Lassen Sie die DKP zu!“

Von Empörung bis Solidarität – Stellungnahmen zum „kalten“ Verbot der DKP

Nachdem die Entscheidung des Bundeswahlleiters öffentlich wurde, die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) nicht zur Bundestagswahl zuzulassen und ihr den Status als politische Partei abzuerkennen, gab es eine Reihe von Stellungnahmen von befreundeten Organisationen, Bündnispartnern und Einzelpersonen, die wir an dieser Stelle dokumentieren. Weitere Stellungnahmen auf den Seiten 4 und 5 (international) und 15.

Der Ausschluss der DKP von der Bundestagswahl und die Aberkennung ihres Parteienstatus durch den Bundeswahlausschuss erscheinen mir als Versuch eines Parteienverbots durch die Hintertür. Während eine offen faschistische Kaderorganisation wie der „III. Weg“, der verurteilte Nazi-terroristen zu seinen Mitgliedern zählt, problemlos als Partei zur Wahl zugelassen wurde, sollen organisierte Kommunistinnen und Kommunisten auf bürokratischem Wege ausgeschaltet werden. Das ist ein fatales Signal, das nicht unwidersprochen bleiben darf. Alle linken und demokratischen Kräfte sind jetzt ungeachtet möglicher Differenzen mit der DKP zur Solidarität aufgerufen. Denn hier geht es um die Verteidigung demokratischer Rechte insgesamt.

Ulla Jelpke, MdB, „Die Linke“

Klassenkampf ist kein Hirngespinst. Wenige, denen fast alles gehört, führen ihn heute gegen alle, die arbeiten oder auf Sozialleistungen angewiesen sind. Löhne sinken, Mieten steigen, Sicherheiten (Gesundheit, Rente) sterben, man soll (statt sparen) „anlegen“, also Reichen Geld zum Zocken geben. Die wetten gern auf Krieg. Lakaien hetzen dazu. Der Klassenstaat schikaniert die Zeitung „junge Welt“, weil sie das erklärt. Er will dem organisierten Antifaschismus die Gemeinnützigkeit aberkennen und die DKP vom Wahlzettel streichen. Seine Vorwände wechseln, sein Grund ist Klassenkampf. Wer Organisationen und Medien nicht verteidigt, die als Minderheiten für die Mehrheit kämpfen, steht ohne Schutz gegen Not da, verraten von Talkshow-Linken, die für Stehplätze in Berlin jede Sauerei der Macht decken.

Dietmar Dath

Wir als SDAJ sprechen der DKP unsere vollste Solidarität aus und sagen deutlich: Der Angriff auf den Parteistatus der DKP ist ein politischer Angriff auf alle demokratischen und fortschrittlichen Kräfte dieses Landes. Er reiht sich ein in die Angriffe auf die Gemeinnützigkeit der VVN-BdA, des Verfassungsschutzes auf die „junge Welt“ und in die Verbotsdrohung gegen die Rote Hilfe. Er reiht sich ein in das Anti-Versammlungs-Gesetz in NRW, in das Aussetzen der Parlamente durch Infektionsschutzgesetz, in die Polizeiaufgabengesetze, die Überwachung durch den Staatstrojaner.

Der Staat zeigt damit einmal mehr, auf wessen Seite er steht: Auf der Seite der Reichen, auf der Seite der großen Banken und Konzerne. Ob Spendenaffäre, Maskenskandal oder zu spät gemeldete Nebeneinkünfte von Baerbock und die Korruption eines Philipp Amthor – all das waren keine Gründe, um der korrupten CDU/CSU oder bestochenen Politikern ihr Mandat abzuerkennen. Dieser Staat ist ein Klassenstaat. Um dem etwas entgegenzusetzen, müssen wir uns gemeinsam organisieren, gemeinsam gegen die Angriffe auf Demokratie, Freiheit und soziale Rechte kämpfen. Die DKP ist die Kraft, die sich klar und konsequent für die Rechte der Werktätigen und der Jugend einsetzt. Deshalb stehen wir jetzt erst recht fest an der Seite der DKP.

Andrea Hornung, Vorsitzende der SDAJ

Das ist ein Skandal. Wegen des Versäumens eines „unwichtigen“ Termins soll erreicht werden, dass die DKP nicht zur Bundestagswahl antreten soll oder gar als Partei aufhören soll zu existieren. Wer da glaubt, dass dies der wirkliche Grund ist, glaubt auch, dass es Gespenster wirklich gibt. Besser ist zu glauben, dass man eine für politische Klarheit und Transparenz stehende, für andere Parteien unangenehme Partei loswerden will. Dagegen sollten sich alle Demokraten:innen wehren.

Horst Schmitthenner

Diese Aberkennung des Parteistatus aus rein formalen Gründen ist praktisch ein „kaltes Parteiverbot“. Das ist ein Anschlag gegen die bürgerlichen und politischen Rechte der deutschen Kommunisten – eine typische Methode für den Versuch, eine Kraft, die die Interessen des arbeitenden Volkes verteidigt, auszuschalten.

Die DKP verurteilt die Verletzung von Menschenrechten wie im Falle der völkerrechtswidrigen Blockade des sozialistischen Kuba; sie setzt sich in der Bundesrepublik Deutschland für das Recht aller Menschen auf gute Daseinsvorsorge ein. All dies ist den Herrschenden offensichtlich Grund genug, formale Gründe zu suchen, um eine Stimme der Demokratie, wie die der DKP, zum Verstummen bringen zu wollen.

Ich verurteile dies nachdrücklich und unterstütze die DKP in ihrem Kampf für eine gerechte Gesellschaft.

Petra Wegener,
Vorsitzende der FG BRD-Kuba e.V.

Bestimmte Traditionen sind im bürgerlichen Rechtsstaat ungebrochen. Seit dem „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ von 1878 mangelt es nicht an Versuchen, mit Hilfe gedrechselter Paragrafen politische Opposition von links – insbesondere dann, wenn diese die Systemfrage stellt – auszuschalten. Die Partei des Demokratischen Sozialismus, hervorgegangen aus der SED, die wiederum in der KPD und der SPD wurzelte, sollte beispielsweise 1994 mit einer Steuerforderung von rund 67 Millionen D-Mark liquidiert werden. Ebenfalls wenige Monate vor der Bundestagswahl. Die damals kämpferische PDS-Führung trat in der benachbarten Berliner Volksbühne in den Hungerstreik und erzwang eine Revision. Ich hoffe, dass die Solidarität mit der DKP heute groß genug ist, diese ideologisch motivierte Attacke zu revidieren. Die unselige Tradition zu beenden, bedarf es jedoch einiges mehr!

Frank Schumann, Verleger, edition ost

Die Nichtzulassung der DKP zur Bundestagswahl ist ein Angriff auf die gesamte politische Linke in Deutschland. Er reiht sich ein in eine Serie antikommunistischer Attacken auf VVN-BdA, attac, „junge Welt“ und andere. Der „Grund“ für die Nichtzulassung ist ein Vorwand. Alle Linken sollten das erkennen! Demokratische Grundrechte können nicht wegen formaler Fehler beschnitten werden.

Es geht darum, jeden Spielraum gegen Kriegsgegner auszunutzen. Die Mobilmachung gegen Russland und China ist bereits in Vorbereitung. Alle potenziellen Gefahren für den imperialistischen Weg müssen so gut es geht ausgeschaltet werden.

Ein Skandal ist auch: Die „Linke“-Vertreterin hat der Nichtzulassung zugestimmt. Ein unverzeihlicher Fehler meiner Partei. Wir lassen uns das nicht gefallen. Unsere Solidarität habt ihr!

Julian Eder, Landessprecher der linksjugend [’solid] Hessen

Angriffe auf das Wahlrecht nicht hinnehmen!

Solidaritätserklärung der VVN-BdA Landesvereinigung NRW

Die Entscheidung des Bundeswahlausschusses, der DKP mit Hinweis auf Fristversäumnisse bei der Rechnungslegung den Parteistatus und die Teilnahme an den Bundestagswahlen zu verwehren, ist ein nicht hinzunehmender Angriff auf das Wahlrecht und eine neue Qualität staatlicher Repression.

Nicht mehr juristische Verfahren, welche durch die Justiz überprüfbar sind, sondern der Missbrauch von Regelungen der Finanzordnung werden dafür genutzt. Das ist kein Einzelfall, sondern hat mittlerweile System: Erst wurde der Bundesvereinigung der VVN-BdA die Gemeinnützigkeit aberkannt und erst nach langem Kampf wieder zuerkannt.

Fortschrittlichen Gruppierungen wie Campact und Attac wurde die Gemeinnützigkeit entzogen. Die Beobachtung und Einstufung der Zeitung „junge Welt“ als extremistisch durch den Verfassungsschutz passt in dieses Schema. Auch darf der Ruf einiger CDU-Mitglieder nach dem Verbot der Roten Hilfe in diesem Zusammenhang nicht vergessen werden.

Keine Probleme bei der Zulassung zur Bundestagswahl hat dagegen die rechtsextreme Partei „Der III. Weg“: In deren Reihen tummeln sich selbst nach Auffassung des Verfassungsschutzes höchst gewaltbereite völkische Nationalisten.

Dieser Entwicklung muss endlich Einhalt geboten werden. Wir müssen gemeinsam gegen diese Rechtsentwicklung kämpfen.

Wir rufen alle demokratischen Kräfte auf, sich unabhängig von politischen Differenzen dieser undemokratischen Entwicklung entgegenzustellen und sich ebenso wie wir mit der DKP zu solidarisieren.

Die VVN-BdA Landesvereinigung NRW e.V. fordert die sofortige Rücknahme der Beschlüsse des Bundeswahlausschusses.

Rechts wird ignoriert, Links wird überprüft

Solidaritätserklärung der Föderation der demokratischen Arbeitervereine (DIDF)

Das späte Einreichen von Rechenschaftsberichten darf kein Grund sein, um euch von eurem verfassungsmäßigen Recht auf Kandidatur für den Bundestag auszuschließen bzw. euren Parteistatus abzuerkennen. (…) Während der Staat bei linken und fortschrittlichen Kräften sehr gründlich „überprüft“, sehen wir, dass er auf dem rechten Auge blind ist. Sowohl hohe Spendensummen aus dem Ausland für die AfD als auch nicht angegebene Nebeneinkünfte von Abgeordneten oder auch offene Korruptionsskandale von staatstragenden Parteien und Regierungsmitgliedern werden demonstrativ ignoriert oder totgeschwiegen, während Formalitäten für linke Parteien sie ihren Parteistatus kosten können. Diese höchst undemokratische Herangehensweise der Behörden ist durch nichts zu entschuldigen und kann nicht hingenommen werden.

Wir verurteilen diesen Angriff auf die demokratischen Rechte aufs Schärfste und werden mit allen fortschrittlichen Kräften für den Erhalt und Ausbau dieser Rechte gemeinsam kämpfen. Wir sind solidarisch mit euch und wünschen viel Erfolg und Kraft für die kommende Zeit.

Zeynep Sefariye Eksi, DIDF-Vorsitzende

„Schlag ins Gesicht“

Stellungnahme der „Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde“ (GBM)

Die GBM protestiert entschieden gegen die Bedrohung der Existenz der DKP. (...)

Die deutsche Geschichte kennt viele Beispiele, wo Kommunisten, ihre Parteien und mit ihnen sympathisierende linke Kräfte mit formalen Konstruktionen Repressalien ausgesetzt bzw. verboten worden sind. Die nächsten Schritte waren immer Verfolgung und Terror. Wehret den Anfängen!

Diesen offenen Angriff staatlicher Institutionen auf die Existenz der Deutschen Kommunistischen Partei betrachten wir als einen Schlag ins Gesicht auch aller jener Bürger, die bereit sind, an der Gestaltung eines wirklich demokratischen Staatswesens teilzunehmen.

Wir stehen in solidarischer Verbundenheit an der Seite der DKP, die – wie unsere Gesellschaft – für Frieden und soziale Gerechtigkeit eintritt.

Empört Euch, protestiert und übt Solidarität! Morgen kann es zu spät sein!

Es geht nicht um Formalia

Stellungnahme des Bundesvorstands von „Die Linke.SDS“

Maskendeals und Spendenaffären bleiben ohne Konsequenzen. Zu spät eingereichte Rechenschaftsberichte sollen ein Skandal sein?

Es ist klar: Hier geht es um Politik, nicht um Formalia. Natürlich hat die DKP eine bürokratische Hürde versäumt. Im Vergleich zu den Machenschaften von CDU und AfD aber ist das kaum der Rede wert. Trotz politischer Differenzen solidarisieren wir uns als „Die Linke.SDS“ mit der DKP.

Als Linke müssen wir immer vereint gegen staatliche Repression und Einschränkungen unserer Handlungsmacht vorgehen. Der Staat steht nicht auf unserer Seite.

Den Genoss:innen wünschen wir daher viel Erfolg bei der Klage vor dem Verfassungsgerichtshof und eine nachträgliche Zulassung für die Bundestagswahlen.

Fotos: Ulla Jelpke: UZ-Archiv; Dietmar Dath: Tom Brenner; Andrea Hornung: SDAJ; Horst Schmitthenner: privat; Petra Wegener: Tom Brenner; Sevim Dagdelen: Sevim Dagdelen; Frank Schumann: Robert Allertz; Stefan Huth: junge Welt; Willi van Ooyen: Martin Rulsch / Wikimedia / CC BY-SA 4.0; Julian Eder: privat; Hans Bauer: Peter Weyland; Martin Koerbel-Landwehr: privat; Alexander Neu: Foto-AG Gymnasium Melle / wikipedia / CC BY 3.0; Norman Paech: Dontworry / wikimedia / CC BY-SA 4.0; Arnold Schölzel: UZ-Archiv; Andrej Hunko: UZ-Archiv

DKP

#DKPwählbarMachen

Tricksereien und Kriminalisierungsversuche

Aufruf zur Solidarität mit der DKP

Wie heute bekannt wurde, hat der Bundeswahlausschuss entschieden, dass die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) nicht an den Bundestagswahlen teilnehmen darf und ihre Rechtsstellung als Partei verloren hat.

Begründet wird dies mit verspätet eingereichten Rechenschaftsberichten.

Dieses Vorgehen ist alles andere als nur eine „bürokratische Überkorrektheit“ der Bundestagsverwaltung. Aus unserer Sicht steht es in einem Zusammenhang mit anderen Versuchen des bürgerlichen Staatsapparats, gegen Revolutionär:innen, Antifaschist:innen und Linke im Allgemeinen mit juristischen und bürokratischen Manövern vorzugehen. Wir erinnern daran, dass der Bundesvereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) vor zwei Jahren ihre Gemeinnützigkeit aberkannt wurde und sie diese mit viel Mühe zurückerkämpfen mußte. Wir erinnern an das trickreiche Vorgehen gegen attac und campact, denen die Gemeinnützigkeit ebenfalls entzogen wurde.

Wir erinnern an die Forderungen aus den Reihen der CDU nach dem Verbot der Roten Hilfe. Wir erinnern an die ungezählten Tricksereien zur Kriminalisierung der kurdischen Befreiungsbewegung.

Wenn die Regierungspartei CDU in Dutzende Korruptionsskandale verwickelt ist und diverse Politikerinnen und Politiker der großen Parteien (nach den Fristen!) enorme Summen als Nebeneinkünfte nachmelden, die sie vorher „vergessen“ hatten anzumelden, dann passiert nichts. Niemand würde auch nur auf die Idee kommen, dass Annalena Baerbock jetzt nicht mehr kandidieren darf oder die CDU nicht mehr auf dem Wahlzettel stehen dürfte. Auch das macht deutlich, dass die verspäteten Rechenschaftsberichte der DKP ein Vorwand sind.

All diese Maßnahmen zielen darauf, fortschrittliche, demokratische, linke Kräfte zu behindern, zu kriminalisieren und ihre Arbeit unmöglich zu machen. Degegen setzen wir unsere Solidarität von unten.

Wir, die wir uns in anderen Gruppen als der DKP organisiert haben, erklären unsere Solidarität mit den Kommunistinnen und Kommunisten der DKP und fordern die sofortige Rücknahme der Beschlüsse des Bundeswahlausschusses.

Erstunterzeichner*innen:

- ★ **ATIF – Föderation der Arbeiter*innen aus der Türkei in Deutschland**
- ★ **Bir-Kar – Plattform für die Einheit der Arbeiter und Freundschaft der Völker**
- ★ **Deutsch-Kurdischer-Freundschaftsverein Krefeld**
- ★ **Die Linke.SDS Düsseldorf**
- ★ **Duisburg stellt sich quer**
- ★ **Föderation der freiheitlichen Gesellschaft Mesopotamiens in NRW e. V.**
- ★ **Freies Forum Duisburg e. V.**
- ★ **Interventionistische Linke Düsseldorf [see red!]**
- ★ **Revolutionärer Jugendbund**
- ★ **Rote Hilfe e. V.**
- ★ **Rote Einheit Düsseldorf**
- ★ **RSO – Revolutionär Sozialistische Organisation Deutschland**
- ★ **Ruhrjugend**
- ★ **SDAJ – Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend NRW**
- ★ **YDG – Neue Demokratische Jugend**
- ★ **Young Struggle**
- ★ **ZORA**

Foto: UZ-Archiv

„Entlarvend“ – Nur gegen Links

Erklärung des Bundessprecherrates der Antikapitalistischen Linken (AKL)

Der Bundeswahlleiter teilte am Donnerstag mit, dass u. a. der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) der Antritt bei den Bundestagswahlen dieses Jahr verwehrt bzw. ihr der Status der politischen Partei aberkannt werden soll. Begründet wurde das damit, die Partei habe ihre Rechenschaftsberichte in den vergangenen sechs Jahren immer verspätet eingereicht. Mit dieser absurden Begründung droht der DKP nun ein existenzieller Schaden. Es ist ein kaltes Parteiverbot durch die Hintertür, die Aberkennung des Status als politische Partei mittels bürokratischer Winkelzüge. Der Bundeswahlausschuss hat bei der Bestätigung der eingereichten Wahlunterlagen einen Ermessensspielraum, der hier sehr entlarvend nur gegen Links ausgenutzt wurde. Umso bedenklicher ist es, dass die Vertreterin der „Linken“ im Bundeswahlausschuss diesem Vorgehen auch noch zugestimmt hat. Dafür kann sich die AKL als Strömung der „Linken“ nur entschuldigen: Das geschah nicht in unserem Namen. Die AKL ist solidarisch mit der DKP und allen antifaschistischen, antikapitalistischen und sozialistischen Kräften in der Republik, die die herrschenden Klassenverhältnisse kritisieren und sich für den Aufbau von Gegenmacht und eine Veränderung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse einsetzen.

Angesichts der Kämpfe gegen die Klimakatastrophe und zunehmender gesellschaftlicher Widersprüche wird der Klassenkampf von oben gegen antikapitalistische Kräfte und Organisationen verschärft. Der Versuch, die DKP durch die Aberkennung des Parteistatus in den finanziellen Ruin zu treiben, reiht sich ein in die verschiedenen Skandale, Organisation wie die VVN-BdA oder attac durch den Entzug der Gemeinnützigkeit zu ruinieren. Aktuell erleben wir Angriffe auf die Versammlungsfreiheit u. a. durch das geplante neue Versammlungsgesetz in NRW und die Repression gegen die Demonstration gegen dieses Gesetz. Der Druck der herrschenden Klasse und ihres Staates auf linke Kräfte wird immer stärker. Wir stellen uns solidarisch dagegen und werden diesem Vorgehen einen Riegel vorschieben! Wir sind solidarisch mit den betroffenen Organisationen und Verbänden und treten diesem Versuch eines kalten Parteiverbots durch die Hintertür entgegen.

Offener Brief der KPF an das Bundesverfassungsgericht:

Sie werden – nach Einspruch der DKP – darüber zu befinden haben, ob es rechtens ist, dass die DKP durch die Bundeswahlkommission von der Bundestagswahl ausgeschlossen wurde. (...)

Die deutsche Geschichte bietet sehr prinzipielle Gründe, Kommunistinnen und Kommunisten ihre demokratischen Rechte zu gewähren. Zu oft, und in der Zeit des Hitlerfaschismus mörderisch, wurden uns diese Rechte versagt.

Lassen Sie die Deutsche Kommunistische Partei zu den Bundestagswahlen zu.

Bundessprecherrat der Kommunistischen Plattform der Partei „Die Linke“

„Überzogen“

Das Nichtzulassen der DKP zur Wahl aus formalen Gründen halten wir für völlig überzogen und somit unverhältnismäßig.

Die Aberkennung des Parteistatus halten wir zudem für rechtlich fragwürdig und wünschen der DKP bei der Anfechtung beider Vorgänge viel Erfolg. **Andrej Hunko, Ali Al-Dailami, Heidemarie Scheuch-Paschkewitz**

Die Entscheidung ist nicht akzeptabel, sie kommt einem kalten Parteiverbot gleich. Diese fatale Entscheidung muss gerade auch vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte dringend korrigiert werden. Dass der Antikommunismus die Grundtorheit unserer Epoche ist, wie es Thomas Mann feststellte, gilt auch heute. Es braucht jetzt Solidarität, damit die DKP zu den Bundestagswahlen antreten kann. **Sevim Dagdelen, MdB „Die Linke“**

Mit dem drohenden Verbot der Kandidatur der DKP zur Bundestagswahl zeigt sich, dass der antikommunistische Geist in unserem Land immer noch lebendig ist. Die gesellschaftliche Linke soll auch diffamiert und ausgegrenzt werden, weil sie sich entschieden gegen Militarismus und Krieg und für Frieden einsetzt. Wir dürfen – angesichts der drohenden Gefahren für die Menschen – nicht in unserem gemeinsamen Kampf nachlassen.

Willi van Ooyen

Groß muss die Angst der Herrschenden vor einer kleinen Organisation wie der DKP sein, dass man jetzt auf kaltem administrativen Weg versucht, ihr den Garaus zu machen. Der drohende Entzug des Status einer politischen Partei markiert eine neue Etappe in der Rechtsentwicklung dieses Landes. „Freie Bahn für Kriegsvorbereitungen und weiteren sozialen Kahlschlag“ lautet offenbar die Devise. Organisierte Kommunisten, die diese Pläne aufdecken und den Finger in die Wunde legen, stören da nur. Fortschrittliche Kräfte aller Richtungen sind jetzt aufgefordert, sich diesem staatlichen Willkürakt mit aller Kraft entgegenzustellen.

Stefan Huth, Chefredakteur Tageszeitung „junge Welt“

Die „junge Welt“ beobachten, der VVN-BdA die Gemeinnützigkeit aberkennen, jetzt der Versuch, die DKP zu liquidieren.

Einschüchterung, Diskriminierung, Verfolgung und Verbot progressiver Kräfte – das ist keine Demokratie, das ist Diktatur in Deutschland.

Der Angriff auf die kommunistische Bewegung entlarvt erneut den reaktionären Charakter des gepriesenen westlichen Wertesystems.

Übt Solidarität mit der DKP!

Hans Bauer, GRH-Vorsitzender

Dieser Versuch eines Parteiverbots durch die Hintertür ist ein erneuter Angriff auf fortschrittliche Kräfte und soll vom Widerstand gegen den Abbau demokratischer Rechte, wie z. B. der Änderung des Versammlungsgesetzes in NRW und für bessere Arbeits- und Lebensverhältnisse abhalten.

Gerade wir Beschäftigte aus dem Gesundheitswesen haben stets die Unterstützung der DKP in unserem Kampf für mehr Personal zur Entlastung, für Tarifverträge und eine angemessene Bezahlung für alle Beschäftigte erhalten.

Die Aberkennung des Parteistatus und die Nichtzulassung zur Bundestagswahl muss sofort zurückgenommen werden. **Martin Koerbel-Landwehr, Personalratsvorsitzender Uniklinik Düsseldorf, Vorsitzender ver.di-Fachbereich Gesundheit NRW**

Die dubiose Nicht-Zulassung der DKP zur Teilnahme an den Bundestagswahlen 2021 und die Aberkennung ihres Status als Partei sind nicht nur ein politischer und rechtlicher Skandal, sondern ebenso ein Zeichen für die zugespitzte Krise des Finanzkapitalismus/Imperialismus wie der bürgerlich-parlamentarischen Ordnung. Das Ende der sozialistischen Staaten 1989/90 war mit der Rückkehr des Krieges nach Europa verbunden. Mit der neuen kriegerischen Aggression Deutschlands nach außen unter dem Schirm von USA und NATO geht seither die fortschreitende Repression nach innen einher. Wie unter Adenauer trifft sie auch wieder organisierte Kommunisten – als Teil der Anti-Kriegs-Bewegung. Politischer Differenzen ungeachtet, sind alle Linken und Demokraten daher zur Solidarität mit der DKP aufgerufen!

Dr. Alexander S. Neu, MdB („Die Linke“)

Das ist ein ungeheuerlicher Vorgang, die DKP nicht zur nächsten Bundestagswahl im September zuzulassen. Vor allem, wenn gleichzeitig 44 politische Vereinigungen, die bisher nie als überregionale Parteien in Erscheinung getreten sind, die Zulassung erteilt wurde. Die DKP hat sich seit ihrer Gründung 1968 an allen Bundestagswahlen zumindest mit Direktkandidaten beteiligt. Der Vorwurf, sie hätte die erforderlichen Rechenschaftsberichte nicht erbracht, erscheint als billiger Vorwand, diese prononcierte und klare Stimme aus dem Wahlkampf herauszunehmen. Hier ist jede Verhältnismäßigkeit einer so schwerwiegenden Entscheidung missachtet worden. Das hat eine ungute politische Schlagseite, trotz aller gegenteiliger Beteuerungen. Das ist ein schlechter Start in den Wahlkampf. Das darf nicht sein. Das müssen die Gerichte korrigieren.

Norman Paech

Die Ankündigung, die DKP nicht zur Bundestagswahl zuzulassen, ist Teil des reaktionären Staatsumbaus.

Mit dem faktischen Parteiverbot wird ein großer Schritt zur autoritären Machtausübung getan, es handelt sich um einen Schlag gegen alle Demokraten der Bundesrepublik, gegen Gewerkschaften und Friedensbewegung. Wer Kommunisten verfolgt, will die Arbeiterklasse und letztlich jede Opposition unterdrücken. In einem imperialistischen Staat bedeutet das zugleich, dass die Herrschenden Krieg vorbereiten. Der Rotfuchs-Förderverein erklärt seine Solidarität mit der DKP. Das Verbot muss sofort zurückgenommen werden.

Arnold Schölzel, Vorsitzender des RotFuchs-Fördervereins

Die Entscheidung des Bundeswahlausschusses (BWA), die DKP nicht zur Bundestagswahl zuzulassen und ihr den Parteistatus abzuerkennen, ist zu verurteilen. (…) Es ist ein Problem, dass die etablierten Parteien über die Zulassung der noch nicht im Bundestag vertretenen Parteien entscheiden. Nicht nur die Wahlbeobachter der OSZE merkten in ihrem Bericht zur Bundestagswahl 2009 an, dass „dieses Arrangement (…) vor Interessenskonflikten nicht gefeit“ ist und „objektive und messbare Kriterien“ fehlen.

Ungeachtet der Einstellung, die man zur DKP haben mag: Es geht um grundlegende demokratische Prinzipien, deshalb unterstütze ich die Anfechtung dieser offensichtlich unverhältnismäßigen Entscheidung. **Andrej Hunko**

Kommunistische Partei Albaniens

Uns Kommunisten überraschen diese antidemokratischen Verhaltensweisen und Handlungen nicht, denn der heutige deutsche Staat, der Führer der Europäischen Union, ist Mitunterzeichner mehrerer Entschließungen des Europäischen Parlaments, die sowohl den Nazismus als auch den Kommunismus zu verurteilen suchen. […]
Wir sind überzeugt, dass die deutschen Kommunisten der Herausforderung der Kräfte, die Euch das demokratische Recht auf Teilnahme an den Wahlen verweigern will, zu begegnen wissen, die Reihen der Partei stärken und Mittel und Wege finden werden, um die politische Tätigkeit ihrer Kommunistischen Partei ununterbrochen aufrechtzuerhalten.

Kommunistische Partei Armeniens

Die Kommunistische Partei Armeniens drückt noch einmal ihre Solidarität mit der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) und ihrem Kampf für Frieden und Sozialismus aus.
Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde, liebe Schwestern und Brüder, ihr steht nicht allein vor euren derzeitigen Gegnern … Die Gesamtheit der fortschrittlichen Kräfte auf der ganzen Welt, die Dutzende Millionen Kommunisten repräsentieren, einschließlich derjenigen in den Reihen der Kommunistischen Partei Armeniens, stehen Schulter an Schulter mit der Deutschen Kommunistischen Partei.

Kommunistische Partei Aotearoas (Neuseeland)

Wir alle in der Kommunistischen Partei Aotearoas stehen in Solidarität gegen diese antidemokratischen Angriffe auf die DKP und die gesamte deutsche Arbeiterbewegung. Trotz des administrativen Schleiers dieser Repression kann ihr wahres Motiv an den gleichzeitigen Bemühungen, die „junge Welt“ zu erdrücken, erkannt werden. Wie Marx in den „Enthüllungen über den Kommunisten-Prozess zu Köln“ feststellte: „blieb es bei der Klage des Anklagesenats, dass ‚kein objektiver Tatbestand vorliege‘. Neue Polizeiwunder waren nötig geworden.“ Unabhängig, welche Begründungen sie vorbringen, werden wir in ständiger Solidarität bleiben, bereit, sie bei Bedarf zu bekunden.

Kommunistische Partei Bangladeschs

Die Kommunistische Partei Bangladeschs (CPB) verurteilt aufs Schärfste die Entscheidung des deutschen Bundeswahlleiters, die DKP nicht zu den Bundestagswahlen in diesem September zuzulassen. Die CPB betrachtet diesen Akt der Wahlbehörde als eine schwerwiegende Verletzung der demokratischen Rechte des deutschen Volkes und als ein Komplott, um die Stimme der kommunistischen und fortschrittlichen Kräfte in Deutschland zu untergraben. Diese Art von undemokratischem Herangehen hat tief verwurzelte Ursachen und ist mit der neofaschistischen Ideologie verbunden, die Meinungsfreiheit einzuschränken und letztlich die kommunistischen Aktivitäten zu verbieten.

Partei der Arbeit Belgiens

Im Kontext der Krise, in der die Monopole immer mehr politische Macht beanspruchen, um ihre Position zu festigen, erleben wir eine Schrumpfung des demokratischen Raums und Angriffe auf die Arbeiterklasse und ihre Vertreter. Aber die Geschichte hat gezeigt, dass die Idee einer Gesellschaft ohne Ausbeutung des Menschen durch den Menschen am Ende immer triumphiert.
Die Partei der Arbeit Belgiens sichert Euch ihre volle Unterstützung zu.

Kommunistische Partei Belgiens

Dies ist ein neuer antikommunistischer Schritt im Zentrum der Europäischen Union, der darauf abzielt, alle Volksorganisationen und Kämpfe gegen das kapitalistische System zu verbieten und zu verhindern, insbesondere durch finanzielle Strangulierung. Es ist nicht das erste Mal, dass deutsche Kommunisten Opfer bürgerlicher staatlicher Repression wurden, von der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts bis zum Verbot der KPD 1933 durch die Nazis und 1956 durch Konrad Adenauers Bundesrepublik auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges. …
Wir bekunden unsere Solidarität mit den deutschen Genossinnen und Genossen und der DKP und fordern die sofortige Aufhebung dieser antikommunistischen Entscheidung.
Der Kampf wird nicht verboten werden.

Kommunistische Partei Britanniens

Wir nehmen insbesondere den Mut zur Kenntnis, mit dem sich Eure Partei gegen die zunehmende Militarisierung der EU und ihre Verflechtung mit der NATO ausgesprochen hat – und die EU selbst und die Rolle Deutschlands in ihr dafür verurteilt hat, dass sie eine ungleiche Sozialordnung in ganz Europa durchsetzt, die den Interessen der großen Industrie- und Finanzmonopole untergeordnet ist.
Dieses Verbot, so stellen wir fest, ist das erste, das gegen die deutschen Kommunisten seit der Neugründung der DKP im Jahr 1968 ausgesprochen wurde, nachdem die historische Partei der deutschen Kommunisten, die KPD, 1956 von den westdeutschen Behörden verboten worden war.
Das Verbot ist ein Schlag gegen die demokratische Freiheit aller Deutschen und ein Schlag gegen die gesamte internationale kommunistische Bewegung weltweit. Es muss von allen, die die Demokratie schätzen, verurteilt werden.

Kommunistische Partei (Dänemark)

Die Kommunistische Partei, KP, verspricht nach besten Kräften, auf das Thema der Drohungen gegen Ihre Partei aufmerksam zu machen, damit auch von Kommunisten und fortschrittlichen Kräften in Dänemark ein Druck auf die deutschen Behörden ausgeübt wird, um sicherzustellen, dass sie mit ihrem Versuch keinen Erfolg haben.

Kommunistische Partei der Donezker Volksrepublik

Die Verfolgung des Kommunismus ist eine fortwährende Taktik des Imperialismus, der erfolglos versucht, der zunehmenden Krise der bürgerlichen Gesellschaft entgegenzuwirken. Das geplante faktische Verbot der DKP ist ein Zeugnis dafür, wie sehr kapitalistische Regierungen die marxistischen Ideen fürchten. Wir bekunden unsere volle Solidarität mit den deutschen Genossinnen und Genossen und erklären, dass politisch motivierte Verbote und Repressionen die Kräfte der kommunistischen Weltbewegung nicht werden untergraben können.

Kommunistische Partei Finnlands

Aus internationaler Sicht scheinen die deutschen Kommunisten unter ständiger Verfolgung und Einschränkung ihrer Tätigkeit zu leiden.
Die Entscheidung des Bundeswahlleiters könnte eine neue indirekte Ächtung mit den damit verbundenen finanziellen Schwierigkeiten bedeuten.
Die Wahlen im September in Deutschland spielen eine wichtige Rolle für die gesamte zukünftige europäische Politik. Die Stärkung der deutschen Kommunisten und der linken Parteien wird von großer Bedeutung für die Bildung einer neuen deutschen Regierung sein, die sich für die internationale Zusammenarbeit, den Frieden, die atomare Abrüstung und die Risiken der Umweltzerstörung einsetzt.
Die Kommunistische Partei Finnlands (SKP) drückt ihre Solidarität mit der DKP und ihrem Vorsitzenden Patrik Köbele aus und fordert die Wahlkommission auf, die Kandidatur der DKP zuzulassen und die Bürgerrechte der Bürger und demokratischen politischen Parteien zu respektieren.

Galizische Volksunion

Wir fordern, dass die deutschen Behörden ihre Angriffe auf die Deutsche Kommunistische Partei sofort einstellen und dass sie aufhören, nach bürokratischen Vorwänden zu suchen, um die wahren Absichten der Rechten zu vertuschen, jedes politische Andersdenken durch die Kriminalisierung linker Organisationen, insbesondere von Kommunisten, mundtot zu machen.
Die DKP hat seit ihrer Gründung ihren unerschütterlichen Einsatz für die Arbeiterklasse und das deutsche Volk bewiesen und wir sind sicher, dass ihr in eurem Kampf siegreich sein werdet.

Arbeiterpartei Irlands

Die Workers‘ Party of Ireland möchte der Deutschen Kommunistischen Partei eine Botschaft der Solidarität aus Anlass der antidemokratischen Aktionen des deutschen Staates übermitteln.
Wir möchten auf diese Vorfälle aufmerksam machen und der DKP zur Seite stehen.
Wenn es gemeinsame Initiativen gibt, an denen die DKP die Arbeiterpartei beteiligen möchte, zögert bitte nicht, uns um Unterstützung zu bitten.

Kommunistische Partei (Italien)

Das ist ein Angriff auf die Freiheit, aber vor allem ein deutlicher Hinweis auf die Richtung, die die liberale Politik auf europäischem Boden einschlägt. Es ist ein Angriff der europäischen Bourgeoisie auf jene politischen Kräfte, die für die Vereinigung der Arbeiterklasse unter dem Banner des Sozialismus arbeiten. Eine Operation, die bereits mit der Entschließung des Europäischen Parlaments begonnen hat, in der Nazifaschismus und Kommunismus gleichgesetzt werden, gefolgt von nationalen Initiativen mit demselben Tenor.
Deshalb stehen wir an der Seite der DKP im politischen Kampf gegen liberale Kräfte, die die Covid-Pandemie und die Konjunkturprogramme nutzen wollen, um die Arbeiterklasse weiter zu marginalisieren und politische Gegner auszuschalten.

Hände weg vo

Partei erhält Solidaritätserklärungen aus aller Wel

Foto: UZ-Archiv

Neben den vielen Solidaritätsbekundungen von Persönlichkeiten und politischen Organi eine überwältigende Menge an Solidaritätsadressen von kommunistischen und Arbeite noch weitere Solidaritätserklärungen ein. Alle Erklärung werden wir in voller Länge auf

Liebe Genossinnen und Genossen,
der Weltfriedensrat (WPC) möchte seine vehemente Verurteilung der Bemühungen der deutschen Behörden und der Wahlkommission zum Ausdruck bringen, die DKP an der Kandidatur bei den kommenden Bundestagswahlen im September zu hindern und die Beteiligung zu verbieten.

Das ist ein klarer und eklatanter politischer Schachzug, der darauf abzielt, die „störende“ Stimme der deutschen Kommunisten und durch sie die Volksrechte und Forderungen der arbeitenden Menschen, der friedliebenden Kräfte zum Schweigen zu bringen.

Wir warnen alle beteiligten Seiten vor solchen autoritären Aktionen, die uns an die dunkelsten Zeiten der Geschichte erinnern, die besagen, dass immer, wenn Regierungen versuchten, KPen zu verbieten, das eigentliche Ziel die Völker selbst waren und sind.

Wir bringen unsere Solidarität mit der DKP zum Ausdruck und unterstützen ihr legitimes Recht, zu den Wahlen zu kandidieren, außerdem fordern wir die sofortige Aufhebung aller Hindernisse und Manöver.

Für das Sekretariat der WPC
Iraklis Tsavdaridis
Geschäftsführender Sekretär

Die Entscheidung des Bundeswahlausschusses, die Deutsche Kommunistische Partei nicht zur Bundestagswahl am 26. September zuzulassen, kann nur als eine weitere Form der Fortsetzung des Kalten Krieges verstanden werden. In einer Zeit, in der erneut ein großer Teil der Menschen im Land für eine Krise zahlen soll, die sie nicht verursacht haben, wollen die Herrschenden keine Stimme im deutschen Parlament dulden, die echte Auswege aus dieser kapitalistischen Krise aufzeigen kann. Die bürgerlichen Parteien, einschließlich der Linken und der Grünen, wollen offenbar lieber unter sich bleiben, zusammen mit den Rechten der AfD.

Die deutschen Kommunisten haben bittere Erfahrungen mit allen Auswüchsen des Antikommunismus gemacht. Die Verbote der KPD durch das Hitler-Regime 1933 und durch die Adenauer-Justiz 1956, ebenso die Berufsverbote gegen Kommunisten nach 1972 konnten die Idee, eine Welt ohne Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu schaffen, nicht aufhalten.

Die Kommunistische Partei Luxemburgs protestiert in aller Entschiedenheit gegen jeden Versuch, die DKP durch den Entzug des Parteistatus mundtot machen zu wollen. Die KPL fordert den deutschen Bundestag, die deutsche Bundesregierung, die Regierung Luxemburgs und die EU-Kommission auf, jegliche Bestrebungen zur Einschränkung der Tätigkeit kommunistischer Parteien und Organisationen zu unterbinden.

Die DKP ist die einzige Partei in der Bundesrepublik Deutschland, die eine wirkliche Alternative zur gegenwärtig herrschenden Politik anbieten kann. Die DKP muss wählbar bleiben!

Wir fordern: Hände weg von der DKP!

Kommunistische Partei Luxemburgs

In dem Land, in dem vor über 200 Jahren Karl Marx und Friedrich Engels geboren wurden, erleben wir wieder einmal eine böswillige Geringschätzung für das größte Geschenk, das Deutschland der Welt gemacht hat – den wissenschaftlichen Sozialismus.

Als Kommunisten kennen wir die Geschichte Deutschlands gut, sowohl die fortschrittliche als auch die reaktionäre:

Wir erinnern uns an die Gründung der Sozialdemokratischen Partei durch Leute wie Wilhelm Liebknecht und August Bebel – und an das Sozialistengesetz von Bismarck.

Wir erinnern uns mit Trauer an die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.

Wir erinnern uns an das Verbot der KPD durch die Nazis und an den Tod von Ernst Thälmann im Konzentrationslager.

Wir erinnern uns mit Wärme an die Deutsche Demokratische Republik, die den afrikanischen Befreiungsbewegungen, einschließlich der Zimbabwe African People‘s Union (ZAPU), so viel Hilfe leistete.

Wir erinnern uns auch an das Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) im Jahr 1956 durch die Adenauer-Regierung in der Zeit des Kalten Krieges.

Im Geiste des proletarischen Internationalismus unterstützt die Kommunistische Partei Simbabwes die DKP in dieser Zeit, in der die USA versuchen, Europa in einen neuen Kalten Krieg zu ziehen.

Die Kommunistische Partei Simbabwes fordert das Recht für die DKP, bei Wahlen nach den etablierten Normen der bürgerlichen Demokratie anzutreten.

Mit brüderlichen Grüßen

Nicholas Ngqabutho Mabhena, Generalsekretär
Ian Beddowes, Kommissarischer Internationaler Sekretär
Kommunistische Partei Simbabwes

on der DKP

t

sationen aus Deutschland bekam die DKP nach der Sitzung des Bundeswahlausschusses rparteien aus der ganzen Welt. Auch bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe der UZ trafen *blog.unsere-zeit.de* veröffentlichen. In dieser Ausgabe dokumentieren wir eine Auswahl.

Liebe Genossinnen und Genossen!
Mit tiefer Besorgnis hat die Portugiesische Kommunistische Partei die Entscheidung des deutschen Bundeswahlleiters zur Kenntnis genommen, die Teilnahme der Deutschen Kommunistischen Partei an den am 26. September stattfindenden Parlamentswahlen nicht zuzulassen.

Die PCP weist vehement jeden Versuch zurück und verurteilt ihn, der unter dem Vorwand einer Verfahrensfrage – der angeblich verspäteten Einreichung von Jahresabschlüssen – darauf abzielt, der Deutschen Kommunistischen Partei das Recht auf Teilnahme an den Wahlen und ihren Status als politische Partei zu entziehen, was in der Praxis zu ihrer inakzeptablen Illegalisierung führen würde.

Die PCP drückt ihre Solidarität mit der Deutschen Kommunistischen Partei aus und ruft alle demokratischen Kräfte in Deutschland auf, sich für die Verteidigung der Rechte, Freiheiten und Garantien, der Demokratie einzusetzen und das Recht der Deutschen Kommunistischen Partei auf Teilnahme an den nächsten Parlamentswahlen im September zu garantieren.

Internationale Abteilung der Portugiesischen Kommunistischen Partei

Der Weltbund der Demokratischen Jugend zeigt seine volle Unterstützung für die DKP und ihre Jugendorganisation, die SDAJ (eine Mitgliedsorganisation des WBDJ) in ihrem Kampf gegen das indirekte Parteiverbot, das der deutsche Staat ihnen aufzuerlegen versucht.

Die deutschen Wahlbehörden haben beschlossen, der DKP den Status als politische Partei zu entziehen und sie damit an der Teilnahme an der Bundestagswahl im September dieses Jahres zu hindern. …

Außerdem ist dies kein Einzelfall, sondern Teil einer breiten antikommunistischen Kampagne der Bundesrepublik Deutschland im Besonderen und der herrschenden Klassen und imperialistischen Kräfte im Allgemeinen, um demokratische, fortschrittliche und antiimperialistische Kräfte zu diskreditieren, zu schikanieren und auszulöschen. Die gleiche Verfolgung erleiden auch andere Mitgliedsorganisationen des WBDJ und andere befreundete Organisationen im Rahmen dieser internationalen Kampagne der Kriminalisierung der Volks-, antiimperialistischen, Arbeiter-, demokratischen, kommunistischen, fortschrittlichen Bewegungen und allgemein all derer, die für den Aufbau einer Welt frei von Ausbeutung und Unterdrückung jeglicher Art kämpfen.

Ein weiteres Beispiel ist die Entschließung des Europäischen Parlaments vom Oktober 2019, in der der Kommunismus mit dem Nazi-Faschismus gleichgesetzt wird, ein weiterer Angriff in der ideologischen Offensive der herrschenden Klassen, um diejenigen, die dafür gekämpft haben, uns von der nazifaschistischen Barbarei zu befreien, mit eben jenen Leuten zu vergleichen, die für eines der größten Verbrechen gegen die Menschheit verantwortlich sind.

Die antiimperialistische Jugend der Welt wird das indirekte Parteiverbot unserer Genossinnen und Genossen der SDAJ und ihrer Partei, der DKP, nicht hinnehmen.

Solidarität mit der DKP! Wir werden weiter kämpfen, bis wir die Welt aufbauen, von der wir geträumt und für die wir gekämpft haben!

Weltbund der Demokratischen Jugend

Die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) verurteilt die inakzeptable Ablehnung der Zulassung der DKP zu den Bundestagswahlen, sowie die Aberkennung des Parteistatus. Dieser Versuch, die DKP unter Berufung auf bürokratische Vorwände zu verbieten, offenbart die Planungen des deutschen bürgerlichen Staates, der Tätigkeit der Kommunistinnen und Kommunisten und des Kampfes der Arbeiterklasse und der Volksschichten Hindernisse aufzustellen. Das passiert in einer Zeit der Eskalation des arbeiterfeindlichen Angriffs und der Intensivierung und Beschleunigung der gefährlichen imperialistischen Machenschaften gegen die Völker.

Antikommunistische Maßnahmen und Verbote wurden auch in der Vergangenheit eingesetzt und stießen auf heftige Reaktionen. Die deutschen Kommunistinnen und Kommunisten sind nicht auf sich allein gestellt. Die Unterstützung ihres Kampfes wird zur Sache der Arbeiterbewegung sowie der Kommunisten in allen Ländern werden.

Die KKE bekundet ihre ungeteilte Solidarität mit den Genossinnen und Genossen der DKP und fordert die sofortige Rücknahme dieser inakzeptablen antikommunistischen Entscheidung, so dass die DKP ungehindert ihre Tätigkeit als politische Partei entfalten und an den Wahlen teilnehmen kann.

Abteilung Internationale Beziehungen des ZK der KKE

Sozialistische Partei Litauens

Wir bringen unsere Solidarität mit der Deutschen Kommunistischen Partei und unseren entschiedenen Protest gegen Versuche, sie zu verbieten, zum Ausdruck. Wir bewerten solche Versuche als grobe Verletzung elementarer demokratischer Normen und als offenen Druck auf missliebige politische Kräfte in einem Land, dass sich als Vorbild für Demokratie und Einhaltung der Menschenrechte darstellt.

Kommunistische Partei Mexikos

Die bürgerlichen Gesetzgeber haben unannehmbare Forderungen gestellt, die auf die Illegalisierung der kommunistischen Parteien abzielen. Im Falle der Europäischen Union richteten sich solche Maßnahmen gegen die Kommunisten Polens, Ungarns, Tschechiens und der Slowakei, indem sie die kommunistischen Bezeichnungen, die Symbole von Hammer und Sichel verboten haben und verschiedene Mechanismen einsetzten, wie die, die jetzt gegen die DKP angewendet werden.
Wir lehnen die Eingriffe des deutschen Staates gegen die DKP, die zunehmende Einschränkung der politischen Rechte der Arbeiterklasse ab.

Neue Kommunistische Partei der Niederlande

Die Neue Kommunistische Partei der Niederlande hofft, dass diese skandalösen Maßnahmen gegen die DKP so schnell wie möglich gestoppt werden. Wir sehen diese Maßnahmen als einen Angriff gegen kommunistische Parteien in der EU und als einen Teil der schon länger währenden Versuche, die Rolle der kommunistischen Parteien in der EU zu beenden.

Partei der Arbeit Österreichs

Offenbar will man sich mit bürokratischen Mitteln der DKP entledigen. Ein solcher Versuch eines „kalten Verbots“, das auf die Ruinierung und Zerstörung der Partei zielt, ist in aller Schärfe zurückzuweisen. Die BRD steht damit in trauriger Kontinuität des KPD-Verbots von 1933 durch die Nazis und des in der BRD immer noch aufrechten KPD-Verbots von 1956. Die Partei der Arbeit Österreichs erklärt ihre uneingeschränkte Solidarität mit den deutschen Genossinnen und Genossen und fordert, dass die Nichtzulassung der DKP revidiert wird. Wir halten aber auch fest: Der revolutionäre Klassenkampf lässt sich nicht verbieten – und er wird siegen!

Rumänische Sozialistische Partei

Der Antikommunismus bringt früher oder später den Faschismus hervor.
Ihr wisst sehr gut, dass die Kommunisten in Polen, der Ukraine, Lettland, Litauen und in anderen ehemals sozialistischen Staaten verfolgt werden. Niemand hat in der EU gegen diese Unmenschlichkeit protestiert, eher im Gegenteil: Das Europäische Parlament wagt es, den Kommunismus mit dem Faschismus gleichzusetzen!
Liebe Genossinnen und Genossen, für die Rumänische Sozialistische Partei ist es eine Ehre, mit Euch solidarisch zu sein.

Kommunistische Partei Schwedens

Die bürgerliche Demokratie ist immer eine Demokratie der Ausnahme. Das ist eine Demokratie für den Kapitalismus. Für kritische Stimmen ist Platz, solange davon keine Gefahr für die Ordnung ausgeht. Der Sozialismus wird immer wieder als das erste Feindbild dargestellt und die deutschen Behörden versuchen, die Bedrohung für den Kapitalismus im Keim zu ersticken.
Die Kommunistische Partei Schwedens verurteilt alle Versuche, die DKP zu verbieten und bringt ihre volle Solidarität mit den deutschen Kommunisten zum Ausdruck, wenn sie staatlichen Repressionen ausgesetzt sind.

Kommunistische Partei (Schweiz)

Das wachsende Klima der Sinophobie und Russophobie ist Zeichen eines neuen kalten Krieges, den der atlantische Imperialismus und die europäischen Regierungen schüren und der auch jene Parteien trifft, die konsequent für Frieden und Kooperation kämpfen und die, wie klein sie auch sein mögen in Bezug auf Wahlen, eine Alternative zum liberalen Einheitsdenken darstellen, das die herrschende Klasse aus Angst, dass es sich bei den neuen Generationen durchsetzt, verhindern will. […]
Wir bringen der DKP unsere Solidarität zum Ausdruck, verbunden mit der Hoffnung, dass sich der internationalistische Dialog zwischen uns entwickeln kann, auch um sich gegen das repressive Vorgehen zu koordinieren, von dem wir befürchten, das es sich in ganz Europa ausbreiten wird.

Kommunisten Serbiens

Die Partei Kommunisten Serbiens unterstützt voll und ganz ihre Genossinnen und Genossen unserer brüderlichen DKP. Wir müssen zugeben, dass wir über die Aktion der deutschen Bourgeoisie, die DKP an der Wahlbeteiligung zu hindern und die Aufhebung des Parteistatus, nicht überrascht sind. Wir waren von der gleichen Herangehensweise der sogenannten Demokraten in Serbien betroffen. Wir leben und arbeiten seit einem vollen Jahrzehnt unter halblegalen Bedingungen.

Kommunistische Partei der Völker Spaniens

In diesem Kampf um die Legitimität und Legalität der kommunistischen Ideologie wird die PCPE eine klare Haltung der internationalistischen Solidarität und des Engagements gegenüber den Bruderparteien vertreten, die von ihren bürgerlichen Regierungen und Staaten verfolgt und unterdrückt werden.
Aus diesem Grund solidarisiert sich das Exekutivkomitee der PCPE im Namen ihres Zentralkomitees mit der DKP, mit ihrem Vorsitzenden Patrik Köbele, ihrem Parteivorstand und allen Parteimitgliedern und der Jugend. Wir werden im Schützengraben an der Stelle stehen, die uns die deutschen Genossen zuweisen. Kommunisten und Kommunistinnen kapitulieren nicht vor der Unterdrückung des bürgerlichen Staates.

Kommunistische Partei Spaniens

Die Wahlen im September, mit dem vorherigen Rückzug von Angela Merkel, werden über die Zusammensetzung der zukünftigen deutschen Regierung entscheiden, die Deutschlands neue Rolle in der Europäischen Union klären muss und sich dem Druck der USA zur Erhöhung der Militärausgaben, der Zusammenarbeit bei der Drangsalierung Russlands und der Umsetzung der Gaspipeline Nord Stream 2 stellen muss. […]
Die Stärkung der Kommunisten und der Linken wird von größter Bedeutung für die Herausbildung einer neuen deutschen Regierung sein, die die internationale Zusammenarbeit, den Frieden und die nukleare Abrüstung sowie die Risiken des ökologischen Zusammenbruchs thematisiert.

Sudanesische Kommunistische Partei

Die SCP, die unter mehreren Versuchen gelitten hat, ihr Bestehen zu verbieten und zu illegalisieren, weiß sehr gut, wie reaktionäre Kräfte auf die Präsenz und die Aktivitäten kommunistischer Parteien reagieren. Dieser Schritt ist ein Zeichen für die Schwäche des reaktionären Charakters des deutschen kapitalistischen Systems.
Setzt den Kampf fort.
Hoch die internationale Solidarität.

Kommunistische Partei der Türkei

Als Kommunistische Partei der Türkei fordern wir die sofortige Beendigung aller Verbote gegen die DKP. Wir erklären erneut, dass wir mit den deutschen Kommunistinnen und Kommunisten solidarisch sind und gemeinsam mit der internationalen kommunistischen Bewegung gegen antikommunistische Angriffe kämpfen werden.

Kommunistische Partei der Ukraine

Die Kommunistische Partei der Ukraine ruft die Europäische Union und die Regierung der BRD auf, unverzüglich die Politik der doppelten Standards und alle Formen der Beeinträchtigung demokratischer Rechte und Freiheiten, nicht nur in der Ukraine, sondern jetzt auch in Deutschland, sowie in anderen EU-Ländern die Verfolgung der politischen Aktivität von Kommunisten und anderen Vertretern linker oppositioneller politischer Kräfte und gesellschaftlicher Organisationen einzustellen …

Kommunistische Partei Venezuelas

Die PCV wird die DKP bei der Wiedererlangung ihres Status als legale politische Partei voll unterstützen und warnt, dass dieser Versuch Teil der zunehmenden Kriminalisierung und Diffamierung der linken Kräfte weltweit ist. Sie ist auch Teil der Instrumentalisierung der Corona-Pandemie durch rechts-neoliberale Regierungen, um den Abbau von demokratischen und sozialen Rechten zu bewirken.
Wir rufen die weltweite kommunistische Bewegung, alle revolutionären und demokratischen Kräfte auf, sich diesen rechten Manövern zu widersetzen und eine „Internationale Kampagne in Solidarität mit der Deutschen Kommunistischen Partei zur Verhinderung ihrer undemokratischen Illegalisierung“ durchzuführen.
Sie können die Stimmen der kommunistischen Aktivität nicht zum Schweigen bringen!

Sieg der Sozialpartnerschaft

MAN Steyr: Stellenstreichung und Gehaltseinbußen

Anfang Juni 2021 wurde bekannt gemacht, dass Siegfried Wolf, dessen ursprüngliches Angebot für die Übernahme des MAN-Werks in Steyr von einer Mehrheit der Belegschaft abgelehnt wurde, nun doch den Zuschlag bekommt. Siegfried Wolf ist ehemaliger Aktionär des Magna-Konzerns und Vertrauter des österreichischen Bundeskanzlers Sebastian Kurz.

Die „Partei der Arbeit“ (PdA) stellte dazu fest, dass die Mehrheitseigentümerin von VW-Traton, der Porsche-Konzern, damit „ihren Mann“ durchgesetzt habe. Wolf ist nämlich Aufsichtsratsmitglied in mehreren namhaften Konzernen, so auch bei Porsche SE. Entscheidender als die geschäftlichen Verstrickungen kapitalistischer Konzerne und ihrer Manager sind die Resultate dieser Übernahme für die tausenden Beschäftigten in Steyr sowie der Region.

Dass die Beschäftigten sich mit den Angeboten der Gewerkschaft nicht zufriedengaben, „Arbeit um jeden Preis“ zu akzeptieren, zeigte sich bei der Urabstimmung: Zwei Drittel der Belegschaft erteilten den ursprünglichen Übernahmeplänen Siegfried Wolfs eine klare Absage. Offensichtlich sorgten Kolleginnen und Kollegen, die trotz monatelanger Hinhaltetaktik und Erpressungsversuche von allen Seiten nicht bereit waren, sich zu beugen, für allerlei Geplänkel zwischen den Belegschaftsvertretern und Konzernvorständen. Beim zweiten Übernahmeversuch wurde deshalb auf eine Urabstimmung verzichtet, um die Restrukturierungspläne der Konzernvorstände und Aktionäre durchzusetzen.

Ein „nachgebessertes“ Angebot liegt vor, das politisch hoch gelobt wurde. Es ist jedoch nur ein Tropfen auf dem heißen Stein – und damit eine Niederlage für die österreichische Arbeiterbewegung. Statt 1.200 sollen nun 1.400 Arbeitsstellen erhalten bleiben, MAN-Steyr beschäftigt aktuell circa 2.300 Kolleginnen und Kollegen. Zudem wird es zu Nettolohnkürzungen von bis zu 15 Prozent kommen – der mickrige Kollektivvertragsabschluss für die Metallbranche 2020 (1,45 Prozent) wird zum Hohn und Spott für die Arbeiter. Sie wurden letztes Jahr überdies trotz stabiler Auftragslage in Kurzarbeit geschickt. Kurz nach der Übernahme wurden 115 Leiharbeiter gekündigt, was Betriebsrat und Gewerkschaft still und heimlich hingenommen haben.

Dass die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung den Eigentümerwechsel in ihrer Aussendung als „ein erster Schritt in die richtige Richtung“ darstellte, wird von der PdA kritisiert und festgehalten, dass die sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaften damit die Hinhalte- und Erpressungstaktik der verschiedenen Konzerninstanzen rund um Volkswagen-Traton SE und natürlich Siegfried Wolfs WSA bestärken – welche allesamt trotz des vielbeschworenen Standortsicherungsvertrages, trotz der schwarzen Zahlen und vollen Auftragsbücher Lohnraub und Arbeitsplatzvernichtung durchsetzen wollen. Eines ist für die PdA klar: Es handelt sich bei diesem Vertrag nicht um eine Rettung des Betriebes durch die „Entschlossenheit der Belegschaft“, wie die SPÖ-Oberösterreich-Vorsitzende es ausdrückte – zumindest nicht im Sinne der Arbeiterklasse –, sondern um Klassenkampf von oben gegen die Arbeiterklasse und ihre Familien. Diese haben nun die Rechnung für das Taktieren der Betriebsräte präsentiert bekommen, die sich völlig abgekapselt von den objektiven Interessen der gesamten Belegschaft in Hinterzimmergespräche geflüchtet haben.

Es ist kein Zufall, dass die Betriebsräte und Gewerkschaften wie die PROGE doppelt und dreifach damit drohen, den Standort- und Beschäftigungssicherungsvertrag einzuklagen, der bis 2030 gilt, anstatt Arbeitskampf zu organisieren. Sie verschweigen, wie eben jener Fokus auf solche Verträge den Weg für die Niederlage geebnet hat.

Schon 2005 kündigte der damalige Vorstandschef von MAN-Steyr, Anton Weinmann, an, man müsse 100 Millionen Euro einsparen, um bis 2007 eine Umsatzrendite von 6,5 Prozent zu erreichen, indem man „Lohnnebenkosten“ drücke und die Produktivität um 30 Prozent steigere. Die Zauberformel des Kapitals lautete damals wie heute: Arbeitsverdichtung und niedrigerer Lohn. Allein in Steyr wurden 16 Millionen Euro auf Kosten der Kolleginnen und Kollegen eingespart. Als „Gegenleistung“ unterschrieb der damalige Betriebsratsvorsitzende der Arbeiter, Erich Schwarz, der auch in den aktuellen Auseinandersetzungen die meiste Zeit diese Funktion innehatte, 2007 einen Standort- und Beschäftigungsvertrag, welcher betriebsbedingte Kündigungen bis 2012 ausschloss. Über die Jahre wurden verschiedene solcher Verträge neu aufgelegt, so 2013, 2015 und letztlich 2019, die immer mit neuen Arbeitszeitflexibilisierungen, Lohnverzichtserklärungen einhergingen. Letztlich konnte die sozialpartnerschaftliche Taktik, sich zum Co-Manager der Konzernleitung zu degradieren, weder Arbeitsplätze, gerechte Arbeitsbedingungen noch Löhne nachhaltig sichern.

Die SPÖ trübte das Wasser umso mehr, indem sie die Verbindung Wolfs zum russischen GAZ-Konzern zum Politikum hochstilisierte. Nicht die drohende Arbeitslosigkeit, Lohnverluste und Armut, sondern die „Russland-Verbindung“ würden Angst unter den Beschäftigten verbreiten. Sollten nämlich EU-Sanktionen auch den GAZ-Konzern treffen, könnte der Betrieb nicht genügend Profite abwerfen. Der SPÖ geht es um „Standortpolitik“, es geht darum, das Beste für das heimische Kapital herauszuholen – nicht umsonst führte sie immer wieder an, dass man mit verschiedenen Investoren sprechen müsse, um den Betrieb zu erhalten.

Für die Eigentümer stimmt in jedem Fall die Rechnung, so hat die Porsche-Piëch-Familie ihr Vermögen im vergangenen Jahr auf 51 Milliarden Euro erhöht. Die ÖVP-Grüne-Regierung kann sich also auch trotz des bejubelten Impffortschritts und der weitestgehend gelockerten Lockdown-Maßnahmen nicht davon reinwaschen, dass die Mehrheit des Volkes die Rechnung für das wirtschaftliche „Comeback“ der Kapitalisten zahlen wird. Die österreichische Bundesregierung arbeitet daran weiter, den Konzernen über allerlei Formen an Forschungsförderungen sowie finanziellen Hilfen (Stichwort: Kurzarbeit) noch mehr Erleichterungen zu bieten. So verkünden die Medien, dass am MAN-Steyr-Standort künftig auf Wasserstofftechnologie, autonomes Fahren sowie Elektromobilität gesetzt werde – der „grüne Deal“, in den die EU und der österreichische Staat etliches Geld investieren, entfaltet sich also in seiner arbeiterfeindlichen, undemokratischen Gestalt. Allen Reden einer „sozial-ökologischen“ Transformation zum Trotz ist MAN-Steyr auch eine Mahnung für den intensivierten Ausbau grüner Industrien und Märkte durch die EU, um im globalen Konkurrenzkampf mitzuhalten.

Die PdA Oberösterreich rief die Arbeiterinnen und Arbeiter dazu auf, „den Kopf zu heben und als geschlossene Front gegen die Erpressungsversuche der Unternehmen und Gewerkschaften aufzutreten“. Echte Fortschritte könne nur die „vereinte Aktion in der Arbeiterfront auf Basis eines Klassenstandpunktes“ erzielen.

Armin Jabbari
Der Autor ist Mitglied der Redaktion der österreichischen „Zeitung der Arbeit“

Foto: Kölner Bündnis für mehr Personal im Gesundheitswesen

Hunderte Krankenpfleger und Beschäftigte der landeseigenen Kliniken Charité und Vivantes versammelten sich vergangenen Freitag im Stadion des 1. FC Union Berlin, der Alten Försterei, zu einer Kundgebung. Zuvor diskutierten sie in Workshops „konzentriert und konstruktiv“ über ihre Forderungen und Strategien im Kampf für bessere Arbeitsbedingungen, so Jeannine Sturm, die auf einer Intensivstation der Charité arbeitet. Sturm zeigte sich begeistert, dass über 1.000 Menschen den Weg ins Stadion gefunden hatten.
Den Berliner Senat forderten die Kolleginnen und Kollegen einmal mehr auf, den „Tarifvertrag Entlastung“ in den landeseigenen Kliniken einzuführen und die Beschäftigten gemäß dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) zu entlohnen (siehe UZ vom 9. Juli). **UZ**

Warum vielen eine Nachzahlung droht

Die steuerliche Kehrseite des Kurzarbeitergeldes

Millionen Kurzarbeiter werden in der Krise das erste Mal Kontakt mit dem Finanzamt haben und dieser Erstkontakt wird nicht erfreulich sein. Wer 2020 Kurzarbeitergeld bezogen und bereits eine Steuererklärung für das letzte Jahr abgegeben hat, konnte bereits diese Erfahrung machen: Wo früher mit einer Steuererstattung zu rechnen war, wird dieses Mal zu einer Steuernachzahlung „eingeladen“.

Woran liegt das? Das Kurzarbeitergeld wird ungekürzt ausgezahlt, es ist grundsätzlich eine steuerfreie Einnahme, fällt jedoch – gemäß § 32 b (1) Nr. 1 a EStG – unter „Progressionsvorbehalt“. Das gilt auch für den Bezug von Arbeitslosengeld I, Krankengeld, Elterngeld und so weiter – also für alle „Lohnersatzleistungen“. Dieser Bezug führt letztendlich zu einem höheren Steuersatz, weil bei der Ermittlung des besonderen Steuersatzes die Kurzarbeitergeld-Einnahmen mit einbezogen werden. Der so ermittelte Steuersatz wird auf das zu versteuernde Einkommen ohne das Kurzarbeitergeld angewendet.

Das Kurzarbeitergeld wirkt sich also nur auf den Steuersatz aus, der so zu einer höheren Steuer führt. Je höher die Einnahmen sind, umso höher ist auch – unter Einbezug des Kurzarbeitergeldes – die Steuerlast. In der Regel ist es also ratsam, finanziell Vorsorge treffen: Grob geschätzt liegt die wahrscheinliche Steuernachzahlung bei etwa 12 bis 15 Prozent des Kurzarbeitergeldes. In der Regel werden diese Steuernachzahlungen auch nicht gestundet.

Ob diese mögliche Nachleistung (also Steuernachzahlung) minimiert werden kann, muss in jedem Einzelfall geprüft werden. Das Kurzarbeitergeld wird durch den „Arbeitgeber“ in der elektronischen „Lohnsteuerbescheinigung 2020“ (Position Nr. 15) bescheinigt. „Arbeitnehmer“ werden sogar steuererklärungspflichtig, wenn die Lohnersatzleistung (zum Beispiel das Kurzarbeitergeld) im Jahr 2020 mehr als 410 Euro betrug. Das bedeutet: Pflicht zur Abgabe einer Steuererklärung! Das Finanzamt verfügt über Zwangsmittel (zum Beispiel Zwangsgelder), um die Erklärungsabgabe einzufordern.

Dazu ein Blick zurück: 1982 wurde unter Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) eine Wende in der Wirtschafts- und Sozialpolitik eingeleitet. Zu diesen Maßnahmen gehörte auch der Abbau einiger Steuervergünstigungen. Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe, Schlechtwettergeld und auch das Kurzarbeitergeld wurden erstmals in die Einkommensbesteuerung über den „Progressionsvorbehalt“ einbezogen. Damit wurden diejenigen, die einen Teil des Jahres nicht oder nicht voll beschäftigt waren, höher besteuert – damit reagierte die Bundesregierung auf die zunehmende Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig wurden Verbrauchsteuern auf Tabakwaren, Sekt und Alkohol erhöht – also die sozial ungerechten „indirekten“ Steuern. Zahlreiche andere „Sparbeschlüsse“ belasteten die lohnabhängig Beschäftigten, so dass zum Beispiel die IG Metall kritisierte, dass die sozialliberale Koalition „mit einem Mähdrescher“ über die sozialen Leistungsgesetze hinweggefahren sei.

Eine sinnvolle Forderung im Bundestagswahlkampf wäre, die Anwendung des „Progressionsvorbehaltes“ für die Jahre 2020 und 2021 auszusetzen – entweder nur bezogen auf das Kurzarbeitergeld oder für alle Lohnersatzleistungen –, um das akute Steuerproblem vieler Millionen Beschäftigter in den Blick rücken.

Individuell können „Arbeitnehmer“, die bisher keine Steuererklärung abgegeben haben, Steuererklärungen bis 31.12.2021 für die letzten vier Jahre abgeben. Für die Jahre 2017, 2018 und 2019 kann man sich die Steuererstattungsansprüche daraus mit der Steuernachzahlung 2020 verrechnen lassen. Das muss beim Finanzamt beantragt werden (Stundung der Steuer 2020 und Verrechnung mit den Steuererstattungsansprüchen der Vorjahre). Eine Stundung für eine etwaige Steuernachzahlung 2020 wird nicht gewährt, weil der „Arbeitnehmer“ alle Kreditmöglichkeiten ausschöpfen muss, um die Steuer zu begleichen. Da lassen die Finanzämter nicht locker.

Die Besteuerung der vielen Kurzarbeiter macht kenntlich, in welchem Maße die arbeitenden Menschen – spätestens nach den Bundestagswahlen – mit Forderungen seitens der Kapitalseite und der Regierenden in der Krise zu rechnen haben. In der Debatte sind bereits die Rente mit 70 – wie zu Zeiten Kaiser Wilhelm II. –, erhöhte CO_2-Verbrauchsteuern, eine sozial ungerechte, „indirekte Steuer“ und weiterer Sozial staatsabbau.

Thomas Ewald-Wehner

Foto: MAN Truck & Bus SE

Viel hilft viel: MAN will mit Hilfe von staatlichen Subventionen dafür sorgen, dass Lastverkehr künftig E-mobil auf den Straßen rollt.

Politisch gewollt

Mit der „Unschärfe und Widersprüchlichkeit“ eines Gesetzes will man die DKP faktisch verbieten

Foto: DKP Torgau

Kommunistinnen und Kommunisten tun dem Kapitalismus weh – die DKP in Aktion in Torgau 2019.

Am 8. Juli um 9.20 Uhr rief der Vorsitzende des Bundestagswahlausschusses, Georg Thiel, den Tagesordnungspunkt 2 auf: „Zulassung der DKP zur Bundestagswahl“. Wenig später nennt er seinen Beschlussvorschlag: „Die DKP hat ihre Rechtsstellung als Partei verloren.“ Sechs Jahre in Folge seien die Rechenschaftsberichte zur Parteifinanzierung nicht fristgerecht eingereicht worden. Stefan Langer, Richter am Bundesverwaltungsgericht, meldete sofort Zweifel an: Die Berichte seien, wenn auch verspätet, schließlich doch abgegeben worden. Ein „verspäteter Bericht“ stehe nicht ohne weiteres einem „fehlenden Bericht“ nach Artikel 2, Absatz 2 Satz 2 des Parteiengesetzes (PartG) gleich. Der Beisitzer Hartmut Geil (Bündnis 90/Die Grünen) sah dies genauso und erläutert es an einem Beispiel: „Wenn ich meine Steuererklärung verspätet einreiche, dann krieg ich vielleicht Säumniszuschläge, wenn ich sie gar nicht einreiche, ist es Steuerhinterziehung.“ Die Vertreter der Bundesregierung und der Bundeswahlleiter gerieten ins Schwimmen. Es sei eben eine „stramme Regelung“, die keinen Spielraum lasse, Rechtsprechung dazu gäbe es allerdings auch noch nicht. „Fristen sind Fristen“ entgegnete Thiel, nicht ohne hilfesuchenden Blick zu Richter Langer, der indes unbeeindruckt blieb.

Der Bundeswahlleiter zog sein Programm durch. Der gegen die DKP gerichtete Beschluss wurde angenommen – auch mit der Stimme der Vertreterin der Partei „Die Linke“. Einzig der Abgeordnete Geil stimmt mit „Nein“. Dass der Beschluss falsch ist, liegt auf der Hand. Schließlich hatte der Bundeswahlleiter in Absprache mit den Vertretern der Bundesregierung den Parteien eine Nachfrist zur Abgabe fehlender Rechenschaftsberichte bis 31. Dezember 2020 gesetzt, die DKP hatte ihren Bericht für 2017 10 Tage vor Fristende abgegeben. Da zur Versagung der Parteieigenschaft Rechenschaftsberichte sechs Jahre in Folge fehlen müssen, kann es schon deshalb nicht zur Verwirkung des Parteistatus kommen. Ferner war den Mitgliedern des Bundeswahlausschusses die seit dem 9. Juni 2021 kursierende Drucksache 19/30520, die die Unterschrift des Bundestagspräsidenten Dr. Wolfgang Schäuble trägt, bekannt. Dort wird im Fettdruck, bezogen auf die zum 1. Januar 2016 eingeführte Versagung der Parteieigenschaft bei fehlenden Rechenschaftsberichten „angeregt, die Neuregelung wieder zu streichen“. Den Grund für die Streichung sehe man in der „Unschärfe und Widersprüchlichkeit“ des Gesetzestextes.

Bliebe es bei dem Beschluss, hätte dies für die Partei dramatische Folgen: Durch die Herabstufung auf einen „Verein“ ginge der auf politische Parteien gerichtete Schutz der Verfassung (Artikel 21 Grundgesetz) verloren. Neben dem Verlust steuerbegünstigter Finanzierung könnte dann jeder Innenminister mit einem Federstrich ein Vereinsverbot verhängen. Es drängt sich auf, dass genau dies aber der Gesetzgeber im Auge hatte, als er die Neuregelung zur Rechenschaftspflicht auf Parteien einführte, die sich – wie die DKP – ausschließlich durch Kleinspenden und Mitgliedsbeiträge finanzieren. Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) sieht den Zweck der Rechenschaftspflicht woanders: Die Transparenz der Parteienfinanzierung richte sich auf solche Zuwendungen (Großspenden, Spenden von Industrie- und Lobbyverbänden), „vermittels derer ihrem Umfang nach politischer Einfluss ausgeübt werden kann“ (BVerfG, Beschluss vom 17. Juni 2004-2 BvR 383/03). Über diese Art der Finanzierung muss sich die DKP sicherlich keine Sorgen machen.

Ralf Hohmann

Gesucht und nicht gefunden

Sachsen-Anhalt nach und Thüringen vor der Landtagswahl

Die Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt am 6. Juni sind Geschichte, die in Thüringen könnten am 26. September stattfinden – am selben Tag wie die Bundestagswahl. Wenn denn der Landtag am 19. Juli seine vorzeitige Auflösung beschließt. Dazu ist eine Zweidrittelmehrheit nötig. Ob die erreicht wird, ob alle CDU-Abgeordnete mit „Ja“ stimmen, ist noch unklar.

Denn vier CDU-Abgeordnete – Michael Heym, Jörg Kellner, Maik Kowallek und Christine Tasch – meinen, offenbar aus rein persönlichen Gründen, der Landtag sei 2019 für fünf Jahre gewählt worden. Warum also das Risiko von Neuwahlen eingehen? CDU-Fraktionschef Voigt ist jedoch trotz der Position, die die vier eingenommen haben, optimistisch, dass man im Landtag am 19. Juli die Zweidrittelmehrheit erreichen werde. Neuwahlen sind in Planung, seit der FDP-Fraktionsvorsitzende Kemmerich sich am 5. Februar des vergangenen Jahres mit den Stimmen der AfD zum Ministerpräsidenten hatte wählen lassen und kurz darauf zurücktrat. „Die Linke“ hatte damals sofortige Neuwahlen vorgeschlagen, die CDU mauerte, weil man wegen des Kemmerich-Skandals und des eigenen Verhaltens in dieser Situation deutliche Verluste befürchtete. Man vereinbarte schließlich einen sogenannten „Stabilitätspakt“ bis zu den Neuwahlen, denn die Thüringer Regierungskoalition aus Linkspartei, SPD und Grünen brauchte für wichtige Landtagsbeschlüsse Stimmen aus der CDU-Fraktion.

In Sachsen-Anhalt hat man dagegen derzeit ganz andere Sorgen: Wie wird die neue Koalition aussehen? Sind die Grünen wieder dabei oder will die CDU dieses Mal lieber mit der FDP – und wieder mit der SPD – koalieren? Am Tag nach der Wahl hatten FDP und Grüne erklärt, nicht als dritte Partner in eine Koalition mit der CDU und SPD einzutreten, die zusammen bereits eine Mehrheit im Landtag erreichen. Ob es aber dabei bleibt?

Die CDU hatte die Landtagswahlen am 6. Juni gewonnen. Die CDU um Ministerpräsident Reiner Haseloff erhielt 37,1 Prozent der abgegebenen Stimmen, 7,3 Prozent mehr als bei den Landtagswahlen 2016 und deutlich mehr, als es einige Wahlforscher vor dem Wahltag vorausgesagt hatten. Deutlichster Verlierer der Wahl war „Die Linke“, die ihr bislang schlechtestes Resultat in Sachsen-Anhalt hinnehmen musste. Sie wurde zwar drittstärkste Partei, verlor aber – verglichen mit 2016 – nicht nur die meisten Prozentpunkte, sondern verlor, wie der „Mitteldeutsche Rundfunk“ in einer Wahlauswertung feststellte, in jeder einzelnen Gemeinde Stimmanteile. „Die Linke“ gab dabei Wählerstimmen an alle politische Lager ab. Ebenfalls Stimmen verloren hat die SPD (minus 2,2 Prozent). Die FDP schaffte nach zehn Jahren den Wiedereinzug in den Landtag, die Grünen gewannen Stimmen, blieben aber die kleinste Fraktion. Noch laufen zwar die Sondierungsgespräche. Wahrscheinlich wird es aber eine CDU/SPD/FDP-Koalition.

Die AfD musste – erstmals bei einer Landtagswahl im Osten Deutschlands – Verluste hinnehmen (minus 3,5 Prozent), erhielt aber trotzdem über ein Fünftel der Wählerstimmen und wurde damit in Sachsen-Anhalt zweitstärkste Partei.

Nina Hager

CO_2-Preis belastet

Großunternehmen sollen hunderte Millionen Euro geschenkt bekommen

Mit 351 gegen 290 Stimmen hat der Bundestag am 24. Juni der „Verordnung über Maßnahmen zur Vermeidung von Carbon-Leakage durch den nationalen Brennstoffemissionshandel (BEHG-Carbon-Leakage-Verordnung – BECV) zugestimmt. Hinter dem Wortungetüm verbirgt sich der Versuch, durch finanzielle Beihilfen aus dem Steuertopf Wettbewerbsnachteile deutscher Unternehmen auszugleichen.

Die Europäische Union (EU), die für ein Zehntel der Welt-Treibhausgasemissionen verantwortlich ist, hat sich zum Ziel gesetzt, den CO_2-Ausstoß bis 2030 gegenüber dem Stand von 1990 um mindestens 55 Prozent zu reduzieren. Durch die Einführung des Brennstoffemissionshandels sind Unternehmen in der EU, die besonders energieintensiv produzieren, wie die Stahl- und die chemische Industrie, angehalten, für den von ihnen erzeugten CO_2-Ausstoß Zertifikate zu erwerben (Preis pro Tonne CO_2 gegenwärtig 25 Euro bis zu 55 Euro im Jahre 2025). Dies führt zwangsläufig zur Verteuerung der von diesen Unternehmen produzierten Waren, und zwar sowohl innerhalb der Grenzen der EU, als gerade auch auf dem internationalen Markt. Die Folge: Unternehmen außerhalb der EU, die keine CO_2-Bepreisung vornehmen, verkaufen ihre Erzeugnisse zu günstigeren Preisen, europäische Konzerne erleiden einen Wettbewerbsnachteil.

Befürchtet wird die Abwanderung deutscher Firmen in Regionen, die keine oder geringere CO_2-Reglementierungen vornehmen. Auf deutscher Ebene haben die Lobbyisten des „Bundesverbandes der Deutschen Industrie – BDI“, der über 40 Branchenverbände und über 100.000 Unternehmen vertritt, sich schon lange für eine staatliche Beihilfe zur „Abfederung“ des drohenden Wettbewerbsnachteils eingesetzt. Die im Positionspapier des BDI vom 24. Februar unter der selbstgesetzten Leitlinie „Der BDI transportiert die Interessen der deutschen Industrie an die politisch Verantwortlichen“ niedergelegten Forderungen finden nun in der BECV ihren Niederschlag. Die Gesamthöhe der prognostizierten Beihilfezahlungen an deutsche Unternehmen kann die Bundesregierung momentan nur schätzen, für das laufende Jahr geht sie von circa 275 Millionen Euro aus, für 2022 von 330 Millionen Euro, Tendenz steigend.

Man erhofft sich langfristig eine Lenkungswirkung: Da sich in der Weltwirtschaft der Trend zur klimaneutralen Produktion über kurz oder lang durchsetzen werde, käme es zur Angleichung internationaler Erzeugnispreise, die deutsche Industrie könne – sofern sie zügig CO_2-effiziente Technologien ausbaut und späterhin exportiert – die klimapolitischen Vorgaben für neue Profite nutzen. Wann allerdings sich eine weltweit festen Regeln folgende „Dekarbonisierung“ durchzusetzen vermag, steht in den Sternen. Auch die Begründung der Verordnung will sich da nicht festlegen. Zudem wird ein Konsens auf EU-Ebene über die nun eingeführte deutsche Beihilferegelung auf sich warten lassen.

Übrig bleibt ein protektionistisches Programm zur Förderung international agierender deutscher Konzerne. Kleine Unternehmen, die nicht auf der Liste der beihilfeberechtigten Global-Player stehen, bleiben auf der Strecke. Und der Steuerzahler trägt die Last dafür, dass international weiterhin Profite eingefahren werden können.

Elias Conte

Lieber kein Verbot

Gemeinnützigkeit oder Parteistatus sind die Mittel, um linke Organisationen mundtot zu machen

Seit Jahren werden linke und zivilgesellschaftliche Organisationen immer wieder in ihrer Existenz bedroht. Dabei bedient sich der Staat nicht mehr des Mittels des Organisationsverbots, sondern bürokratischer Verordnungen und Regelungen. Das ist viel eleganter, unbequeme linke Organisationen in ihrer politischen Arbeit einzuschränken. Im Vordergrund steht, die jeweiligen Betroffenen schrittweise zu ruinieren. Das droht jetzt der DKP mit dem Verlust des Parteienstatus, das drohte Organisationen, wie der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“ (VVN-BdA), dem globalisierungskritischen Netzwerk „Attac“ oder Campact, mit dem Entzug der Gemeinnützigkeit. Die Vorwürfe waren immer die Gleichen, die jeweilige Organisation erfülle nicht die rechtlichen Kriterien. Obwohl Gemeinnützigkeit bedeutet, selbstlos im Sinne des Allgemeinwohls zu handeln.

Mit dem Titel „Gemeinnützig“ können Organisationen steuerrechtliche Vorteile geltend machen und Spenden sind steuerlich absetzbar. Was als gemeinnützig gilt, ist in Paragraf 52 der Abgabenordnung festgeschrieben und kann vom Staat mal weiter und auch mal etwas enger ausgelegt werden. Spätestens seit dem Urteil des Bundesfinanzhofes gegen Attac befürchten viele Organisationen, ihre Gemeinnützigkeit verlieren zu können. Nach einem mehrjährigen Rechtsstreit urteilte das höchste Finanzgericht Anfang 2019, dass Tätigkeiten nicht gemeinnützig sind, die darauf abzielen, politische Entscheidungen und die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Seitdem wird auf eine Grundsatzentscheidung des Bundesverfassungsgerichtes gewartet. Dieses Urteil dürfte wegweisend für kommende Auseinandersetzungen um die Frage der Gemeinnützigkeit sein.

Jedoch, wie sich im Fall der VVN-BdA vor zwei Jahren zeigte, können diese Auseinandersetzungen auch glimpflich ausgehen. Hier stufte der bayrische „Verfassungsschutz“ die älteste antifaschistische Organisation der BRD als „extremistisch“ ein, was dafür sorgte, dass die Gemeinnützigkeit auf Bundesebene entzogen wurde. Nachdem der Inlandsgeheimdienst seine Einschätzung änderte, erhielt die VVN-BdA ihren Status der Gemeinnützigkeit zurück.

Schon 2007 musste die „Informationsstelle Militarisierung“ (IMI) in Tübingen um ihre Gemeinnützigkeit bangen, konnte aber auch ihren Status wieder erlangen. Dafür brauchte es jedoch viel Energie, kluges Agieren und vor allem Solidarität. Viele unterschiedliche Initiativen erklärten sich solidarisch und entwickelten effektiven Protest, der nicht überhört werden konnte.

Eine richtige Forderung wäre die Erweiterung der Abgabenordnung um Begriffe wie soziale Gerechtigkeit oder Frieden. Zudem muss klar sein, dass die Arbeit an der politischen Willensbildung gemeinnützig ist. Das muss aber gemeinsam, mit den betroffenen Organisatoren und allen, die solidarisch sind, erkämpft werden. Denn dass Behörden neutrale Instanzen im bürgerlichen Staat sind, glaubt wohl heute niemand mehr. Wem sie in einer bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung dienen, ist nicht schwer zu erraten.

Henning von Stoltzenberg

Eskalierende Gewalt in Südafrika

Als Reaktion auf seit Tagen anhaltende gewaltsame Proteste in Südafrika setzte die Regierung ab Dienstag dieser Woche Soldaten in den zwei betroffenen Provinzen ein. Zudem soll nach Angaben eines Regierungssprechers ein politischer Krisenstab beraten, wie das blutige Chaos schnellstmöglich in den Griff zu bekommen sei.

In der nördlichen Provinz Gauteng, zu der auch die Wirtschaftsmetropole Johannesburg gehört, sowie im östlichen KwaZulu-Natal werde das Militär die Polizei unterstützen, gab ein Militärsprecher am Montag bekannt.

Seit Donnerstag vergangener Woche kommt es in Südafrika zu gewaltsamen Ausschreitungen von Demonstranten, die zunächst gegen die Inhaftierung des früheren Präsidenten Jacob Zuma protestierten. Jetzt sprechen Regierungsvertreter auch von ethnisch motivierter und opportunistischer Gewalt.

In beiden Provinzen liefern sich Polizei und Demonstranten blutige Straßenschlachten. Sechs Menschen, darunter ein 11-jähriger Junge, kamen bislang ums Leben, Dutzende wurden verletzt. Am Montagmorgen stand ein großes Einkaufszentrum im Osten des Landes in Flammen. In Gauteng wurden zahlreiche Einfkaufzentren, Geschäfte und Geldautomaten geplündert. Demonstranten in Johannesburg legten Bus- und Bahnverbindungen lahm und verbarrikadierten Straßen in der Innenstadt. Die Gewalt habe bereits zu geschätzten Schäden von 100 Millionen Rand (sechs Millionen Euro) geführt, hieß es.

Die Straße gehört der Revolution

US-Imperialismus heizt antikommunistische Proteste in Kuba an

Tausende Kubaner strömten am vergangen Sonntag auf die Straßen, um die Revolution zu verteidigen.

Viele tausend Kubaner demonstrierten seit Sonntag in den Straßen vieler Orte der Insel, um ein deutlich sichtbares Zeichen gegen von den USA unterstützte konterrevolutionäre Aktionen zu setzen. Am Sonntagmorgen hatten einige hundert Menschen in San Antonio de los Baños, einer Kleinstadt 35 Kilometer von Havanna entfernt, zunächst friedlich protestiert und ihre Unzufriedenheit ob des Mangels an Lebensmitteln, Medikamenten und der unzuverlässigen Stromversorgung auf die Straße getragen. Kurz darauf entwickelten sich ähnliche Proteste in anderen Städten Kubas. Nicht alle blieben friedlich: An vielen davon beteiligten sich schnell auch Akteure mit US-amerikanischen Flaggen, die Parolen skandierten wie „Freiheit“ und „Nieder mit der Diktatur, nieder mit dem Kommunismus“, zum Teil Steine warfen und in einem Stadtteil Havannas sogar Autos umwarfen, darunter ein Polizeifahrzeug.

Der Präsident der Republik Kuba und Erste Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kubas, Miguel Díaz-Canel, wandte sich noch am selben Tag in einer Fernsehansprache an die Bürgerinnen und Bürger der Insel. Er zeigte Verständnis für die Unzufriedenheit vieler Kubaner und verwies auf die Ursachen für die Knappheit an Lebensmitteln, Medikamenten und Kraftstoffen. Seit 2019 befinde sich Kuba in einer schwierigen Phase. Der damalige US-Präsident Donald Trump hatte mit nicht weniger als 243 Maßnahmen die ohnehin schon restriktive Blockadepolitik gegen Kuba verschärft. Damit verfolgten die USA das Ziel, die kubanische Wirtschaft zu ersticken, so Díaz-Canel. In der Folge sei Kuba von hauptsächlichen Devisenquellen abgeschnitten worden, die Corona-Pandemie habe die schwierige Situation zusätzlich verschlimmert. „Diejenigen, die zu Demonstrationen ermuntern, möchten nichts Gutes für Kuba“, warnte er. „Denken Sie daran, dass ihr Modell das neoliberale ist, die Privatisierung der Gesundheit, der medizinischen Dienstleistungen, der Bildung.“ Angeführt würden die Proteste von einem „Kern von Manipulatoren“, die auf soziale Unruhen aus seien. Seit 60 Jahren ärgere das Beispiel der kubanischen Revolution die USA sehr, stellte Díaz-Canel fest. Lange schon hätten die USA die Sehnsucht gehegt, dass es zu einer sozialen Explosion in Kuba käme, im Zuge derer eine konterrevolutionäre „humanitäre“ und militärische Intervention möglich würde. „Deswegen rufen wir alle Revolutionäre unseres Landes, alle Kommunisten auf, dass sie überall dort auf die Straße gehen, wo sich heute diese Provokationen zeigen.“ Tausende Kubaner folgten seinem Aufruf noch am selben Tag. Die Protestzüge der Verteidiger der Revolution waren deutlich länger als die ihrer Gegner.

US-amerikanische Politiker wittern dennoch eine Chance zum Regime Change. US-Präsident Joseph Biden behauptete, die Protestler verlangten „ihre Freiheit von einem autoritären System“. Die Kongressabgeordneten Mario Diaz-Balart, Carlos Gimenez und Maria Salazar warfen der kubanischen Regierung in einer gemeinsamen Erklärung „Inkompetenz“ und „Tyrannei“ vor und behaupteten, gegen die Systemgegner würde mit brutaler Gewalt vorgegangen. Der republikanische Senator Marco Rubio forderte das kubanische Militär zur Meuterei auf.

Bürgerliche Medien in der BRD fabulierten frei über die Proteste: So warf „tagesschau.de“ den Demonstranten, die sich gegen die Konterrevolution stellten, vor, sie seien in Zivil gekleidete „spezielle Einsatztruppen der Regierung“. „Spiegel Online“ erfand eine Knappheit an Impfstoffen gegen Corona. Tatsächlich produziert Kuba gleich fünf verschiedene hochwirksame Vakzine und weist eine der höchsten Impfquoten der Welt auf.

Der mexikanische Präsident Andrés López Obrador kritisierte interventionistische Medienkampagnen gegen Kuba. Marija Sacharowa, Sprecherin des russischen Außenministeriums, betonte: „Wir erachten die äußere Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates als inakzeptabel.“

Valentin Zill

Sanktionspolitik statt Lösungsvorschläge

Krise im Libanon: „Westen“ zeigt sich wenig hilfreich

Der kommissarische Ministerpräsident des Libanon, Hassan Diab, warnte vor einer sozialen Explosion. Die Haltung des Auslands, Hilfe erst dann zu gewähren, wenn das zutiefst korrupte System des Libanon reformiert sei, bedrohe das Leben der Menschen und die Stabilität des Landes. Der Libanon sei vom Ausland belagert.

Anne Grillo, die Botschafterin der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich, wies das umgehend zurück und verwies auf die lange Geschichte von Missmanagement und Korruption im Land. Sie erwähnte dabei nicht die überwiegend wohlwollende Zusammenarbeit der westlichen Regierungen mit den gleichgesinnten Regierungen des Libanon.

Die Krise trifft die Bürger des Landes, die über keine Dollarguthaben verfügen. Nach acht Monaten ist es Saad Hariri, dem designierten Ministerpräsidenten, noch immer nicht gelungen, eine Regierung zu bilden. Schlägereien und Schießereien an Tankstellen illustrieren, was ein Bericht der Weltbank besagt: Die Krise im Libanon gehört zu den zehn – und vielleicht sogar zu den drei – schlimmsten ökonomischen Krisen der letzten 150 Jahre. Ein so brutaler und schneller Einbruch der Wirtschaft um 40 Prozent komme eigentlich nur in Kriegszeiten vor.

Und Krieg ist nicht so weit entfernt. Die westlichen Sanktionen im Krieg gegen Syrien haben dem Libanon einen der wichtigsten Handelspartner genommen. Und die Blockadepolitik im Wirtschaftskrieg gegen den Iran verhindert Lösungsmöglichkeiten.

Der Iran prüfe ernsthaft, Treibstoffe in den Libanon zu liefern, die in libanesischer Währung bezahlt werden könnten – das hatte ein Sprecher der iranischen Regierung erklärt. Den gleichen Vorschlag hatte zuvor schon der Generalsekretär der Hisbollah, Hassan Nasrallah, gemacht. Und damit würde zumindest ein Teil der akuten Probleme des Landes behoben werden.

„Nein!“, sagte dazu Dorothy Shea, die US-Botschafterin im Libanon – im Gleichklang mit ihrer französischen Kollegin. „Öl aus dem Iran zu importieren ist keine Lösung“, twitterte sie. Es gebe andere Möglichkeiten, Treibstoff und Elektrizität für die Menschen im Libanon zu liefern. Die Korruption zu beenden sei eine Lösung.

Die Haltung der Botschafterin kann nicht überraschen, denn der Kampf gegen den Einfluss der Hisbollah im Libanon ist nicht neu. Zuletzt hatte US-Außenminister Antony Blinken im Mai die „Regierungen weltweit“ aufgerufen, gegen die Hisbollah vorzugehen, ihre Aktivitäten zu unterbinden und ihre Netzwerke zu zerschlagen. Er hält die Hisbollah offenbar für eine sehr mächtige Organisation. Und wieder einmal verhängten die USA Sanktionen, diesmal traf es sieben Libanesen, darunter Ibrahim Ali Daher, den das US-Finanzministerium als „globalen Terroristen“ bezeichnete.

Für die neue israelische Regierung ist die Krise des Libanon mit dem möglichen Staatszerfall und unabsehbaren Konsequenzen eine Bedrohung – aber auch eine Gelegenheit, Einfluss zu gewinnen und die Hisbollah zu schwächen. Verteidigungsminister Benjamin Gantz bot offiziell Hilfe an.

In all dem Grauen zwischen wirtschaftlichem Zerfall, Hunger, Corona und der Möglichkeit einer sozialen Explosion bis hin zu einem Bürgerkrieg gibt es die Hoffnung auf ein Projekt: Der Hafen von Beirut, der vor einem Jahr durch eine gewaltige Explosion zerstört wurde, soll wiederaufgebaut werden. Wirtschaftsdelegationen aus Russland und Frankreich bewerben sich darum. Russland hat gute Beziehungen zu den gegensätzlichen Parteien im Libanon und bietet einen grenzübergreifenden Entwicklungsplan an. Unternehmen aus Frankreich dagegen verfügen traditionell über beste Beziehungen zur korrupten Bürokratie.

Manfred Ziegler

Verbesserte internationale Zusammenarbeit

Gipfeltreffen zum 100. Geburtstag der KP Chinas

Das Gipfeltreffen der KP Chinas mit politischen Parteien der Welt

Die Kommunistische Partei Chinas wird sich aktiv für die Verbesserung der Global Governance einsetzen und neue Beiträge leisten, damit die Menschheit gemeinsam Herausforderungen angehen kann, sagte Chinas Staatspräsident Xi Jinping am Dienstag vergangener Woche in Peking auf dem Gipfeltreffen der KP Chinas und der politischen Parteien der Welt. 10.000 Vertreter von über 500 Parteien und Organisationen aus 160 Ländern waren auf dem virtuellen Gipfel vertreten. Für die Deutsche Kommunistische Partei nahm Vorsitzender Patrik Köbele an dem Treffen teil – als einziger Teilnehmer aus Deutschland.

Internationale Regeln sollten von allen Ländern der Welt gemeinsam akzeptiert werden und nicht von einigen wenigen gemacht werden, so Xi. Die Zusammenarbeit zwischen den Ländern sollte darauf abzielen, der gesamten Menschheit zu dienen, und nicht durch Kleingruppenpolitik die Weltherrschaft anzustreben. Er bekräftigte, dass China immer ein Mitglied der Familie der Entwicklungsländer sein und sich unbeirrt dafür einsetzen werde, die Vertretung und Stimme der Entwicklungsländer im internationalen Governance-System zu stärken.

Gleichzeitig betonte er, dass die KP Chinas das chinesische Volk vereinen und führen werde, um die Modernisierung chinesischer Prägung tiefgreifend voranzutreiben, die Reformen umfassend zu vertiefen und die Öffnung nach außen zu erweitern, die Verantwortung eines großen Staates und einer großen Partei zu erfüllen und neue Beiträge zu leisten zur Erkundung des Weges zur Modernisierung durch die Menschheit, zur gemeinsamen Entwicklung und zum Wohlstand aller Länder der Welt und zur Steigerung des menschlichen Wohlergehens.

Weitere Redebeiträge gab es auf dem Gipfel von mehreren Staats- und Regierungschefs. Cyril Ramaphosa, Vorsitzender des ANC und Präsident Südafrikas, dankte der Volksrepublik China für die Unterstützung, vor allem während der Pandemie, und betonte, dass er die Außenpolitik Chinas schätze, deren Ziele auf die Entwicklung der gesamten Menschheit gerichtet seien. Dazu gehöre neben der Entwicklung der afrikanischen Volkswirtschaften vor allem der gleiche Zugang zu Medikamenten und medizinischer Grundversorgung.

Nguyen Phú Trong, Vorsitzender des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Vietnams, gratulierte herzlich zum 100. Geburtstag, wünschte Erfolg beim weiteren Aufbau des Sozialismus und bedankte sich für die Unterstützung bei der Befreiung.

Der kubanische Präsident Miguel Díaz-Canel überbrachte Glückwünsche an alle Mitglieder der KPCh und an das ganze chinesische Volk und lobte Chinas Beitrag zur Entwicklung es Marxismus-Leninismus, dieser sei flexibel, ohne Grundsätze aufzugeben. China unterstütze, zwinge aber nichts auf, es verteidige Multilateralismus und Völkerrecht.

Palästinenserpräsident Mahmud Abbas bedankte sich ausdrücklich für die Hilfe Chinas während der Pandemie und die Anerkennung Palästinas als unabhängiges Land.

Emerson Mnangagwa, Präsident Simbabwes, bedankte sich für die Unterstützung im Befreiungskampf und die gute Zusammenarbeit bei Infrastrukturprojekten. Insgesamt war die Teilnahme aus den afrikanischen Staaten sehr groß, auch die Präsidenten des Kongo, Marokkos und des Südsudan sprachen ihre Glückwünsche und ihren Dank aus und lobten – wie beinahe alle Teilnehmer – die Belt-and-Road-Initiative.

Evo Morales, Vorsitzender der MAS und ehemaliger Präsident Boliviens, ging auf die großen Erfolge Chinas bei der Armutsbekämpfung ein. Oligarchen seien, so Morales, an einer solchen Entwicklung nicht interessiert, bemerkte er mit einem Hinweis auf den Putsch gegen ihn selbst im Jahr 2019.

Giorgios Papandreou von der griechischen PASOK, Vorsitzender der Sozialistischen Internationale, ging auf die Wichtigkeit seiner eigenen Organisation ein und bemerkte, bei der Belt-and-Road-Initiative sollten ökologische Themen und die Gesundheit der Menschen im Vordergrund stehen. Auch er kam nicht umhin, die großen Erfolge Chinas bei der Bekämpfung der Armut zu loben.

Mit Ausnahme von José Luis Centella von der KP Spaniens, dessen Partei an der Regierung beteiligt ist, glänzten Vertreter von EU- und NATO-Staaten mit Abwesenheit. Ob sie vermisst wurden, wurde nicht bekannt. **UZ**

Der deutsche Imperialismus und der Versuch, die DKP zu verbieten – Von Arnold Schölzel

Aufstellung für den „Ernstfall“

Eine Sanktion gegen die DKP, die auf ein faktisches Parteiverbot hinauslaufen kann, ist Teil verschärften Klassenkampfes. Die Niederlage der sozialistischen Länder Europas stärkte in allen imperialistischen Staaten die reaktionärsten Kräfte. Kriege sind daher seit 1990 wieder „ein Element der von Gott eingesetzten Ordnung“, wie es der alte Moltke formulierte. Der reaktionäre Staatsumbau vollzieht sich kontinuierlich, Demokratie- und Sozialabbau gehen Hand in Hand.

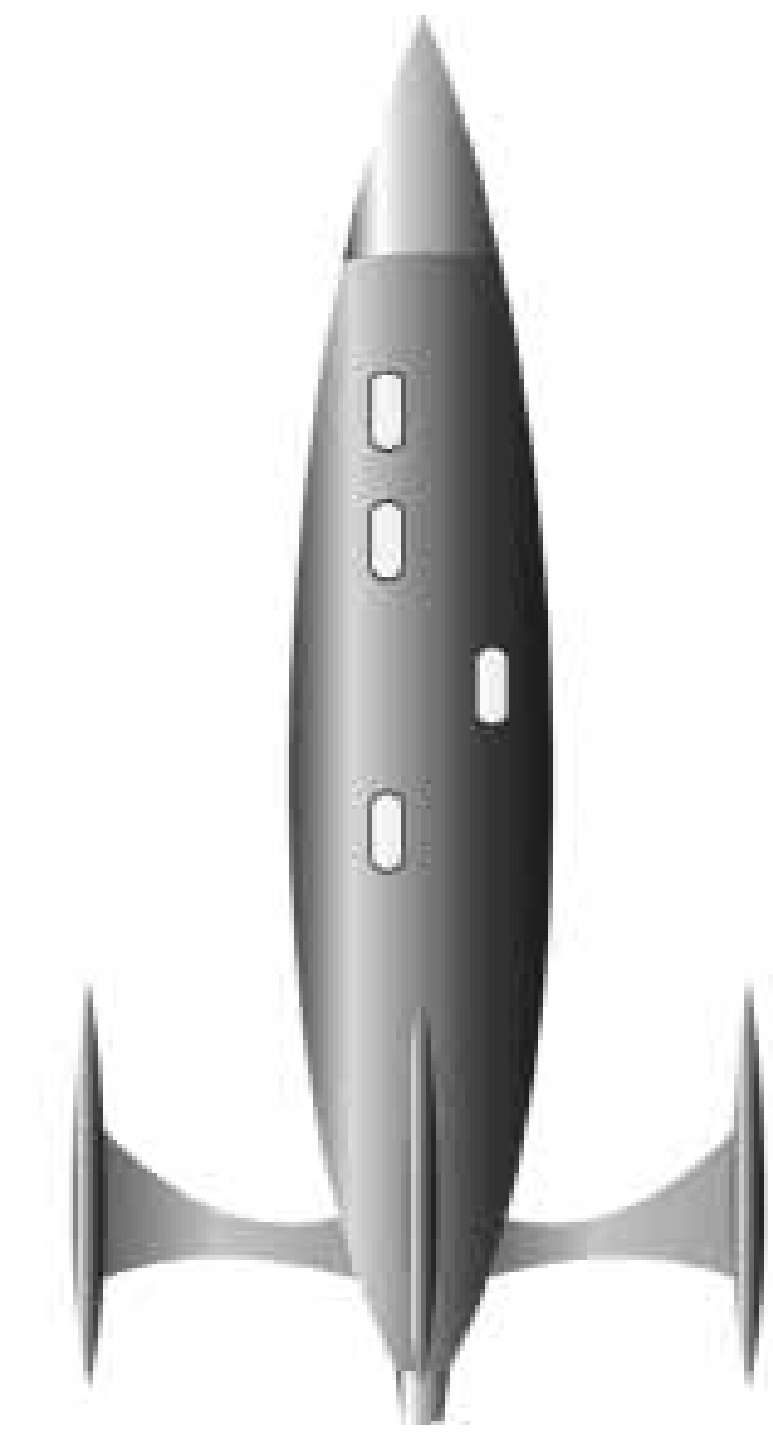
Das ist zum einen so seit der Entstehung des Imperialismus um 1900. Das Streben nach totaler Herrschaft insbesondere gegen die organisierten Teile der Arbeiterbewegung verbindet sich seither mit Elementen eines Weltbürgerkrieges und dem Kampf um den Erhalt von Bereichen bürgerlicher Liberalität, von Bürgerrechten. Selbst eine Antimarxistin wie Hannah Arendt teilte dies Analyse. Zum anderen war dieses Bestreben in den Jahrzehnten, in denen die Sowjetunion und andere sozialistische Länder existierten, eingeschränkt, verhinderte zum Beispiel in der BRD aber nicht das KPD-Verbot vor 65 Jahren oder die nach 1945 jahrzehntelange Existenz faschistischer Diktaturen in Spanien und Portugal. Die konterrevolutionären Bewegungen in Osteuropa und der DDR, die eine Schlüsselrolle spielte, machten die Tendenz auf totale Herrschaft dominant, das Kräfteverhältnis schien sich endgültig zugunsten des Monopolkapitals und seiner reaktionärsten Kräfte verschoben zu haben.

Sollte es dort nach dem „Sieg“ im Kalten Krieg Hoffnungen auf ein allmähliches Verschwinden der organisierten marxistischen Kräfte in Arbeiter- und Friedensbewegung gegeben haben, haben sich nicht erfüllt. Zudem wurde von Anfang an kräftig nachgeholfen. In den 90er Jahren lernten die in der BRD Herrschenden, wie für Hunderttausende DDR-Bürger Berufsverbote durchgesetzt werden konnten, ohne diese wie in den 70ern als solche zu verkünden. Die Unzufriedenheit im Osten ist heute derart groß, dass sie selbst im gerade vorgestellten, schönfärberischen Regierungsbericht zur „Deutschen Einheit“ Erwähnung fand. Aber soziale Sorgen und Zukunftsangst verstärken sich auch in Westdeutschland – nicht zuletzt unter Industriearbeitern.

Auch die Attacke auf die DKP hat hier ihre Ursache. Kurz vor den Bundestagswahlen zeichnet sich außerdem ab, dass die nicht dagewesene deutsche Aufrüstung gegen Russland, aber auch die Unterstützung für die militärische Einkreisung Chinas weitergehen sollen. Eine CDU-geführte Regierung garantiert das, erst recht eine Koalition aus Union und Grünen. Was von der zukünftigen deutschen Außenpolitik zu erwarten ist, wurde deutlich, als zum Beispiel der wahrscheinliche Minister Friedrich Merz in seiner „Focus“-Kolumne am 5. Juli die VR China „zur aggressivsten politischen Macht der Welt“ erklärte. Eine Partei wie die DKP, die über gute Beziehungen zur KP Chinas verfügt, wird bei solcher Weltsicht zu einer Art feindlichem Machtfaktor.

Zum aktuellen Hintergrund gehört auch: Die in der Pandemie getroffenen Notstandsmaßnahmen haben bislang in konservativen Kreisen nur vereinzelt zu lautem Nachdenken über neue Gesetze für einen Ausnahmezustand geführt. Vor den Wahlen erscheint eine Debatte nicht opportun.

Die Bundesrepublik wird gegenwärtig nach den Vorstellungen einer reaktionären bis faschistischen Ministerialbürokratie und Politikerkaste für den „Ernstfall“ aufgestellt. Ein faktisches Verbot der DKP gehört mit dazu. Anders als 1933 oder 1956 geht es, wie die Herrschenden bei der Liquidierung der DDR gelernt haben, auch auf nach außen zivile Weise: Sie werden höflich den Hut ziehen, bevor sie die DKP in die Grube treten.



Da hat nun der erste der dekadenten **Multimilliardärs-Clique** die Bodenhaftung komplett verloren: Der Brite Sir Richard Charles Nicholas Branson ließ sich am letzten Wochenende 80 Kilometer in die Höhe befördern, um wenige Minuten in Schwerelosigkeit zu verbringen. An diesem Wochenende möchte Ex-Amazon-Chef Jeff Bezos noch ein paar Kilometer weiter fliegen. Ebenfalls im Rennen: der „umweltbewusste“ Tesla-Chef Elon Musk. Sie wären keine echten Kapitalisten, wenn sie damit keinen Reibach machen wollten. In Zukunft soll das Vergnügen für diejenigen mit dem passenden Geldbeutel angeboten werden. Freudig berichten die Mainstream-Medien über die Freude der und den Weltraumtourismus für die Superreichen. Sind ja auch keine Proleten, die man bei der Pauschalreise nach Malle, die sie sich noch leisten könnten, an ihren ökologischen Fußabdruck erinnern müsste. Sind ja immer noch viel mehr die Arbeiterinnen und Arbeiter, die einfach zum Vergnügen eines Urlaubs ins Flugzeug steigen, ohne Rücksicht auf das Weltklima. Den Milliardären redet man besser nicht rein, die sind ja bekanntlich wie ihr Kapital scheue Rehe und dann bietet nachher niemand mehr derlei Flüge an und dann sind die schönen Arbeitsplätze weg.

Richard Branson, Gründer des Musiklabels „Virgin“, ist jedenfalls ein Gutmensch. 2019 veranstaltete er ein Konzert im Grenzgebiet zwischen Venezuela und Kolumbien, im Auftrag des venezolanischen Präsidenten-Darstellers Juan Guaidó. Er lieferte Begleitmusik und „humanitäre Hilfe“ für den Putschversuch der Faschisten im Bündnis mit den USA.

Allen Superreichen, die nicht länger warten können, bietet die Vorhut der Arbeiterklasse schon jetzt einen besonderen Service: Sie würde euch liebend gerne mit einem fetten Arschtritt aus dem Sonnensystem befördern. **BB**

Günter Pohl zum Tempolimit

Vom Glück der Erde

„Freiheit“ ist nicht erst seit Franz-Josef Strauß‘ 1980er-Wahlkampfslogan, der sie dem Sozialismus entgegensetzte, ein Paradethema bürgerlicher Parteien. Denn natürlich gehören Leute, denen man Hang zur Unfreiheit vorwirft, entweder irgendeinem Staatsapparat, einer Gewerkschaft oder einer anderen freiheitsfeindlichen Ideologie an – wie der eines Tempolimits.

„Deutschland steht wie kein anderes Land für individuelle Freiheit. Egal, wo man auf der Welt ist, alle schwärmen vom Freiheitsgefühl auf deutschen Autobahnen“, sagt Herbert Diess. Er ist Chef des Volkswagen-Konzerns, der auf einem Gelände residiert, dessen Grundsteinlegung im Mai 1938 durch einen anderen großen Freund der individuellen Freiheit erfolgte – der sehr deutschen Freiheit, anderen Völkern jegliches Freiheitsgefühl, egal, wo auf der Welt man ist, zu nehmen.

Auf deutschen Autobahnen findet Diess das Glück der Erde auf dem Rücken der Pferde(stärke): „Die freien Autobahnen haben viel Ingenieurskunst hervorgebracht, die die deutschen Autohersteller im weltweiten Vergleich sehr wettbewerbsfähig macht.“ Wie erklärt sich solch manisches Beharren darauf, egoistischen Individualismus als Freiheit zu verkaufen? Zum einen ist das mit der Ableitung des Dogmas „Kapitalismus = Demokratie und Demokratie = Freiheit“ zu erklären, die aus Abgeordneten, die für einen Verbleib der Müllentsorgung in kommunaler Hand plädieren, Gegner der Gewerbefreiheit zum Nachteil der privaten (also freien) Wirtschaft macht.

In der Philosophie hingegen ist es komplizierter. Der französische Aufklärer Diderot fand im 18. Jahrhundert, dass es gar keine freien Wesen geben könne, denn wir seien Produkte der Ordnung, des menschlichen Organismus, der Erziehung und der gesellschaftlichen Geschehnisse. Und man werde getäuscht „durch die ungeheure Mannigfaltigkeit unserer Handlungen, zusammen mit unserer seit der Geburt angenommenen Gewohnheit, das Freiwillige mit der Freiheit zu verwechseln“.

Dass die Freiheit nur Ausnahme eines großen Komplexes von Unfreiheit ist, wird Herr Diess nicht verstehen. Dass seine Idee von Freiheit nicht ewig bleibt, muss man ihm beibringen.

Lucas Zeise zum G-20-Steuerabkommen

Jahrhundertrevolution

Die Finanzminister der G-20 (der 20 wirtschaftlich größten Länder des Globus) haben am vergangenen Wochenende in Venedig ein internationales Steuerabkommen abgesegnet. Es soll, will man den Herren und wenigen Damen glauben, erstmals seit Jahrzehnten die Steuerlast der internationalen Großkonzerne nicht senken, sondern erhöhen. Sie wollen, wie sie behaupten, der langjährigen Praxis der Steuerminimierung den internationalen Großkonzernen etwas entgegensetzen und den „Unterbietungswettbewerb der Staaten bei den Unternehmenssteuersätzen“ effektiv beenden. Zu diesem Zweck würden sie einen international gültigen Mindeststeuersatz für transnationale Großkonzerne von 15 Prozent vereinbaren. Außerdem sollen Länder, wo die transnationalen Konzerne, vor allem die riesigen US-Internetkonzerne, Umsatz und Gewinn machen, ohne dort mit eigenen Tochtergesellschaften präsent zu sein, deren Gewinne mitbesteuern können.

Die Sache ist nicht nur ein Werbegag. Immerhin haben 139 Staaten im Rahmen der OECD (dem Club der reichen, altkapitalistischen Länder) schon zwei Jahre lang über ein solches Abkommen verhandelt. 130 Länder haben zugestimmt. Bis zum Oktobergipfeltreffen der G-20 sollen Details des Abkommens ausgehandelt sein, damit es von den Regierungschefs dieser Länder beschlossen werden kann. 2023 soll es in Kraft treten.

Es handelt sich bei dem Abkommen um einen Kompromiss zwischen der EU und den USA. Der Mindeststeuersatz ist mit 15 Prozent so niedrig, dass er in der EU nur Irland ärgert, das die Unternehmen nur mit formal 12,5 Prozent besteuert und das als einer von nur neun Staaten dem Abkommensvorschlag nicht zugestimmt hat. Am in der EU hochgehaltenen Steuerwettlauf nach unten ändert es wenig, zumal Sondervergünstigungen weiter erlaubt sind. Die Besteuerung der international tätigen Konzerne wird auf Gewinne begrenzt, die auf einer Umsatzrendite von über 10 Prozent basieren, sodass allenfalls Gewinne von 100 Mrd. Dollar jährlich dieser Steuer unterliegen. Die deutschen, britischen, japanischen etc. international tätigen Konzerne sind jedenfalls nicht betroffen.

Der französische Finanzminister Bruno Le Maire nannte das Abkommen in Venedig eine „Jahrhundertsteuerrevolution“. Vielleicht hat er sogar ein bisschen recht damit. Das Ende der seit 1980 betriebenen neoliberalen Plünderung der Staaten durch das Monopolkapital ist damit allerdings weder beabsichtigt noch gar erreicht. Immerhin aber zeigt sich, dass es sogar den Großkapitalisten selber – und ihren Regierungen – schwant, dass es so wie in den vergangenen 40 Jahren nicht weitergehen kann.

Patrik Köbele zum chinesischen Gipfeltreffen

Der Westen isoliert sich

Ein breites Spektrum von Parteien aus 160 Ländern nahm an einem Gipfel teil, zu dem die Kommunistische Partei Chinas anlässlich des hundertsten Jahrestages ihrer Gründung eingeladen hatte. Die Anzahl ist beeindruckend. Neunzehn Präsidenten beziehungsweise Ministerpräsidenten sowie der Vorsitzende der Sozialistischen Internationale sprachen. Es verwundert sicher nicht, dass Genossen und Freunde, wie Miguel Díaz-Canel aus Kuba, der Vorsitzende der KP Vietnams oder der Vorsitzende des ANC sprachen. Interessant, dass Mahmud Abbas für die PLO und Evo Morales von der MAS aus Bolivien Glückwünsche und den Dank für die internationale Solidarität der VR China und ihrer Kommunistischen Partei überbrachten. Die Breite der anwesenden Regierungschefs war aber wesentlich größer. Kasachstan und Pakistan waren genauso beteiligt wie Russland und vor allem viele Regierungen aus Afrika. Alle brachten sie zum Ausdruck, dass die VR China ihre Prinzipien der gleichberechtigten Zusammenarbeit ohne Einmischung in die inneren Angelegenheiten beherzigt und gleichzeitig in der Pandemie überall geholfen habe. Die Seidenstraßen-Initiative wurde allseitig begrüßt.

Der Tenor war völlig anders, als als es in den Medien der EU- und der NATO-Länder dargestellt wird. Erstaunlich (oder folgerichtig): Die bürgerlichen bis sozialdemokratischen Parteien dieser Länder zogen im Wesentlichen die selbstgewählte Isolation vor oder nahmen höchstens beobachtend teil.

Ich will mir gar nicht den Kopf des Monopolkapitals zerbrechen. Es ist trotzdem auffällig, dass sich trotz der vielfältigen Interessen an der ökonomischen Zusammenarbeit offensichtlich keine von dessen Fraktionen (beziehungsweise deren Abbild in Gestalt einer bürgerlichen Partei) traut, diese politische Isolation zu verlassen.

Den Kopf zerbrechen muss man sich allerdings darüber, dass Isolation in Verbindung mit Aggression, Hochrüstung und Kriegstreiberei eine gefährliche Mischung darstellen. Deshalb hat das Spektrum von CDU bis Linkspartei in unserem Land nicht nur sich selbst einen Bärendienst erwiesen.

Für uns als DKP war die Teilnahme spannend, informativ und inhaltsreich. Trotzdem ist es ein zwiespältiges Gefühl, dass wir die einzige Organisation aus Deutschland waren, die nicht nur beobachtend an diesem Treffen teilgenommen hat.

Revanche im Rentenkrieg?

Rentendebatten erinnern an längst geschlagen geglaubte Schlachten • Von Manfred Sohn

Von einem „Rentenkrieg“ sprach nicht nur die damalige Presse in der Bundesrepublik Deutschland (BRD) – auch die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ) greift bezogen auf die Auseinandersetzung in den Jahren 1956/57 in einem Artikel vom 9. Juni 2021 auf diesen martialischen Ausdruck zurück.

Unberechtigt ist er nicht als Bezeichnung dessen, was dem Beschluss des Deutschen Bundestags vom 21. Januar 1957 vorausgegangen war. Nach einem viertägigen Redemarathon war zwar mit einer großen Mehrheit von 397 gegen 32 Stimmen die damalige Rentenreform verabschiedet worden – aber unter den zehn Enthaltungen war auch beispielsweise die des damaligen Wirtschaftsministers Ludwig Erhard (CDU), der sich ebenso wie Finanzminister Fritz Schäffer (CSU) hartnäckig gegen ihren Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) gewehrt hatte, der diese Reform schließlich durchsetzte.

Kern der damaligen Gesetze war vor allem die Umstellung der staatlich garantierten Altersversorgung von der Kapitaldeckung auf die Umlagedeckung. Die mit dem Namen Fürst Otto von Bismarck verbundene „Invaliditäts- und Altersversicherung“ aus dem Jahre 1889 beruhte auf dem Prinzip der Kapitaldeckung: Die Einnahmen aus den Einzahlungen von Arbeitern und Angestellten einerseits und Unternehmern andererseits wurden in einen Kapitalstock eingespeist, aus dem heraus dann – damals noch mit Renditen, die heute undenkbar erscheinen – Rentenzahlungen erfolgen sollten.

Mit dieser Tradition wollte Adenauer brechen – gestützt auf Vorschläge aus der katholischen Soziallehre, die namentlich Professor Wilfried Schreiber, Geschäftsführer des Bundes katholischer Unternehmer, zu Papier gebracht hatte.

Foto: gemeinfrei

Zur Abmilderung der Folgen ihres Sozialkahlschlags führte die Bundesregierung aus SPD und Grünen 2003 das Einwegpfand ein. Nach der Vereinheitlichung der Einwegpfandregelungen betrug der Pfandwert im Jahr 2006 etwa 12 Milliarden Euro. Der Anteil der verkauften Einwegflaschen gegenüber dem günstigeren Mehrweg ist seitdem stetig gewachsen. Die Rente bleibt, mit etwas Eigeninitiative, sicher.

Die DDR leistete Geburtshilfe

Die seit Mitte der 50er-Jahre entstandene Situation erinnerte in ihrer Grundstruktur an die Motivationslage, die den Erzreaktionär Bismarck zu seiner wohl weitreichendsten sozialpolitischen Maßnahme getrieben hatte. Im 19. Jahrhundert war es das Erstarken der damals noch revolutionären Sozialdemokratie, das dazu führte, dass – gegen innere Widerstände – die Reichsregierung sich schließlich zu Zugeständnissen gezwungen sah, um ein weiteres Anwachsen dieser politischen Kraft zu dämpfen. Im 20. Jahrhundert war es die Ausstrahlung der in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) an die Macht gekommenen Arbeiterklasse und ihre seit 1947 eingeführte, grundlegend andere Konstruktion der Altersversorgung. Sie beruhte nicht mehr auf dem Kapitaldeckungsverfahren, sondern auf dem Umlageverfahren. Dessen Prinzip ist einfach: Die aktiv im Berufsleben stehenden Menschen zahlen einen Teil ihres Lohns in eine Kasse ein, aus der dann direkt die altersbedingt aus der Berufstätigkeit ausgeschiedenen Menschen eine lebenslange Rente erhalten. Solche Umlagesysteme waren nicht nur dem Sozialismus eigen – auch die USA hatten 1936 als Teil des „New Deal“ in der Amtszeit des Präsidenten Franklin D. Roosevelt dieses Modell übernommen.

Die politische Lage im westdeutschen Rumpfstaat war Mitte der 50er-Jahre aus Sicht seines Kanzlers prekär: Die von Adenauer durchgepeitschte Remilitarisierung hatte nicht nur milliardenschwere Belastungen des Bundeshaushalts zur Folge, sondern seine politische Basis auch so weit geschwächt, dass in den Umfragen ein Verlust der Kanzlermehrheit bei den 1957 anstehenden Bundestagswahlen drohte. Unmut hatte sich nicht nur – wegen der Remilitarisierung – bei den jüngeren Wahlberechtigten, sondern auch bei den älteren angestaut. Sie nämlich wurden von den damals ansteigenden Löhnen immer mehr abgekoppelt. In der Dokumentation des Deutschen Bundestags über die Rentenreform 1957 heißt es: „Mitte der 1950er-Jahre lag das mittlere Monatsgehalt bei etwa 350 D-Mark. Ein Durchschnittsrentner musste mit 60 bis 80 D-Mark über die Runden kommen.“ Viele Rentnerinnen und Rentner hatten durch den Krieg aber nicht nur alle privaten Ersparnisse verloren, sondern auch ihre Kinder, die sie sonst vielleicht hätten durchbringen können. Wer da kein Eigentum an Grund und Boden oder Produktionsmitteln hatte, sah im wahrsten Sinne des Wortes alt aus. So kam es zu der Situation, dass – wie der Eintrag von „Wikipedia“ zur 1957er-Reform aufzeigt – „die Mindestrenten in der Bundesrepublik bis 1957 sogar niedriger (waren) als die in der DDR, und die Durchschnittsrenten auf demselben Niveau“. Betrachtet man darüber hinaus, dass die damals in der DDR bestehende „Sozialversicherung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes“, dem seit 1951 die Organisation der Altersversorgung anvertraut war, auch eine kostenlose Gesundheitsversorgung und großzügige Rehabilitationsleistungen umfasste, war klar: Politisch herrschte in Bonn am Rhein Feuer unterm Dach.

„… wahrlich tragischer Irrtum …“

Dietrich Creutzburg schreibt in dem schon erwähnten „FAZ“-Artikel bezogen auf die heutige Rentendebatte: „Sozialpolitik wird immer öfter mit Umverteilen und Geldausgeben gleichgesetzt. Das greift zu kurz – und untergräbt die Bereitschaft zur Eigenverantwortung und damit die Grundlagen unseres Wohlstandes.“

Nicht nur diesem Autor, sondern auch zumindest den historisch gebildeten Gegenreformatoren seinesgleichen ist völlig bewusst, dass sie im Kern versuchen, Rache zu nehmen für die Niederlage, die diejenigen 1957 erlitten, die zum Teil mit Schaum vor dem Mund versucht hatten, das Umschwenken von der Kapital- zur Umlagefinanzierung abzuwenden. Ihre Phalanx war (und ist es auch heute) stark: Sie reichte damals von praktisch allen Unternehmerverbänden und den Banken bis hin zu den Spitzen des Wirtschafts- und des Finanzministeriums. Ihr Wortführer Erhard hatte seinem Kanzler entgegengeschleudert: „Die Blindheit und intellektuelle Fahrlässigkeit, mit der wir auf den Versorgungs- und Wohlfahrtsstaat zusteuern, kann nur zu unserem Unheil ausschlagen. Hier liegt ein wahrlich tragischer Irrtum vor, denn man will nicht erkennen, dass wirtschaftlicher Fortschritt und leistungsmäßig fundierter Wohlstand mit einem System umfassender kollektiver Sicherheit auf Dauer gänzlich unvereinbar sind.“

Die damaligen Prognosen, was alles Folge dieser Reform sein würde, klingen heute hochmodern – und waren damals so gegenstandslos, wie sie es auch morgen sein werden: Die von Adenauer im Gefolge von Schreiber vorgeschlagene Dynamisierung der Renten würde die Inflation fördern und die Reform würde durch die Belastung der Unternehmen zu einer Hemmung der Investitionstätigkeit führen.

Die „Dynamisierung“ der Renten, die heute erneut angegriffen wird, war neben der Umstellung auf das Umlagesystem einer der weiteren Kernpunkte der Debatte. Es sollte durch Anpassung der Renten an die Lohnentwicklung sichergestellt werden, dass die Rentenempfänger am wirtschaftlichen Aufschwung, zu dem sie ja schließlich – damals wie heute – die Grundlagen mit gelegt hatten, teilhaben.

Die der schließlich beschlossenen Reform zugrundeliegenden Pläne Schreibers waren allerdings noch weitergehend – und auch dies klingt heute hochmodern: Er hatte vorgeschlagen, die „Gesamtheit aller Arbeitstätigen“ verpflichtend in die Rentenkasse einzahlen zu lassen und alle noch von Bismarck übernommenen Beitragsbemessungsgrenzen aufzuheben. So sollte es neben einer möglichst breiten Basis zu einer „Stetigkeit ihrer Rechnungsgrundlagen über alle möglichen Strukturveränderungen der Wirtschaftsgesellschaft und ihrer Zusammensetzung nach Beruf und Erwerbsart“ kommen. Kinderlose sollten doppelt so viel Beitrag zahlen wie Arbeitende, die mit ihrem Lohn noch Kinder zu versorgen hatten, und die Zahl der Kinder sollte in der späteren Rente Berücksichtigung finden. Aus diesen Vorstellungen ist überwiegend nichts geworden – Abrieb im politischen Tagesgeschäft sozusagen, das aus Sicht Adenauers das Hauptziel erreicht hatte: Die mit seinem Namen verbundene Rentenreform sicherte ihm 1957 trotz Remilitarisierung seinen größten Wahlsieg und der CDU/CSU die absolute Mehrheit der Sitze im bundesdeutschen Parlament. Dafür war auch die rückwirkende Inkraftsetzung der neuen Berechnungsmethoden zum 1. Januar 1957 entscheidend, die eine sofort wirksame massive Rentenerhöhung um durchschnittlich rund 60 Prozent in die Geldbörsen der alten Menschen spülte. Viele von ihnen wurden fortan zu Stammwählern des „Alten“.

Die Attacke von SPD und Grünen

Zwar bröckelte von Anfang an die sogenannte „Eckrente“ – das ist die Rente einer statistischen Person, die 45 Jahre aus einem Durchschnittseinkommen ihre Beiträge bezahlt –, die nach den Vorstellungen von Schreiber 60 Prozent der während der aktiven Zeit erreichten Bruttobezüge umfassen sollte. Aber im Grundsatz hielt das Versprechen, dass dank Umlageverfahren und Dynamisierung sich niemand im Alter massiv würde einschränken müssen.

Oberwasser bekamen diejenigen, die seinerzeit gegen die Reform von 1957 angerannt waren, erst nach 1989, nach dem Sieg über die DDR und die von ihr wesentlich mit beeinflusste Umgestaltung der staatlich garantierten Altersvorsorge.

Trotz aller Angriffe in den 60er-, 70er- und 80er-Jahren hielt die Grundkonstruktion der Reform von 1957, sodass auch der damalige Arbeits- und Sozialminister Norbert Blüm (CDU), der sich selbst in der Tradition der katholischen Soziallehre sah, 1986 demonstrativ plakatieren konnte: „… denn eins ist sicher: Die Rente“.

Während Blüm noch als Plakatierer unterwegs war, arbeiteten andere bereits daran, eine Bresche in diese bis dahin feste Mauer zwischen Kapitalmarkt und Rente zu schlagen. Die im Wortsinn damals entscheidenden Personen kamen nicht aus den reaktionärsten Kreisen, sondern waren (und sind) die Lehrer derer, die sich jetzt als Alternative zur CDU in Szene setzen. Sie saßen in der ersten Regierung unter Beteiligung der „Grünen“, angeführt vom SPD-Kanzler Gerhard Schröder *(vgl. dazu UZ vom 21. Mai – „Endlich ausgeriestert?“)*.

Sie operierten zunächst im Geheimen, wie der damalige Bundessozialminister Walter Riester in einem großen Interview in der „FAZ“ am 7. Juli ausplauderte: „Ich habe meine Gesprächspartner im Kabinett gebeten, bevor ich diesen Vorschlag ausformuliere, es nicht in die Öffentlichkeit zu bringen.“ Das ging schief, jammert der alte Herr – drei Tage später habe die „Bild“ bei ihm angerufen und ihn mit der Drohung, ihn sonst mit der Frage „Wann fliegt Riester?“ auf Seite eins zu skandalisieren, zu einem Interview genötigt, wo er seine Pläne – damals noch eine Rente nach dem Vorbild der KfZ-Versicherung, also obligatorisch für alle Lohnabhängigen – darlegte. Genützt habe das nichts: Thematisiert worden sei sein Vorschlag von da an nur unter dem Begriff „Zwangsrente“ – und den Zwang habe die SPD/Grüne-Regierung dann fallengelassen. Es blieb also übrig: Eine Bresche im Umlageverfahren und ein Brückenkopf für die Rückkehr zum Bismarckschen Kapitaldeckungsverfahren.

Zurück zu Bismarck?

Wir wissen aus der Geschichte: Auf eine halbe Revolution folgt meist eine ganze Konterrevolution. Das gilt im Großen wie im scheinbar Kleinen. Wenn wichtige Pflöcke, die eine Rechtsentwicklung hemmen, weggerissen sind, geht es in der Regel nicht nur bis zu den alten Haltelinien, die durch diese Pflöcke markiert waren, sondern noch weiter zurück. Alle Angriffe auf die Struktur der 1957er-Rentenreform zielen nicht nur auf die Wiederherstellung der bis 1956 geltenden Grundprinzipien. Die Angreifer werden nicht eher ruhen, bis die Eckpunkte der Bismarckschen Sozialgesetzgebung wiederhergestellt werden. Diese bestanden nicht nur in der Kapitaldeckung, die durch die für die Altersversorgung gesparten Groschen (oder Cent) auch jedem Großspekulanten und Kriegsabenteurer die Kasse füllt. Sie führten auch zu Hungerrenten, die damals – in den 90er-Jahren des 19. Jahrhunderts – keine Vollversorgung der Alten, sondern nur einen Zuschuss zur weiter notwendigen Unterstützung durch Kinder und andere Verwandte bedeuteten. Die heutigen Schwarzen Ritter gegen Umlageverfahren, Dynamisierung und staatliche „Eckrenten“ scheinen auch immer mehr in den Fokus zu nehmen, was eben auch Teil des Beschlusses des Deutschen Reichstags vom 24. Mai 1889 war: Altersrente erst ab 70.

Foto: gemeinfrei

Dynamische Rente heute: Einkaufswagen mit Pfandflaschen

Umlageverfahren:
Im Umlageverfahren werden grundsätzlich die Ausgaben eines Jahres durch Einnahmen aus demselben Jahr bestritten. Dieses Finanzierungsprinzip findet in der gesamten deutschen Sozialversicherung Anwendung. Der Sozialaufwand eines Landes wird damit aus dem laufenden Sozialprodukt finanziert. Ein Ansparen ist nicht erforderlich. Das Umlageverfahren ist sehr flexibel, wenig krisenanfällig, sehr preiswert und funktioniert praktisch unabhängig von der Höhe der Zinsen am Kapitalmarkt oder der Inflationsrate. Gerade in Zeiten, in denen Ersparnisse praktisch nicht verzinst werden, zeigt sich seine Überlegenheit im Vergleich mit kapitalgedeckten Anlageprozessen, wie sie etwa im Bereich der Lebensversicherungen üblich sind.
Aus **„luxemburg argumente Nr. 18“** herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

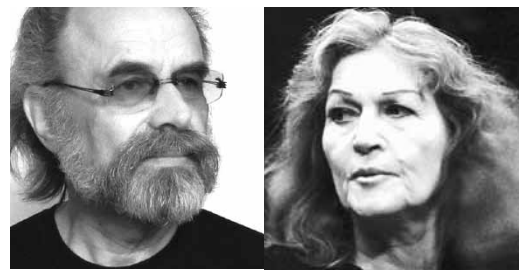
Solidarität mit der DKP

Künstlerinnen und Künstler gegen kaltes Parteiverbot

Banda Bassotti

Christa Weber und Christof Herzog

Tino Eisbrenner


Peter Wittig | Margarete Steinhäuser

Gina Pietsch

Kosntantin Wecker

Der Entzug des Parteistatus kommt einem kalten Verbot gleich. Deshalb gilt meine Solidarität der DKP und der Anarchistischen Pogo Partei Deutschlands (APPD). Die Erfahrungen von Faschismus und Krieg haben mich als Anarchisten in der Überzeugung bestärkt, dass wir bei jeder Form von staatlicher Schikane und Repression die Solidarität aller Menschen brauchen, die auf der Suche nach einer gerechteren Welt sind!

In meinem aktuellen Lied „Willy 2021" habe ich geschrieben: „Demokratie ist ein lebendiger Prozess und ein Ideal, an dem man immer wieder hart arbeiten muss, und man darf dabei die utopische Sehnsucht nach einem Zusammenleben in einer Ordnung ohne Herrschaft nie verlieren.

Schon seit tausenden von Jahren träumt die Menschheit von einem gleichberechtigten Miteinander ohne Machtstreben, ohne Unterdrückung, ohne Gehorsam (…) Richten wir unsere Segel nach einem besseren Land.

Einem Land ohne Herrscher und Patriarchen, ein Land, in dem gestritten und gelacht werden wird, in dem allen ein menschenwürdiges Grundeinkommen zugesichert ist und keine und keiner unterdrückt und gedemütigt wird.

Nein, kein Land. Eine Welt. Es ist eine grenzenlose Welt, in der ich leben will."

Als Anarchist habe ich immer die Position von Esther Bejarano sehr geschätzt, die als DKP-Mitglied einmal festgestellt hat: „Völlig unstrittig ist die absolute Notwendigkeit, alle Kräfte gegen Kriegspolitik, Neofaschismus, Antisemitismus und Rassismus sowie Sozial- und Demokratieabbau zusammenzuführen. Mir ist wichtig, dass Menschen gemeinsam gegen die Rechtspopulisten und Nazis aktiv sind, und zwar unabhängig von der eigenen Mitgliedschaft in einer Partei."

Konstantin Wecker

Überall auf der Welt versuchen sie, die Geschichte der kommunistischen Parteien auszulöschen. Mit allen Mitteln und sogar mit der Bürokratie wird versucht, die kommunistischen Parteien zu verdrängen. Wir stehen in diesem Kampf solidarisch an der Seite der Deutschen Kommunistischen Partei.

Keinen Schritt zurück!

Banda Bassotti

Dieses Land beruft sich von früh bis spät auf Demokratie. Ich komme aus der DDR, gehöre also zu den Menschen, die laut Marco Wanderwitz, dem „Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Länder", „teilweise in einer Form diktatursozialisiert sind, dass sie auch noch nach dreißig Jahren nicht in der Demokratie angekommen sind".

Der Herr mit dem bezeichnenden Namen Wanderwitz möge bitte zur Kenntnis nehmen, dass ich in einer Demokratie, die demokratische Parteien verbietet, gar nicht ankommen will. M e i n Land hat keine Partei verboten, sicher aber hätte sie es im Falle der NSDAP getan, wären ihr gleich nach dem Krieg die Alliierten nicht zuvorgekommenen. Das Land, in dem ich nun wohne, hat sich ähnlich undemokratisch schon gegen die VVN verhalten. Erfolglos.

Ich werde eng an der Seite der Genossinnen und Genossen stehen, die jetzt ihre demokratischen Rechte einfordern. Und ich rechne mit Erfolg.

Gina Pietsch

Die Bestrebung, der DKP den Parteistatus aberkennen zu wollen, zeigt einmal mehr, wem die politischen Strukturen in diesem Staat zuarbeiten. Friedensbewegung und linke Kräfte, die sich offen gegen das ruchlose Treiben des Kapitals stemmen, werden nicht nur stiefmütterlich behandelt, sondern laufen permanent Gefahr, unter Vorwänden ausgegrenzt und demontiert zu werden. Dessen sollten wir uns endlich bewusst werden und dagegen aufstehen, denn unser Schweigen führt in die nächste Apokalypse.

Tino Eisbrenner (Songschreiber; Friedensaktivist, Landtagskandidat für „Die Linke" in MV)

Im Zuge des autoritären Staatsumbaus, im Schatten der Corona-Krise, zeigt der kapitalistische Staat jetzt seine Fratze und verbietet quasi mit fadenscheinigen Begründungen die kommunistische Partei Deutschlands, die DKP.

Wer denkt hier nicht an die Endphase der Weimarer Republik mit dem herauf dämmernden Faschismus?!

Für uns heißt das: Jetzt erst recht! Kämpfen wir weiterhin gemeinsam für eine menschenwürdige, demokratische Gesellschaft – den Sozialismus.

Christa Weber, Christof Herzog (Weber-Herzog-Musiktheater)

Wir und viele andere Bürger haben unsere Unterschrift gegeben, damit die DKP zur Bundestagswahl 2021 zugelassen wird.

Wenn der Bundeswahlleiter aus einem vorgeschobenem formalen Grund die DKP von der Wahl ausschließt, so bewerten wir dies als Missachtung unserer demokratischen Willensbekundung.

Im Gegensatz dazu verlautbart das Verwaltungsgericht Köln, seine Entscheidung, ob die AfD ein rechtsextremistischer Verdachtsfall ist, bis nach der Wahl aufschieben zu wollen.

Hat noch jemand Fragen zur Diktatur der Bourgeoisie?

Peter Wittig und Margarete Steinhäuser (sidat-pro.de)

Eine großartige Frau, Kommunistin und Kämpferin

Zur Verleihung des 1. Gisela-Elsner-Literaturpreises in Nürnberg

Ich habe Gisela Elsner als eine großartige Frau, Kommunistin und Kämpferin wahrgenommen. Sie gekannt und einige Male als Gesprächspartnerin erlebt zu haben, gehört zu den anregendsten Begebenheiten in meiner Biografie. Die Betonung liegt auf anregend!"
Mit diesen Worten erinnerte sich der langjährige DKP-Vorsitzende Herbert Mies in einem Interview (2014) an unsere Genossin Gisela Elsner.
Gisela Elsner, 1937 geboren und aufgewachsen in einer zum Großbürgertum strebenden Familie, der Vater schaffte es bis zum Direktor eines Siemens-Werkes, veröffentlichte 1964 ihr Romandebüt „Die Riesenzwerge". Ausgezeichnet mit dem renommierten „Prix Formentor" und in zig Sprachen übersetzt, erlangte Elsner auf Anhieb großes Ansehen. 1977 trat Gisela Elsner der DKP bei.
Die Radikalität ihrer satirischen und konsequenten Gesellschaftskritik, aber auch ihre politische Positionierung trugen wesentlich dazu bei, dass der bürgerliche Literaturbetrieb sich ihrer bald wieder zu entledigen wünschte. Ende der 1980er Jahre hob der Rowohlt-Verlag, der Gisela Elsner noch zehn Jahre zuvor zu seinen prominentesten Autorinnen zählte, „die Buchpreisbindung auf". Mit anderen Worten: Elsners Werk wurde verramscht. Nach ihrem Tod im Mai 1992 herrschte dann hinsichtlich des Elsnerschen Werkes ein jahrelanges Schweigen im Medienbetrieb.
In den letzten zwanzig Jahren begannen zunächst einige wenige Publizisten und Literaturwissenschaftlerinnen, sich mit Elsners Werk und Wirkung zu beschäftigen. 2012 gründete sich die Internationale Gisela Elsner Gesellschaft, die seither mit Symposien, wissenschaftlichen Tagungen und anderen Aktivitäten der Autorin Elsner eine neue Publizität verschafft. Im Berliner Verbrecher-Verlag liegen nahezu alle Bücher der Autorin in einer Werkausgabe vor.
Diese erfreuliche Entwicklung fand am 10. Juli 2021 einen neuen Höhepunkt. Der 1. Gisela-Elsner-Literaturpreis wurde an die Autorin Natascha Wodin verliehen – gestiftet vom Literaturhaus Nürnberg e. V. und mit 10.000 Euro dotiert.
Elfriede Jelinek, um ein Grußwort an die Preisverleihung gebeten, schrieb unter anderem: „Spurlos wird Gisela Elsner jetzt nicht mehr verschwinden können, denn es ist ein Literaturpreis ihr gewidmet, der den Gewinner, die Gewinnerin zumindest für eine Weile nicht verschwinden lassen wird, sondern hervorhebt. Das freut mich sehr für meine verstorbene Freundin Gisela Elsner. Und für die kommenden Preisträgerinnen und Preisträger. Ich gratuliere. Sie sollen ein Leben haben und diesen schönen Preis dazu, der sie an eine Schriftstellerin erinnern soll, die nicht verschwinden darf."
Großen Anteil an der wachsenden Publizität Gisela Elsners hat die Germanistin und Vorsitzende der Internationalen Gisela Elsner Gesellschaft Dr. Christine Künzel. Mit ihr führte Mathias Meyers für UZ das folgende Gespräch:

Mathias Meyers: *Als Gisela Elsner 1992 starb, herrschte mehr als ein Jahrzehnt lang absolutes Schweigen, ihr Werk betreffend. Wie ist es aus heutiger Sicht gelungen, dass zum Beispiel junge Wissenschaftlerinnen und zunehmend auch wieder Leser und Leserinnen sich dem Schaffen der Romanautorin und Satirikerin zuwenden und ihren Gefallen daran finden?*

Christine Künzel: Zunächst ist es dem Regisseur Oskar Roehler zu verdanken, dass er mit seinem Film „Die Unberührbare" zur Jahrtausendwende seine Mutter, die Autorin Gisela Elsner, wieder in das literarische Gedächtnis zurückgeholt hat. Auch ich selbst bin dadurch erst auf Elsner und ihr Werk aufmerksam geworden, habe dann angefangen, mich mit ihr zu beschäftigen. Ich denke, dass gerade in Krisenzeiten satirische Texte eine bedeutende Funktion erfüllen, indem sie in aller Schärfe Kritik an bestimmten gesellschaftspolitischen Entwicklungen formulieren. Ich denke, was jüngere Wissenschaftler*innen reizt, ist die Widerständigkeit, die Kompromisslosigkeit und der schwarze Humor Elsners, mit dem sie sich abseits des literarischen Mainstreams positioniert hat.

Mathias Meyers: *Sie engagieren sich als Vorsitzende der Internationalen Gisela Elsner Gesellschaft (IGEG) und als Literatur- und Kulturwissenschaftlerin seit Jahren für die Wiederentdeckung des Elsnerschen Werkes. Was hat Sie veranlasst, sich der Autorin und Kommunistin zuzuwenden, die vom „offiziellen" Literaturbetrieb spätestens in den 1980er Jahren aussortiert worden ist?*

Christine Künzel: Was Elsners Werk für mich attraktiv macht, ist die Tatsache, dass es sich um widerständige, herausfordernde, radikale Texte handelt und dass Elsner so völlig abseits des Kanons steht – eben als „schmutzige Satirikerin", wie sie sich selbst einmal bezeichnete. Ich interessiere mich offenbar eher für die Ausgestoßenen, für Randfiguren des Literaturbetriebs. Elsners Essay „Autorinnen im literarischen Ghetto" trifft das sehr genau. Darüber hinaus verstehe ich Literatur – ganz im Sinne Elsners – als ein Medium politischer Bildung und Aufklärung im besten Sinne. Aber ich muss zugeben, ich habe auch ein Faible für die satirisch-grotesken Selbstinszenierungen der Autorin Elsner.

Mathias Meyers: *Am 10. Juli wurde erstmals der Gisela-Elsner-Literaturpreis für deutschsprachige Gegenwartsliteratur in der Geburtsstadt Elsners, in Nürnberg, verliehen. Wie ist es zu dieser erfreulichen Entwicklung gekommen?*

Christine Künzel: Elsner hat in den letzten Jahren erfreulicherweise mehr und mehr Aufmerksamkeit bekommen. Das kam irgendwann ganz von selbst. Dieses Jahr ist ein wahres Elsner-Jahr, obwohl es nicht einmal ein Jubiläumsjahr ist: Es gibt ein wunderbares Theaterprojekt an den Münchner Kammerspielen, eine Ausstellung in Dresden – und nun den Gisela-Elsner-Literaturpreis. Einfach unglaublich. Es ist schon ein besonderes Zeichen, einen Literaturpreis einer nicht kanonisierten und streitbaren Autorin wie Gisela Elsner zu widmen. Damit sticht der Preis aus dem allgemeinen Literaturpreisdschungel hervor.

Mathias Meyers: *Die Jury hat sich für die Autorin Natascha Wodin als erste Preisträgerin entschieden. Welche literarischen Gründe waren für diese Wahl ausschlaggebend?*

Christine Künzel: Zum einen ist Natascha Wodin vom Alter und damit auch von ihren Erinnerungen an Nazi-Deutschland her nah an Elsner – auch was ihren Geburtsort Fürth unweit von Nürnberg betrifft. Wie Elsner sich bis zu ihrem Lebensende dem Kampf gegen den Faschismus verschrieben hat, so ist es Natascha Wodins Verdienst, mit ihren autobiografischen Büchern das Schicksal sowjetischer Zwangsarbeiter in das Gedächtnis zurückgeholt zu haben. Zwar könnten die Schreibweisen der beiden Autorinnen nicht unterschiedlicher sein, doch gelingt es jeder auf ihre Weise, eingeschliffene Rituale der bundesdeutschen Erinnerungskultur zu durchkreuzen und in Frage zu stellen.

Mathias Meyers: *Als Gisela Elsners Roman „Die Riesenzwerge" erschien und ein internationaler Erfolg wurde, war die Autorin gerade 27 Jahre alt. Was kann eine junge Frau heute, entschlossen, Schriftstellerin zu werden, von Gisela Elsner lernen?*

Christine Künzel: Ich bin nicht sicher, ob Gisela Elsner in diesem Sinne als Vorbild taugt. Natürlich würde ich mir wünschen, dass sich junge Autorinnen weniger am Mainstream orientieren, ihren eigenen Weg auch gegen massive Widerstände gehen. Aber das ist anstrengend und führt höchstwahrscheinlich nicht zu einem schnellen Erfolg. Nachwuchsschriftstellerinnen sollten sich auf jeden Fall besser vor Anfeindungen und Verletzungen schützen.

Webseite der
Gisela Elsner Gesellschaft:
www.giselaelsner.de/

Verbrecher Verlag:
www.verbrecherverlag.de/

Foto: Stinker / flickr / CC-by-NC-SA 2.0

Esther Bejarano mit Kutlu Yurtseven von der Mirophone Mafia bei einem Auftritt 2010, im Hintergrund Esthers Sohn Joram.

„Verteidigt, was Ihr noch habt, mit Klauen und Zähnen!“

DKP erinnert an Esther Bejarano: „Sie ist nicht zu ersetzen.“

In der Nacht auf den 10. Juli verstarb Esther Bejarano im Alter von 96 Jahren. Sie hatte das KZ Auschwitz, das KZ Ravensbrück und einen Todesmarsch überlebt. Schockiert über das Wiedererstarken faschistischer Parteien wurde sie ab Ende der 1970er Jahre zu einer der profiliertesten und engagiertesten Antifaschistinnen der BRD. Als Ehrenvorsitzende der VVN-BdA und Kommunistin kämpfte sie unermüdlich für die Umsetzung des Schwurs von Buchenwald. Wir dokumentieren hier den Nachruf der DKP und den flammenden Appell, den Esther zum 50. und 60. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus zusammen mit Peter Gingold an die Jugend richtete.

Nehmt es wahr, nehmt wenigstens Ihr es wahr …

Appell an die Jugend von Esther Bejarano und Peter Gingold

Am 15. März 1997 verfassten Esther Bejarano und ihr Freund und Genosse Peter Gingold aus Anlass des fünfzigsten Jahrestages der Gründung der VVN-BdA den „Appell an die Jugend“. Sie erneuerten ihn am 8. Mai 2005. Zum 60. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus war der NPD eine Demonstration mitten durch Berlin genehmigt worden. Tausende Antifaschistinnen und Antifaschisten, an ihrer Spitze der Kommunist Peter Gingold, konnten das an diesem Tag verhindern.

Nehmt es wahr, nehmt wenigstens Ihr es wahr, was von Euren Vorfahren meistens verdrängt, auch diskriminiert und verleugnet wurde: Das Bedeutsamste und Kostbarste aus deutscher Geschichte ist und bleibt der antifaschistische Widerstand.

Zumeist waren es einfache Frauen und Männer, vorwiegend aus der Arbeiterbewegung, in der Mehrzahl Jugendliche, die gegen Hitler und den Krieg kämpften. Nicht erst, als offenkundig wurde, dass Hitler den Krieg verliert, sondern von 1933 an! Den Krieg wollten sie verhindern, den jüdischen Menschen, den Völkern Europas und dem eigenen Volk das unermessliche Leid ersparen, das der Nazifaschismus letztlich über sie brachte. Dafür riskierten sie alles, ihre Existenz, ihre Freiheit und ihr Leben, nahmen Konzentrationslager und Folter in Kauf. Vergesst deshalb nie! Ihnen ist es zu verdanken, dass der Name unseres Landes nicht ausschließlich mit Schande und Ehrlosigkeit besudelt wurde.

Wir, die Überlebenden, haben vor 50 Jahren die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“, die VVN gegründet. Unterschiedlich in unseren politischen und weltanschaulichen Auffassungen sowie in unserer sozialen Herkunft, waren wir gemeinsam im Widerstand und verfolgt. So haben wir auch gemeinsam die VVN gegründet, Kommunisten, Sozialdemokraten, Liberale, Juden und Christen. Wir haben überlebt mit einem einzigen Gedanken: Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg! Es galt, das Vermächtnis der Millionen Toten der faschistischen Massenvernichtung zu bewahren, die die Befreiung am 8. Mai nicht erleben konnten.

Der Nazihölle entronnen, dem sogenannten „Tausendjährigen Reich“, das für uns tatsächlich wie tausend Jahre war, jede Stunde, jeden Tag den Tod vor den Augen. Diese entsetzliche Zeit hinter uns, träumten wir von einem künftigen Leben ohne Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus und Militarismus.

Wir wollten, dass unsere unmenschlichen Erfahrungen eine Warnung für die Nachwelt sein würden.

Wir träumten von einem Leben in sozialer Gerechtigkeit, in Frieden und Freundschaft mit allen Völkern.

Wir träumten, dass nun für alle Zeiten unsere Kinder und Kindeskinder sich der Sonne, der Blumen, der Liebe erfreuen können, ohne in Angst vor Faschismus und Krieg leben zu müssen. Nach der Befreiung war es für uns, die Überlebenden, unvorstellbar, dass fast nichts von unseren Visionen und Hoffnungen in Erfüllung gehen würde.

Unfassbar für uns, wie reibungslos sich der Übergang vom Nazireich in die Bundesrepublik vollzog. Dass ehemalige hohe Nazifunktionäre entscheidende Positionen in Regierung, Verwaltung, Wirtschaft, Justiz, Hochschulen, Medizin, im Geheimdienst und Militär einnahmen und damit jahrzehntelang wesentlich das Klima der Politik und die prägenden Geburtsjahre dieser Republik bestimmten. Kriegsverbrecher, selten belangt und wenn, dann schonend behandelt, erhalten bis heute Opferrenten, während ganze Gruppen von Verfolgten des Naziregimes, unter anderem ehemalige Zwangsarbeiter, immer noch ohne Entschädigung bleiben. Ganz zu schweigen von dem diskriminierenden Umgang mit Wehrmachtsdeserteuren, die sich verweigerten, einem verbrecherischen Krieg zu dienen.

1945 war es für uns unvorstellbar, dass Ihr, die Nachgeborenen, erneut konfrontiert sein würdet mit Nazismus, Rassismus, einem wieder auflebenden Nationalismus und Militarismus. Und nun noch die ungeheure Massenarbeitslosigkeit, die immer größer werdende Kluft zwischen Arm und Reich, die katastrophale Zerstörung der Umwelt. Immer mehr junge Menschen leben in Zukunftsängsten.

Wir hoffen auf Euch. Auf eine Jugend, die das alles nicht stillschweigend hinnehmen wird! Wir bauen auf eine Jugend, die sich zu wehren weiß, die nicht kapituliert, die sich nicht dem Zeitgeist anpasst, die ihm zu trotzen versteht und deren Gerechtigkeitsempfinden nicht verloren gegangen ist.

Wir setzen auf eine Jugend, höllisch wachsam gegen alles, das wieder zu einer ähnlich braunen Barbarei führen könnte; eine Jugend, die nicht wegsieht, wo Unrecht geschieht, wo Menschenrechte verletzt werden; eine Jugend, die sich in die Tradition des antifaschistischen Widerstandes zu stellen vermag; eine Jugend, die diese Tradition aufnimmt und auf ihre eigene Art und Weise weiterführt. Wir glauben, dass dafür Eure Herzen brennen können, dass Euer Gewissen nicht ruhen wird.

Lasst Euch nicht wegnehmen, was Ihr noch an demokratischen und sozialen Errungenschaften vorfindet. Lasst sie nicht weiter abbauen! Von keinem Regierenden sind sie Euch geschenkt worden:

Es sind vor allem die Errungenschaften des antifaschistischen Widerstandes, der Niederringung des Nazifaschismus. Verteidigt, was Ihr noch habt, verteidigt es mit Klauen und Zähnen!

Es verlangt nur etwas Zivilcourage, nicht einmal besonderen Mut. Ihr riskiert nicht das Leben, nichts, was dem antifaschistischen Widerstand vergleichbar wäre. Und vergesst nicht: Der Internationalismus und die Solidarität mit den Benachteiligten und Ausgegrenzten sind unentbehrlich in diesem Kampf. Knüpft dieses Band immer fester, macht es unzerreißbar!

Reiht Euch auch ein in die Kampfgemeinschaft VVN-Bund der Antifaschisten, den organisierten Ausdruck des kollektiven Gedächtnisses an Widerstand und Verfolgung. Sie braucht Euch! In absehbarer Zeit wird es keine Zeitzeugen des schrecklichsten Abschnitts deutscher Geschichte mehr geben. Lasst das Vermächtnis des Widerstandes nicht in Vergessenheit versinken – den Schwur von Buchenwald:

„Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel!“

Übernehmt Ihr nun diesen immer noch zu erfüllenden Auftrag: ein gesichertes menschenwürdiges Leben im friedlichen Nebeneinander mit den Völkern der Welt! Sorgt dafür, dass aus der Bundesrepublik ein dauerhaftes, antifaschistisches, humanes, freiheitliches Gemeinwesen wird, in dem einem Wiederaufflammen des Nazismus, nationalem Größenwahn und rassistischen Vorurteilen kein Raum mehr gegeben wird.

Wir vertrauen auf die Jugend, wir bauen auf die Jugend, auf Euch!

Peter Gingold (1916 bis 2006) war ein profilierter Frankfurter jüdischer Antifaschist, Kommunist, Verfolgter des Naziregimes und Widerstandskämpfer gegen den Faschismus.
Zeit seines Lebens engagierte er sich unermüdlich im Kampf gegen alles Faschistische, aktiv unter anderem als deutscher Antifaschist in der französischen Widerstandsbewegung Résistance. In seinen letzten Lebensjahren trat er immer wieder als Zeitzeuge vor allem vor Jugendlichen, in Schulen, Jugendgruppen, in Versammlungen und Veranstaltungen auf, um aus seinem Leben, seinem Kampf und seinen Erfahrungen mit dem deutschen Faschismus zu berichten.
Das tat er eindrucksvoll, überzeugend und mitreißend. Entschieden trat er alten und neuen Nazis entgegen, ebenso allem, was zu Nazismus, Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus gehört oder diese zu fördern droht. Er war und blieb ein außergewöhnlich engagierter Antifaschist, dessen Einsatz Achtung und Anerkennung auch bei Menschen anderer politischer Auffassung und Zugehörigkeit fand.

Quelle: gingold-initiative.de

Foto: Shari Deymann

„Es gibt wenige Begegnungen, an die man sich sein Leben lang erinnert. Eine davon wird für mich meine Begegnung mit Esther sein, als ich beim vorletzten UZ-Pressefest die Ehre hatte, mit Esther auf der Bühne sein zu dürfen.“ Esther Bejarano und DKP-Vorsitzender Patrik Köbele auf dem Pressefest 2016.

Wir trauern um Esther Bejarano

Nachruf der Deutschen Kommunistischen Partei

Foto: Thomas Brenner

Esther Bejarano auf dem UZ-Pressefest 2016

Foto: Peter Köster

Esther Bejarano und Konstantin Wecker

Esther Bejarano, Überlebende der KZ Auschwitz und Ravensbrück, Vorsitzende des Auschwitz-Komitees und Ehrenvorsitzende der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, kämpferische Antifaschistin, Kameradin und Genossin, ist in der Nacht zum 10. Juli 2021 im Alter von 96 Jahren friedlich eingeschlafen.

Zuletzt saß sie am 8. Mai auf der kleinen Bühne der VVN-BdA im Hamburger Gängeviertel und erzählte von ihrer Befreiung am 3. Mai 1945 durch Soldaten der Roten Armee und der US-Armee, die kurz nacheinander in der kleinen Stadt Lübsz eintrafen. Dort hatte Esther mit einigen Freundinnen aus dem KZ Ravensbrück Unterschlupf gefunden, nachdem sie gemeinsam dem Todesmarsch entflohen waren.

Wenige Tage zuvor, am 3. Mai, den sie ihren zweiten Geburtstag nannte, hat Esther sich noch mit einer Video-Botschaft zum Tag der Befreiung an uns alle gewendet. Darin bezog sie noch einmal deutlich Stellung zu aktuellen Auseinandersetzungen in der Stadt Hamburg und im ganzen Land – kämpferisch, klar und stark. Besonders erinnern wollen wir an den bewegenden „Appell an die Jugend“, den sie zusammen mit Peter Gingold zum 50. Geburtstag der VVN-BdA an die jungen Menschen in Deutschland richtete.

Im Januar 2020 hatte Esther mit dem Auschwitz-Komitee einen offenen Brief an die Regierenden geschrieben. Zwei der Forderungen aus dem Brief sind: „Ich fordere, dass die Diffamierung von Menschen und Organisationen aufhört, die entschlossen gegen rechts handeln. Was ist gemeinnütziger als Antifaschismus? Niemand sollte für antifaschistisches Handeln, für gemeinsame Aktionen gegen den Hass, gegen alte und neue Nazis diskreditiert und verfolgt werden.“ Und: „Der 8. Mai muss ein Feiertag werden! Ein Tag, an dem die Befreiung der Menschheit vom NS-Regime gefeiert werden kann. Das ist überfällig seit sieben Jahrzehnten. Und hilft vielleicht, endlich zu begreifen, dass der 8. Mai 1945 der Tag der Befreiung war, der Niederschlagung des NS-Regimes. Am 8. Mai wäre dann Gelegenheit, über die großen Hoffnungen der Menschheit nachzudenken: Über Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – und Schwesterlichkeit.“

Wir haben Esther aber auch auf den großen Bühnen in Erinnerung, auf den Veranstaltungen der Friedensbewegung, den Demonstrationen gegen den Neofaschismus, den Gedenktagen an den antifaschistischen Kampf.

Es ist Esther schwergefallen, nach Deutschland zurückzukehren. 1945 war sie mit großen Hoffnungen nach Palästina ausgewandert, aber die Entwicklung in Israel veranlasste sie, 1960 mit ihrem Mann, dem Kommunisten Nissim, nach Hamburg, ihre neue Wahlheimat, zu ziehen.

Sie wollte sich eigentlich politisch zurückhalten. Dann aber musste sie 1978 erleben, wie direkt vor ihrer kleinen Boutique ein NPD-Stand von der Polizei geschützt und die antifaschistischen Gegendemonstranten verdrängt wurden. „Erst da habe ich mich verändert“ sagte sie einige Jahre später.

Sie wurde in der VVN-BdA aktiv, berichtete Jugendlichen über ihre Erlebnisse im „Dritten Reich“ und begann, bei öffentlichen Veranstaltungen jiddische Lieder und Lieder aus dem Widerstand zu singen.

Ob allein mit ihrem Akkordeon, mit ihrer ersten Gruppe „Siebenschön“, mit ihren Kindern Edna und Joram in der Gruppe „Coincidence“ oder in den letzten Jahren mit der Rap-Band „Microphone Mafia“ und mit Konstantin Wecker auch auf dem UZ-Pressefest, dem Volksfest der DKP: Esther begeisterte durch ihre Authentizität und ihre Kraft. Bis zuletzt kämpfte sie gegen die wachsende Rechtsentwicklung, Rassismus und Antisemitismus, vermittelte uns dabei Mut und Optimismus. Wir werden sie vermissen im gemeinsamen Kampf, sie ist nicht zu ersetzen.

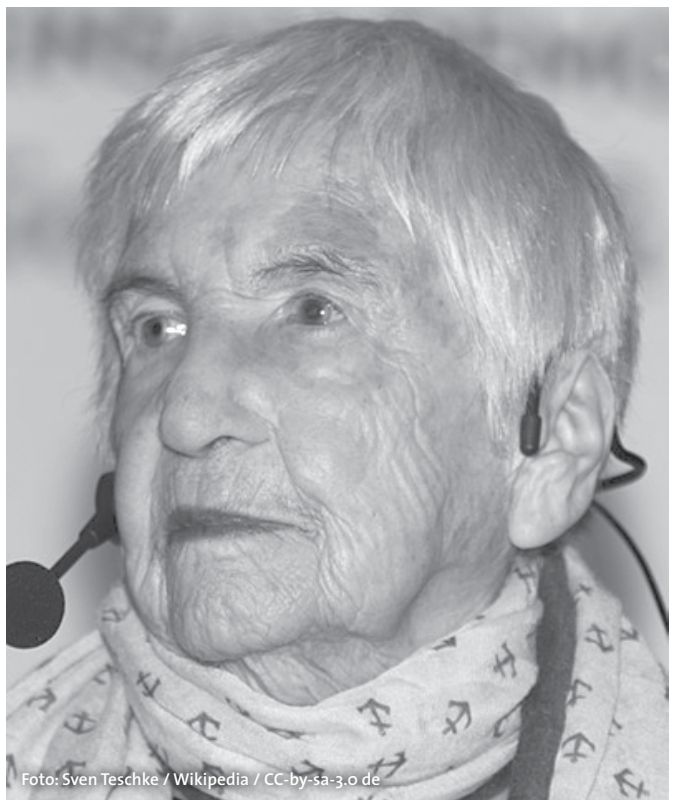


Foto: Sven Teschke / Wikipedia / CC-by-sa-3.0 de

Foto: Shari Deymann

Foto: Martina Lennartz

Esther Bejarano mit dem Schauspieler Rolf Becker

Unser Beileid Heinz,

[redacted]

VK, Bezirksleitung
am 15. Juli 2021 geschrieben

[redacted]

Und aus diesem schönen Leben Abschied für die Heimat und Heimkehr, die unbarmherzige Krankheit, Heimkehr, Heimsuchung und in den Sternenhimmel. Aber hier bist du [redacted] Kampf für eine menschliche Gesellschaft, in der die Menschen die Verantwortung dafür übernehmen, dass [redacted] Ende der Menschheit [redacted]

Wir gedenken dir an diesem Hintergrund einschließlich auch alle deine Genossinnen und Freunde aus der Zeit von Chile.

DKP Bezirksvorstand
Kommunistische Partei Deutschlands

Wir trauern um unser Mitglied

Erika Schneider

„Die Schwachen kämpfen nicht. Die Starken kämpfen vielleicht eine Stunde lang. Die noch stärker sind, kämpfen viele Jahre. Aber die, die unentbehrlich sind, kämpfen ihr ganzes Leben lang. Diese sind unentbehrlich."

Diese waren wir Erika Schneider.

Ihr Kampf für Frieden, Völkerverständigung und Sozialismus wird weiter in den Herzen aller fortschrittlichen Menschen lebendig sein.

Ihre Genossen, die Erika kannten, werden immer Achtung, Bewunderung und Dankbarkeit für ihre Lebensleistung empfinden und die Verbundenheit der sozialistischen Menschheitsfamilie.

„Der Kelten starr unsere Welt, das Morgen und der Feind ist unser Lied" (Bertolt Brecht)

Kreisorganisation Erzgebirge-Mittelsachsen der DKP
Bezirksvorstand Chemnitz der DKP
Ortsgruppe Flöha

Wir trauern um unser Mitglied

Erika Schneider und Esther Bejarano

Sie waren Vorbild und haben Maßstäbe gesetzt: Aufrichtigkeit, Menschlichkeit und konsequent, ohne Ausgleich

Wir werden ihr unbeugsames Eintreten gegen Faschismus und Krieg

Antifaschistische Vereinigung
und Begegnungsstätte Heiderueh

Heiderueh
Antifaschistische Vereinigung und Begegnungsstätte

Wir trauern um unser Mitglied

Erika Schneider

„Ihr Kampf ist vorbei, ihr Name wird in unseren Herzen weiterleben."

Ortsgruppe
Elbtal-Osterzgebirge

Wir trauern um unser Mitglied

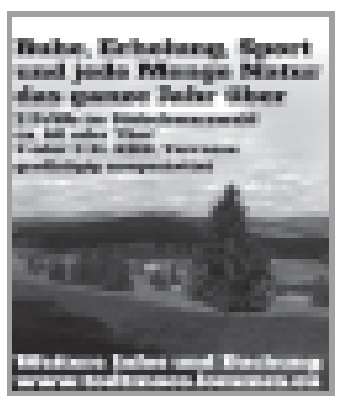
Erika Schneider

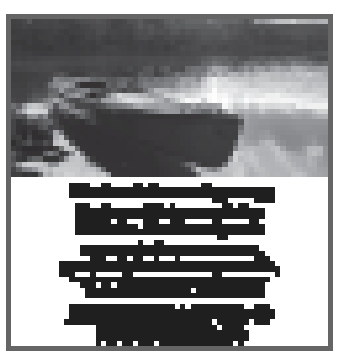
Mit ihr verlieren wir eine kämpferische und solidarische Genossin.

Schneiders Engagement und ihr Einsatz waren geprägt von Solidarität und Internationalismus. Sie war eine Kämpferin gegen Faschismus und Krieg, für Frieden und Völkerverständigung, für Sozialismus und Kommunismus.

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.

Kommunistische Partei Deutschlands
Kreisorganisation Leipzig





Urlaub in Heiderueh

Wir freuen uns, Euch wieder als Gäste begrüßen zu dürfen! Ruft an bitte.

24. Juli Sommerfest

22. – 27. August: Kurzurlaub Heidebilder

Antifaschistische Erholungs- und Begegnungsstätte Heiderueh

In Buchholz in der Nordheide
Tel.: 04181 / 8731,
e-mail: info@heiderueh.de

Einladung

zu einer wahlkreismitgliederversammlung der dkp zur wahl von direktbewerbern der dkp zu den landtagswahlen am 13. mai 2022 für die wahlkreise neuenkirchen (1), rosenfeld (2) und neuenbeverstedt sind alle wahlberechtigten mitglieder der dkp im landkreis neuenkirchen aus den städten neuenkirchen, rosenfeld, marl, hohenstein, neuenbeverstedt, neuenhagen, clausenhausen und rosenau.

tagesordnung:
konstituierung der versammlung
diskussion zur landtagswahl 2022
beschlussfassung zur aufstellung von direktkandidaten bzw. direktkandidaten für folgende wahlkreise:
wahlkreis 1: neuenkirchen (1)
wahlkreis 2: neuenkirchen (2)
wahlkreis 3: neuenkirchen (3)
wahlkreis 4: neuenkirchen (4)
wahl der direktkandidatinnen bzw. direktkandidaten
diskussion gemeinsam wahlkreis

die versammlung findet statt in der aula der schulzentrum neuenkirchen-ost, am 12. mai, im sonnenweg, den 13. august 2021, um 19:30 uhr.

dkp-kreisvorstand neuenkirchen

Zuschriften zu „DKP droht kaltes Parteiverbot“, UZ-Online (blog.unsere-zeit.de)

„Ich möchte die Möglichkeit haben, DKP zu wählen“

In einem Offenen Brief hat sich eine DKP-Wählerin an den Bundeswahlausschuss gewandt, den wir hier in Auszügen dokumentierten:

„Mit Erschrecken habe ich erfahren, dass Sie die DKP nicht zur kommenden Bundestagswahl zulassen wollen. Das heißt für mich, die Freiheit der Wahlen in Deutschland wird eingeschränkt.

Mir ist bekannt, dass es einer bestimmten Anzahl wahlberechtigter Kandidaturunterstützer:innen bedarf, sofern eine Partei (noch) nicht im Parlament vertreten ist. Diese Unterschriften sind von der DKP wohl in ausreichender Zahl vorgelegt worden.

Sie, der Bundeswahlausschuss, meinen nun, wer seinen Rechenschaftsbericht nicht rechtzeitig abgibt, soll von demokratischen Wahlen ausgeschlossen werden. Wer legt fest, wo ist festgelegt, dass die verspätete Abgabe eines Berichtes zum Wahlausschluss führt? Parteien, die Mitglieder nicht ausschließen, die der Korruption überführt wurden, werden zur Wahl zugelassen. Wo ist hier die Verhältnismäßigkeit? (...)

Ich habe die Kandidatur der DKP mit meiner Unterschrift befürwortet und möchte nun auch die Möglichkeit haben, sie zu wählen. (...)

Inge Fichter

Verbotsversuche müssen scheitern!

Der Angriff auf den Status der DKP als politische Partei durch den Bundeswahlleiter reiht sich ein in die Versuche, das Wirken von antifaschistischen Organisationen zu diskriminieren.

Dafür gibt es keine verfassungsrechtliche Grundlage. Die einzige Basis, auf der so etwas erfolgt, sind formale Verordnungen und der in der Bundesrepublik Deutschland zur Staatsdoktrin erhobene Antikommunismus.

Überall im Nachkriegseuropa gab es starke und anerkannte kommunistische Parteien. Einzig in der BRD wurde schon wenige Jahre nach dem Ende des Faschismus die kommunistische Partei, die KPD, verboten. Es folgten zahlreiche Angriffe auf antifaschistische Organisationen.

Erst ab 1968 konnte mit der Konstituierung der DKP wieder eine Partei, welche den Sozialismus als politisches Ziel hat, legal wirken. Die Versuche, dies mit Verwaltungstricks jetzt wieder zu unterbinden, müssen scheitern.

Antifaschismus braucht eine legale Kommunistische Partei.

Heidi und Heinz Hummler, Stuttgart

Unglaublicher Vorgang

Die „Feststellung“ des Bundeswahlausschusses, die DKP habe ihre Rechtsstellung als Partei verloren wegen angeblich verspäteter Rechenschaftsberichte, ist ein unglaublicher Vorgang in der deutschen Parteiengeschichte.

Mit an den Haaren herbeigezogenen Argumenten möchten die reaktionären Kräfte, dass damit die DKP als kritische Stimme gegen die Kriegspolitik der NATO ausgeschaltet wird. Das ist auch ein Schlag ins Gesicht der Friedensbewegung.

Ich selbst kandidierte wiederholt für die DKP zum Bundestag. Für die DKP und die „Tübinger Linke“ war ich 30 Jahre im Tübinger Gemeinderat und 20 Jahre Mitglied des Tübinger Kreistags. Aus meinem Einsatz für eine demokratische Gesellschaft und soziale Gerechtigkeit und Frieden heraus fordere ich, die DKP zur Bundestagswahl zuzulassen.

Gerhard Bialas, Tübingen

Merkwürdige Ideen

Im Vorwort zur neuen Ausgabe von Kurt Bachmanns „Wir müssen Vorkämpfer der Menschenrechte sein“ durfte ich auf eine „nicht unwichtige Kleinigkeit“ hinweisen, die viele Mitbürger nicht erkannten: „Die DKP gehört zur politischen Kultur unseres Landes; ohne legale DKP als Resultat von 1968 hätte es auch keine zugelassene PDS/Partei „Die Linke“ als Resultat von 1989 gegeben, denn dann wäre Schäuble vielleicht auf sehr merkwürdige Ideen gekommen.“ Jetzt kommt man wieder auf merkwürdige Ideen.

Ich kann mir nicht vorstellen, dass der Wahlausschuss von sich aus darauf kam, den Versuch zu starten, die DKP zu vernichten. Wenig bekannt ist auch der Wortlaut des Verbotsurteils gegen die KPD von 1956. Darin wird ein Ende des KPD-Verbots für den Zeitpunkt der Wahlen zur Wiedervereinigung festgelegt. Da mit dieser gesamtdeutschen Wahl weder Kommunisten noch Antikommunisten rechneten, blieb der Passus im Urteil weitgehend unbeachtet, der auch die Rückgabe des Parteivermögens im Falle der Einheit vorsah.

Es ist zu hoffen, dass das BVerG, das nie eine Möglichkeit sah, das Verbotsurteil aufzuheben, sich an den Text seines 56er-Urteils erinnert und jeden Versuch zurückweist, die Legalität der kommunistischen Partei im heutigen Deutschland in Frage zu stellen.

Die DKP schuf für alle Demokraten die Freiheit, sich in Wort und Schrift zu gesellschaftsverändernden demokratischen Alternativen zu bekennen, ohne legale KP ist die Meinungs- und Pressefreiheit aller gefährdet.

Ulrich Sander, Dortmund

Nicht klein beigeben

Die Devise ist für uns DKP-Mitglieder trotz Gegenwind klar: Klein beigeben ist nicht.

Wir organisierten Kommunisten hierzulande wollen zur Wahl des 20. Bundestages am 26. September 2021 mit mehreren Landeslisten und Direktkandidaten antreten. Deshalb setzt der Vorstand der DKP alle Rechtsmittel ein und mobilisiert die Öffentlichkeit.

Wir, DKP-Mitglieder aus Torgau, möchten uns auf diesem Weg bei über 380 Menschen aus Torgau und Umgebung bedanken, die uns mit ihrer Unterschrift unterstützen wollen. Mit ihren Unterstützerunterschriften ist es in unserem Land erst mal möglich gemacht worden, auf der Bundestagswahlliste 2021 zugelassen zu werden.

Wir, DKP-Mitglieder mit über 25 Friedensorganisationen aus der gesamten BRD, erinnern mit einer Demonstration als öffentliche Veranstaltung seit 2017 jährlich an den „Schwur an der Elbe“. (...)

„Der Schwur an der Elbe“, der sich an die Menschen aller Nationen wendet, Differenzen mit friedlichen Mitteln zu lösen. „Der Geist der Elbe“ ist ewige Mahnung an alle Nationen, für das gemeinsame Wohl der gesamten Menschheit zusammenzuarbeiten.

Für die Interessen der großen Mehrheit in unserem Land!

Es geht nicht nur um einen Wahlantritt der Kommunisten, es geht um die Verteidigung von Grundrechten! (...)

Elke und Gerd Brucks

#DKPwählbarMachen: Solidaritätsbekundungen der SDAJ

Nicht verwundert

Ich bin seit 1976 Mitglied der DKP. Ich hatte 1984 meine Krankenschwesterausbildung beendet und wurde als einzige befristet für ein halbes Jahr eingestellt. Im September habe ich einen Antrag auf Weiterbeschäftigung gestellt. Daraufhin hatte ich eine schriftliche Anhörung durch die Verfassungungsschutzbehörde Baden-Württemberg. Ich wurde unter Vorbehalt weiterbeschäftigt. Und heute lese ich in der Zeitung „junge Welt“, dass im Wahlausschuss Constanze Portner („Die Linke“) dem Ausschluss der DKP zugestimmt hat.

Das verwundert mich nicht!

Birgit Hoberg, Tübingen

Termine@unsere-zeit.de

SA ★ 7. AUGUST

Essen: Büchermarkt – Antiquariat, UZ-Shop, Essen und Trinken, Haus der DKP, Hoffnungstraße 18, 13 bis 20 Uhr

SA ★ 14. AUGUST

Strausberg: „Druschba!“ – Friedens-Sommerfest der DKP Brandenburg, mit Hartmut König (Oktoberclub), Isabel Neuenfeldt (am Akkordeon) und dem Deutsch-Russischen Chor „Iwuschka“ (Eberswalde), russische Spezialitäten zu fairen Preisen, Mehrgenerationenhaus Strausberg, Wirtschaftsweg 70.

SO ★ 5. SEPTEMBER

Büchel: Menschenkette gegen Atomwaffen – vom Industriegebiet Büchel zum Haupttor des Atomwaffenlagers in Büchel, veranstaltet von der Kampagne „atomwaffenfrei.jetzt“, 12 bis 16 Uhr, Informationen zu Anreise und Abfahrorten von Bussen nach Büchel unter: atomwaffenfrei.de

SA ★ 18. SEPTEMBER

Berlin/Online: „Philosophie und Weltbegründung: Dialektischer Monismus oder dialektischer Materialismus?“, mit Andreas Arndt, Jörg Zimmer, Richard Sorg, Eva Bockenheimer, Haziran Zeller, Marc Püschel, Symposium der Gesellschaft für dialektische Philosophie, in Kooperation mit dem Gesprächskreis akdiamat Hamburg und der Marx-Engels-Stiftung, Anmeldung unter: post@akdiamat.de, 10:30 bis 17 Uhr

Solidarität mit der DKP

In den Tagen nach der Entscheidung des Bundeswahlleiters, die DKP nicht zur Wahl zuzulassen, erlebte die Partei eine Welle der Solidarität aus dem In- und Ausland. Dafür danken wir: Das macht Mut und gibt uns Kraft. Jetzt heißt es, nicht nachlassen! Es gibt viele Möglichkeiten, der DKP jetzt den Rücken zu stärken:

Gebt der Solidarität ein Gesicht! Macht Fotos von euch mit den Hashtags #SolidaritätMitDerDKP und #DKPwaehlbarMachen, schickt sie an uns (solidaritaet@dkp.de) und postet sie in den sozialen Medien.
Schreibt mit Kopie an uns an die Verfassungsrichterinnen und -richter in Karlsruhe. Fordert sie auf, diesen Verfassungsbruch zurückzuweisen und die Kommunistinnen und Kommunisten zur Wahl zuzulassen: bverfg@bundesverfassungsgericht.de
Spendet für die Anwalts- und Prozesskosten und für den aktiven Wahlkampf der DKP.
Werdet Wahlkampfhelferinnen und Wahlkampfhelfer der DKP.

Spendenkonto DKP-Parteivorstand:
GLS-Bank | BIC: GENODEM1GLS
IBAN: DE63 4306 0967 4002 4875 01
Kontakt: DKP-Parteivorstand, pv@dkp.de, 0201 1778890

UZ abonnieren – Prämie sichern!

(Prämie „Halstuch Frieden“, Farbe: blau / Motiv: weiß, 100% Baumwolle, Größe: 51 x 51 cm)

Ich möchte die UZ – für mindestens ein Jahr – abonnieren:

Abo-Art/Preise pro Monat	ermäßigtes Abo	Normalabo	Förderabo
Wochenzeitung-Abo Nur Print-Ausgabe	☐ 7,00 €	☐ 14,00 €	☐ 21,00 €
Online-Abo Nur Online-Ausgabe	☐ 5,00 €	☐ 10,00 €	☐ 15,00 €
Kombi-Abo Print- und Online-Ausgabe	☐ 8,00 €	☐ 16,00 €	☐ 24,00 €

Abopreise nach Selbsteinschätzung: Kein Nachweis erforderlich, aber seid solidarisch.

Name ____ Vorname ____
Straße, Nr. ____ PLZ, Ort ____
Telefon ____ E-Mail (ohne E-Mail Adresse ist kein Online-Abo möglich) ____
Datum ____ Unterschrift ____

☐ Ich erteile eine Einzugsermächtigung / SEPA-Lastschriftmandat
Kreditinstitut ____ IBAN ____

Einsenden an: CommPress Verlag GmbH | Hoffnungstr. 18 | 45127 Essen | E-Mail: info@unsere-zeit.de

Alle Preise inkl. MwSt. im Inland, Auslandspreise auf Anfrage. Mir ist bekannt, dass ich das Abo binnen 14 Tagen schriftlich beim CommPress Verlag widerrufen kann.

Alle Abos verlängern sich automatisch um ein Jahr, wenn sie nicht spätestens sechs Wochen vor Ablauf gekündigt werden.

Ich möchte mein UZ-Abo jeweils für folgenden Zeitraum bezahlen:

☐ monatlich
☐ je Quartal
☐ halbjährlich
☐ jährlich

☐ Lieferung der Wochenzeitung im Umschlag (Streifband): plus 24,00 € pro Jahr

Impressum

UZ – unsere zeit | Sozialistische Wochenzeitung | Zeitung der DKP
Herausgeber: Parteivorstand der DKP | Erscheint wöchentlich | ISSN 0943–4216

Redaktion:
Wera Richter – Chefredakteurin, V.i.S.d.P. (wr@unsere-zeit.de)
Björn Blach (bb@unsere-zeit.de) | Melina Deymann (md@unsere-zeit.de)
Christoph Hentschel (ch@unsere-zeit.de) | Manfred Idler (mid@unsere-zeit.de)
Lars Mörking (lm@unsere-zeit.de) | Werner Sarbok (wsk@unsere-zeit.de)
Thomas Brenner (tb@unsere-zeit.de)
Tel.: 0201 177889-90 | E-Mail: redaktion@unsere-zeit.de

Aboservice:
Carol Schröder (abo@unsere-zeit.de, Tel.: 0201 177889-15, Fax: 0201 177889-28)

Anzeigenservice:
Tabea Becker (anzeigen@unsere-zeit.de, Tel.: 0201 177889-20)
Ben Richter (info@unsere-zeit.de, Tel.: 0201 177889-23)
Anzeigenschluss: Jeweils Montag, 12.00 Uhr

Verlag: CommPress Verlag GmbH | Druck: Union Druckerei Berlin GmbH
Geschäftsführer: August Ballin (vertrieb@unsere-zeit.de, Tel.: 0911 8019991)
Klaus Leger (verlag@unsere-zeit.de, Tel.: 0201 177889-16)

Anschrift Redaktion und Verlag: Hoffnungstraße 18, 45127 Essen
Bankverbindung: Postbank Köln, BIC: PBNKDEFF | IBAN: DE34 3701 0050 0417 0995 07

Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden.

Internet: www.unsere-zeit.de | facebook.com/UnsereZeit.UZ | twitter.com/UnsereZeit_UZ

Spendenkonto DKP-Parteivorstand
GLS-Bank | BIC: GENODEM1GLS | IBAN: DE63 4306 0967 4002 4875 01

Tok tok Manolli!

Vom Impfen und Verbieten

Letzten Dienstag. Die UZ und die EM werden keine Freunde mehr. Muss ja auch nicht, schließlich ist die UZ gut und die EM böse. Und obwohl ich das weiß, will ich das Halbfinale Spanien gegen Italien gucken – jeder hat so seine Fehler. Die Abgabe der Zeitung wird wieder spät, aber gut, das Spiel ist erst um 21.00 Uhr. Ich gucke dann die 1. Halbzeit mit zwei Augen, die 2. mit einem Auge und schlafe in der Verlängerung ein. Wache weit nach dem Elfmeterschießen mit krummem Nacken auf und denke mir: Tok tok Manolli!

Schon im Mittelalter beliebt: Die Tok-tok-Manolli-Geste

Leben. Die polnischen Bauarbeiter haben die Bohrmaschinen zur Seite gelegt und jetzt ihre Hämmer gefunden, um mich endgültig in den Wahnsinn zu treiben. Bum. bum. Bum. krabum. „Wszystko w swoim czasie“, wie sie sagen würden, „Alles zu seiner Zeit“.

Umwelt. „In der kanadischen Kleinstadt Lytton wird ein 83 Jahre alter Temperaturrekord kürzlich um fast fünf Grad Celsius übertroffen, weltweit fallen vor allem auf der Nordhalbkugel Temperaturrekorde. Die Folgen für Mensch und Natur sind verheerend und ein Ende der Entwicklung scheint kaum in Sicht.“ (n-tv) So sieht das aus. Meine Argumente gegenüber der Tochter, die ihr Studium zumindest „vorübergehend aussetzt“, gehen mit der Hitze ein („Wofür soll ich zu Ende studieren, Papa?!“). Aber an alle, die weiter neue SUVs kaufen, nach Malle fliegen oder Fastfoodfleisch in sich reinstopfen, während sie den Klimawandel leugnen: Ihr seid absolut bekloppt. Oder eben: Tok tok Manolli!

Zweiter Impftermin. Uff. Ich bin nervös wie ein Dreizehnjähriger vorm ersten Kuss, und so schön wie der erste Kuss ist so eine Spritze ja nun wirklich nicht. Gut, kommt auch ein bisschen auf den ersten Kuss an … Denke noch, mit Termin geht es schnell, da stehe ich auch schon in einer hundertköpfigen Schlange. In der Moderna-Schlange, also der falschen, wie ich 20 Minuten später mitgeteilt bekomme. Aber ich unterhalte alle Umstehenden: „Wie im Rewe, immer die falsche Kasse“, quassele ich und die Menschen um mich rum steigen darauf ein: „Murphys law“ sagt eine und grinst. „Komm rüber bei uns bei, hier ist auch Scheiße“ ein anderer. Wir wachsen zusammen. Beim Ausfüllen der Formulare entfährt mir ein „Wenigstens im Raucherbereich“ (steht da wirklich, wir sind in einer Music-Hall) und so stehen wir alle schmunzelnd Schlange um Schlange. Nach dem Pieks noch einmal warten (alle Unterlagen müssen nun kopiert werden – kopiert! Wir haben 2021!), aus den Impfkabinen ertönt ein grausiger Schrei. „Vielleicht das Auge getroffen?!“, mutmaßt ein mittlerweile schon fast guter Bekannter in der Reihe. Sehr geil! So sind wir Ruhrpottler, hundsgemein, aber liebevoll, mit einer tüchtigen Schaufel Humor. Schön.

Medien. „Wer in diesen Grünen die neuen Geburtshelfer der klassenlosen Gesellschaft sieht, dem kann man eigentlich nur gute Besserung wünschen“, schreibt die „Titanic“. Kann man den grünen Wahlschafen etwas noch Besseres zurufen? Klar: Tok tok Manolli!

Samstag. Irgendwann heute Nacht muss mir Vinnie „Die Axt“ Jones, ehemals brutalster Abwehrspieler Englands, mit den Stollen voran in den linken Oberarm gegrätscht haben. Anders sind die Schmerzen nicht zu erklären.

Politik. Der DKP den Antritt zur Bundestagswahl 2021 zu verwehren und de facto den Parteienstatus zu entziehen ist das Krasseste, was ich in den letzten zehn Jahren gehört habe. Mit einer absolut unverschämten Frist von vier Tagen (!) Zeit, Beschwerde dagegen einzulegen. Ich bin ja ein Schwätzer vor dem Herren und hab zu allem was zu kommentieren. Aber hier passt noch nicht einmal das mehr: Tok tok Manolli!

Karl Rehnagel

Für 30 Silberlinge

Shaka King verfilmte die Geschichte des Black-Panther-Verräters William O‘Neal

Foto: Warner Bros.

Daniel Kaluuya verkündet als Fred Hampton in „Judas and the black Messiah“ die Gründung der Rainbow Coalition. Danach wollte das FBI ihn endgültig beseitigen.

Regisseur Shaka King steigt mit dokumentarischen Bildern in „Judas and the black Messiah“ ein. In der Geschichte über den Spitzel William O‘Neal, der vom FBI in die Black Panther Party in Chicago eingeschleust wurde, um zu verhindern, dass mit dem Panther-Vorsitzenden Fred Hampton ein „schwarzer Messias“ entsteht, hat der Spitzel zuerst das Wort. Die Auszüge aus dem einzigen Interview O‘Neals, das er 1989 für „Eyes on the prize 2“ gab, zeigen bereits etwas von der Zerrissenheit, die er über den Verrat empfunden haben muss.

Der Film folgt dann der Figur O‘Neals (wunderbar gespielt von Lakeith Stanfield) vom kleinen Gauner, der mit Hilfe einer gefälschten FBI-Marke Autos klaut, zu seiner Verhaftung, der Erpressung durch das FBI, für sie zu spionieren oder für fünf Jahre in den Bau zu gehen, bis zu seinem Aufstieg zum Sicherheitschef der Black Panthers. Mehrfach versucht er aus der Spitzeltätigkeit auszusteigen, immer wieder lässt er sich vom FBI mit Drohungen erpressen und mit Geld, Autos und schicken Restaurantbesuchen verführen. Auch O‘Neal war scharf auf die 30 Silberlinge – nach heutigem Wert hat er für seine Spitzeltätigkeit 200.000 US-Dollar erhalten.

Weil es O‘Neals Auftrag war, nah an Fred Hampton zu sein, ist der Film es dann auch.

Daniel Kaluuya spielt den charismatischen Fred Hampton kämpferisch und mit einer Energie, dass es eine Wonne ist, ihm zuzuschauen. Den Oscar für die beste Nebenrolle hat er sich mehr als verdient.

Wenn Kaluuyas Hampton erklärt, dass Rassismus nicht mit Rassismus zu bekämpfen sei, sondern mit Solidarität, und dass die Panthers dem Kapitalismus nicht schwarzen Kapitalismus entgegensetzen, sondern Sozialismus, wenn er Menschen aufstehen lässt, um mit ihnen immer wieder zu rufen: „Ich – bin ein Revolutionär“, beginnt man zu ahnen, warum das FBI Angst vor ihm hatte. Wenn man dann sieht, wie es Hampton nicht nur gelungen ist, die schwarzen Gangs Chicagos mit den Panthers zu vereinen, sondern auch die puertoricanische Emanzipationsbewegung „Women of the Young Lords“, weiß man, warum J. Edgar Hoover befahl, Hampton aus dem Weg zu räumen. Hampton marschierte furchtlos in das Hauptquartier der „Young Patriots“, stellte sich unter die Südstaatenflagge und machte den Rednecks klar, dass sie genauso ausgebeutet sind und mit den Schwarzen und Puertoricanern mehr gemein haben als mit den Weißen der herrschenden Klasse. Mit seiner „Rainbow Coalition“ hat Fred Hampton den bürgerlichen Staat das Fürchten gelehrt. Selbst im Knast wäre dieser Mann noch zu gefährlich gewesen.

Und so beauftragt das FBI O‘Neal, Hampton Schlafmittel in den Drink zu schmuggeln, damit er nicht bei Bewusstsein ist, wenn nachts das Mordkommando kommt. Als es kommt, schläft Fred Hampton tatsächlich. 99 Schüsse hat die Polizei in dem Panther-Haus abgeben, die Panthers einen einzigen. Fred Hampton wurde 21 Jahre alt, seine Freundin Akua Njeri (herausragend: Dominique Fishback) überlebte den Mordanschlag. 25 Tage später brachte sie den gemeinsamen Sohn zur Welt.

Regisseur King hält sich fern von klischeehafter Guerillaromantik, kann aber den fast schon ikonischen Bildern der Black Panthers in Aktion nicht widerstehen, genauso wenig wie der (überaus wohldosierten) Musik des Jahres 1968. Zusammen macht das den Film streckenweise zu einem großen Vergnügen, trotz des bitteren Endes.

Nachdem William O‘Neal die Ermordung Fred Hamptons ermöglicht hatte, bespitzelte er noch jahrzehntelang seine Genossinnen und Genossen der Black Panther Party. 1989 gab er das einzige Interview zu seiner Spitzeltätigkeit. Am Abend der Ausstrahlung nahm er sich das Leben.

Der bürgerliche Staat hat sich viele Möglichkeiten geschaffen, denen auf den Leib zu rücken, die seine auf Sand gebaute Ordnung bekämpfen. „Judas and the black Messiah“ zeigt schonungslos eine der widerwärtigsten.

Melina Deymann

Judas and the Black Messiah
Regie: Shaka King
Buch: Will Berson, Shaka King
Kamera: Sean Bobbitt
Mit Daniel Kaluuya, Lakeith Stanfield, Jesse Plemons, Dominique Fishback
Jetzt im Kino

Aus dem UZ-Shop-Antiquariat: Literatur aus und über die Spanische Republik.

Cunhal, Alvaro
„Manuel Tiago – Das Haus von Eulalia“
NIV, 2002, 154 Seiten, 3 Euro

Bonhoff, Otto
„Über ganz Spanien wolkenloser Himmel“. Mitteldeutscher Verlag Halle, 4,50 Euro

Krieg in Spanien 1936-1939
Militärverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 1986, 4,50 Euro

Opitz, Reinhard
„Faschismus und Neofaschismus“, Pahl Rugenstein 1988, 23 Euro

Georgi Dimitroff
Ausgewählte Werke in 3 Bänden
Sofia Press 1976, Festeinband mit Schutzumschlag, 3 Bände, 18 Euro

Claudius, Eduard
„Grüne Oliven und nackte Berge“
Kleine Arbeiterbibliothek, Damnitz Verlag München, 362 Seiten, 3,50 Euro

Einhorn, Marion
„Die ökonomischen Hintergründe der faschistischen deutschen Intervention in Spanien 1936 – 1939”
Deb/ Akademieverlag, Berlin, 7,50 Euro

Willi Bredel
Spanienkrieg – Zur Geschichte der 11. Internationalen Brigade
2 Bände, Aufbau-Verlag Berlin und Weimar 1977, 12 Euro

uzshop.de

Antiquarischer Büchermarkt: Samstag, 7. August, 13.00 – 20.00 Uhr, Hoffnungstraße, Essen

Warum wird so einer Kommunist?

Die neue Podcast-Folge der UZ ist online

In der neuen Folge des „Halt Stand“-Podcasts der UZ haken wir nach: Warum wird so einer Kommunist?

Und vielleicht gilt auch für viele Leserinnen und Leser der UZ, was Dieter Süverkrüp im gleichnamigen Buch so schön beschrieben hat: „Warum wird so einer Kommunist… Eigentlich ist das ja gar keine Frage. Gemeint ist vielmehr: Er ist doch so ein guter Typ, sie ist doch so eine tolle Frau, die haben doch so nette Kinder, und die Leute sind in der DKP?!“

Ja warum? Das haben sich unsere Moderatoren Basti und Michael gegenseitig gefragt, aber auch drei ganz unterschiedliche Leute zum Interview gebeten:

Michel kommt aus einer Bundeswehrfamilie und hat sich über die dortigen JAV-Strukturen politisiert. Von einem CDU-Wähler zum Kommunisten, dessen Philosophie nicht nur schön, sondern eben auch weltverändernd ist.

Bei Lena hat die antirassistische Arbeit an der Schule so viel angefacht, dass sie eine Antifaschistische Linke in ihrer Heimatstadt mitgegründet hat. Irgendwann fand sie dann aber: Nur antifaschistische Arbeit kann ja noch nicht alles sein.

Andreas berichtet über seine Entwicklung zu einem Kommunisten, der in der DDR aufgewachsen ist und gelebt hat. Die Gerechtigkeitsvorstellung, in der es allen gut geht, hat bei ihm den Gang in die kommunistische Bewegung zur Folge.

Bei Lenin heißt es: Die Wahrheit ist immer konkret. Und die Wege in den Kommunismus sind eben auch ganz konkrete biographische Wege. Hier sind drei zur Sprache gekommen. Falls euch das ermuntert hat, selbst von eurem Werdegang zu erzählen, meldet euch gerne unter: podcast@unsere-zeit.de. Denn viele Wege führen in die kommunistische Bewegung und sie alle haben es verdient, gehört zu werden. UZ

UZ PODCAST